

SOW

Zeitschrift
für
Sozialistische
Politik
und
Wirtschaft

Nach der
Bundestagswahl
Beiträge von:
R. KRÄMER, H. PETER
(SPD), F. HEILMANN/
F.O. WOLF (GRÜNE),
H. DIETZEL (PDS)

MAX KOCH
Was ist die
Klassentheorie
noch wert?

EWALD KANDZIORA
Das „Berlusconi-
Phänomen“

K

L

A

S

S

E



KURZUM

von Uwe Kremer

Wie man die „Vergangenheitsbewältigung“ zur Farce machen kann, ist uns vor kurzem leider in Mecklenburg-Vorpommern gezeigt worden. Dort verlangte die SPD als Vorbedingung für zukünftige Kooperationen, daß die PDS die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED als solche „anerkennen“ und verurteilen müsse. In ihren Antworten verwies die PDS wiederum darauf, daß es unter SozialdemokratInnen auch eine freiwillige Bereitschaft zur Vereinigung gegeben habe. Was zwar stimmt, aber am Zwangscharakter derselben kein Jota ändert. Dies konnte von der SPD also wieder als Eierei der PDS interpretiert werden. Und im Gegenzug setzte die PDS noch einen drauf, indem sie - schelmisch gemeint, aber mit ernstem Hintergrund - von der SPD eine Verurteilung ihrer Zustimmung zu den Kriegskrediten von 1914 verlangte.

Die Art, wie komplizierte und tragische Vorgänge aus der Geschichte der Arbeiterbewegung als „Erbsünden“ im tagespolitischen Kleinkrieg der Linken verhandelt werden, ist Ausdruck ihrer heutigen Verfassung. Das jüngste Theater ist ja durchaus repräsentativ für die verbreitete Unernsthaftigkeit, mit der SozialdemokratInnen über die „Vergangenheitsbewältigung“ der PDS schwadronieren, wie auch für die ebenso verbreitete Hirnlosigkeit, mit der innerhalb und im Umfeld der PDS die „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!“-Mentalität kultiviert wird.

Die Sache mit den „Erbsünden“ zeigt, daß Mythen in der Politik eine große Rolle spielen. Da gibt es etwa den Mythos der „Unregierbarkeit“. Früher richtete er sich v.a. gegen ein Packeln der SPD mit den Grünen. Heute sorgen sich selbst viele Grüne (SPD-Leute so-
1994) um die Regierbarkeit der Repu-

blik und die eigene Reputation als staatstragende Linke, wenn es um das Verhältnis zur PDS geht. Aber es gibt einen weiteren und auf der Linken zunehmende Verbreitung findenden Mythos, nämlich den der „großen Koalition“. Der Mythos beinhaltet, die „große Koalition“ als Inbegriff des politisch ewig Bösen zu sehen - für die radikalere Linke: als quasi-totalitäre Offenbarung der eigentlich schon immer „Herrschenden“, für die liberalere Linke: als Angriff auf die „parlamentarisch-demokratische Kultur“. Schauer laufen den Linken beider Couleur über den Rücken, wenn die Gefahr der „großen Koalition“ beschworen wird. Und dabei darf der Hinweis von den einen nicht fehlen, daß sie ja faktisch schon längst existiere, daß das Böse schon unter uns weile! Während die anderen die „große Koalition“ als Vorwand nehmen, um ihren Ampel-Phantasien nachgehen zu können...

Ich neige im Sinne politischer Aufklärung zu zwei Aussagen, die sich im normalen Polit-Diskurs der Linken anschließen. Nämlich erstens: Eine linke Konstellation unter Einschuß der PDS ist die einzige Möglichkeit, um „Regierbarkeit“ im reformpolitischen Sinne gewährleisten zu können. Und zweitens: Eine „große Koalition“ ist keine Katastrophe (für einige wie den FAZ-Kommentator Barbier schon: „Vor dem schwarz-roten Kartell der Sozialpolitiker mögen das Land die Götter schützen.“ FAZ am 10.10.94), sondern könnte unter gewissen Umständen durchaus einen gewissen Stillstand in die sozialökonomischen Linienverschiebungen (bzw. „Klassenfronten“) bringen, die festgefahrenen politischen Konstellationen aufbrechen und Spielräume für einen Neuformierungsprozeß der Linken eröffnen. Kurzum: In ein und demselben Zeitraum könnte es sowohl zur großen Koalition wie auch zur höheren politischen Durchlässigkeit innerhalb des linken Parteienspektrums kommen.

Das politische Problem wäre im Falle eines Falles nicht die „große Koalition“ an und für sich. Zweifel gibt vielmehr die machtpolitische Fähigkeit der sozialdemokratischen Führung auf, diese Konstellation entscheidend mitzuprägen, so daß sie tatsächlich einen Unterschied gegenüber der heutigen Regierung macht und über sich selbst hinausweist. Nur eine SPD, die „schrödert“ -

also mit verschiedenen Optionen kalkuliert und ihre Karten dann - anders als etwa bei der Bundespräsidentenwahl und der Besetzung des Bundestagspräsidiums - auspielt, wäre dazu in der Lage. Die sozialdemokratische Linke sollte das „Schrödern“ allerdings der betreffenden Person überlassen, die damit entstehenden Spielräume aber für eigene Optionen und Projekte nutzen.

Bei diesen Optionen muß es vor allem um den Aufbau parteiübergreifender Beziehungen zu anderen sozialistisch-radikalreformerischen - Kräften bei den Grünen, in der PDS und auf der Ebene der sozialen Bewegungen, demokratischen Initiativen und intellektuellen Zusammenhänge gehen. Einen Versuch hat es vor den Wahlen immerhin schon mit einer kleineren Konferenz gegeben, die unsere Zeitschrift zusammen mit „Andere Zeiten“ - einer Art Schwesterorgan bei den Grünen - veranstaltet hat. Dies soll und muß in 1995 fortgesetzt und ausgebaut werden. Kurzum: Nicht das Starren auf die Schlange „große Koalition“ (oder andere politische Reptilien) ist angesagt, sondern das selbstbewußte Mitspielen bei der parteiübergreifenden Neusortierung von Optionen.

spw intern

spw sucht

Redaktionsmitarbeiter/in

Der spw Verlag sucht ab Januar 1995 eine/n Redaktionsmitarbeiter/in aus dem Raum Köln. Zu den Aufgaben zählen: Adressverwaltung, Fakturierung, Versand, Büroorganisation, Texterfassung. Wir suchen eine zuverlässige Person, die über Erfahrungen mit EDV (Windows, Word, excel) verfügt und die Bereitschaft mitbringt, sich in neue Aufgaben einzuarbeiten. Es handelt sich um eine 12-Stunden-Stelle, verteilt auf zwei Tage in der Woche, in unserem Kölner Büro. Ein eigenes Auto ist von Vorteil. Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen können bis zum 10.12.1994 gesendet werden an: spw Verlag, Geschäftsführung, Schanzenstr. 31, 51063 Köln. Für telefonische Nachfragen steht Andreas Bach, Tel. 0231-421750 (ab 19 Uhr) zur Verfügung.

Herausgeber/Herausgeberinnen:
Heinz Albrecht (Berlin)
Edelgard Bulmahn (Hannover)
Karin Benz Overhage (Frankfurt/M.)
Diether Dehm (Frankfurt)
Katrin Fuchs (Vern)
Christel Hanewinkel (Halle/S.)
Detlev von Larcher (Weyhe)
Susi Möbbeck (Bremen)
Kurt Neumann (Berlin)
Peter von Oertzen (Hannover)
Herst Peter (Kassel)
Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)
Thomas Westphal (Hamburg)

Redaktion:

Gisela Becker
Uwe Kremer
Hainer Kockerbeck
Fiete Saß
Ralf Schmitz
Claudia Walther
Birgit Zoerner

Redaktionssekretär

Ralf Krämer

Redaktions- und Verlagsanschrift:

Schanzenstraße 31, 51063 Köln
Telefon (0221)623271
Telefax (0221)612815
E-mail: spw-verlag
@link-do.donut.ruhr.com

Verlag:

spw-Verlag Redaktion GmbH,
Schanzenstraße 31, 51063 Köln

Geschäftsführung:

Andreas Bach
Ulla Saß
Hans Peter Schulz

Konto des Verlages:

Postgirono Dortmund
Kto. Nr. 32443468, BLZ 44010046

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr
mit ca. 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement DM 58,-
ermäßigtes Jahresabonnement:
(für SchülerInnen, StudentInnen,
Erwerbslose) DM 49,-
Auslandsabonnement DM 61,-
Abbestellungen mit einer Frist von drei
Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und
Zuschriften. Manuskripte sollen in
Maschinenschrift und mit einem
ausreichenden Rand versehen sein.
Wenn möglich, sollen Manuskripte auf
Diskette mit einem Ausdruck geliefert
werden (MS-DOS-Textverarbeitungssystem,
5 1/4 oder 3 1/2 Zoll).

ISSN 0170-4613

spw-Verlag Redaktion GmbH 1994.
Alle Rechte, auch das der Übersetzung,
vorbehalten.

Fotos: Thomas Diller (S. 40, 46), Köln
Stephan Hoppe (Titel, S. 30, 32), Köln

Satz und Gestaltung:
Judith Nußbaum, Köln

Druck:

Noite-Druck, Iser-ohu

1. 3. Tausend November 1994

Uwe Kremer

KURZUM	2
spw-intern	2

WAHLEN, WAHLEN, WAHLEN

<i>Ralf Krämer</i>	
Kanzlerwechsel verfehlt	4
<i>Friedrich Heilmann, Frieder Otto Wolf</i>	
Grüne nach den Wahlen	10
<i>Horst Dietzel</i>	
Reformaufbruch nicht in Sicht	12
<i>Horst Peter</i>	
Zum Ausgang der Bundestagswahl 1994	14
<i>Detlev von Larcher</i>	
Gegen das innerparteiliche "Weiter so"	
Bericht vom Frankfurter Kreis	15

KLASSE

<i>Ralf Schmitz</i>	
Klassentheorie ohne Subjekt oder Subjekt ohne Projekt?	17
<i>Uwe Kremer</i>	
Klassen im Umbau	18
<i>Max Koch</i>	
Was ist die Klassentheorie noch wert?	24
<i>Hans-Jürgen Bieling</i>	
Klassenkampf „von oben“ ohne Gegenwehr?	30

SOZIALSTAAT

<i>Ingeborg Nahnsen</i>	
Gegen einen verengten Sozialstaatsbegriff	36

MEDIENPOWER

<i>Ewald Kandziora</i>	
Das „Berlusconi-Phänomen“	40
<i>Ulrich Lünstroth</i>	
„Information highway“	45

REZENSION

<i>Detlef Bimboes</i>	
Bankgeschäfte mit Nazi-Deutschland	50

INTERNATIONALES

<i>Carsten Sieling</i>	
Labour-Party in den Roller-Coaster von Blackpool	52
<i>Claus Tieber</i>	
Rechtsruck in Österreich	55
<i>Ingo Bultmann</i>	
Totgesagte leben länger	
Ungebrochene Vorherrschaft der Staatspartei PRI in Mexiko	56

Kanzlerwechsel verfehlt

Zu den Bundestagswahlen 1994 und den Perspektiven der Linken

von Ralf Krämer*

Für die Linke wirft das Wahlergebnis zwei Probleme auf: Erstens, daß die konservativ-liberale Koalition weiter regieren kann. Zweitens, daß das Wahlergebnis der SPD gut genug war, um von Scharping und Co. als Erfolg verkauft werden zu können und auch ihnen ein „Weiter so“ ihrer verheerenden Politik zu ermöglichen. Zugleich scheint die Linke erleichtert, daß eine politisch offene Situation durch ein Ende der bürgerlichen Mehrheit, der sie nicht gewachsen gewesen wäre, an ihr vorübergegangen ist.

CDU und CSU erzielten zusammen 41,4%, gegenüber der Wahl vor vier Jahren ein Verlust von 2,4%. Die FDP fiel massiv von 11% auf nur noch 6,9% und ist damit schwächer als die CSU; sie verdankt ihren Wiedereinzug in den Bundestag überwiegend den Stimmen ansonsten konservativ optierender WählerInnen, die auf diese Weise die Mehrheit für Kohl sichern wollten. Ihre Verluste erlitten die Koalitionsparteien in hohem Maße in Ostdeutschland, wo die Menschen desillusioniert über den Verlauf des Einigungsprozesses und die von hoher Arbeitslosigkeit geprägte ökonomische Entwicklung waren; sie verloren dort 12,6% gegenüber 4,8% im Westen. Es ist allerdings zu berücksichtigen, daß CDU/CSU und FDP vor vier Jahren bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl ein außerordentlich hohes Ergebnis erzielt hatten.

Die rechtsextremen Republikaner kamen nur auf 1,9%. Davon hat neben CDU/CSU in den größeren Städten in erheblichem Umfang auch die SPD profitiert (das wird besonders deutlich an einigen Ergebnissen der NRW-Kommunalwahl vom selben Tage). Hier hatten sich zum einen öffentliche Empörung und Mobilisierung im Gefolge rechtsextrem motivierter Gewalttaten und Glaubwürdigkeitsverlust der Republikaner durch vielfältige Skandale ausgewirkt. Auf der anderen Seite waren aber

viele ihrer politischen Themen und Zielsetzungen von den konservativen Parteien aufgenommen und - zum erheblichen Teil unter Mithilfe der SPD - in repressivere gesetzliche Regelungen im Asyl- und Strafverfolgungsrecht umgesetzt worden. Es ist in den vergangenen Jahren eine deutliche Rechtsverschiebung des gesamten politischen Spektrums eingetreten, die mit diesem Wahlergebnis sicher nicht gestoppt ist, sondern sich immer offener in der etablierten Öffentlichkeit und innerhalb der konservativen Parteien darstellt. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag, Heiner Geißler, warnte kürzlich öffentlich vor einer reaktionären neuen 'intellektuellen' Rechten: „Wir haben eine neue nationale Front, ..., von den Herausgebern seriöser Tageszeitungen bis zu Vertretern des Ullstein-Verlages.“¹

Auf Bündnis '90/Die Grünen und die PDS, also auf Parteien, die sich (im Falle der Grünen zumindest auf Bundesebene) links von der SPD positionieren, entfielen 11,7%, 1990 waren es nur 7,4% gewesen. Dabei ist das Verhalten der WählerInnen zwischen den Ländern der alten Bundesrepublik und denen der ehemaligen DDR gespalten: Dort konnte sich die PDS als Interessenvertreterin der Ostdeutschen profilieren und sich mit einem Stimmenanteil von 19,6% (incl. Ost-Berlin) als dritte Kraft etablieren und gegenüber 1990 kräftig um etwa 8,4 %-Punkte zulegen; gegen sie gerichtete Kampagnen insbesondere der CDU/CSU haben ihr nicht geschadet. Im Westen erreichte die PDS nur durchschnittlich 1%, allerdings etwa drei mal so viel wie vor 4 Jahren und schwerpunktmäßig in großen Städten.

Bündnis '90/Die Grünen erreichten in den Ländern der ehemaligen DDR nur 4,1% und verloren viele Stimmen an die PDS. Im Westen dagegen nehmen die Grünen mit 7,9% (incl. West-Berlin) die Rolle der linken Alternative zur SPD wahr, obwohl sie sich wegen der mit ihrer Koalitionsaussage verbundenen Zurückhaltung in der Auseinandersetzung mit der SPD und der geringen Bedeutung ökologischer Themen im Wahlkampf nur wenig profilieren konnten.

Die SPD erreichte 36,4% der Stimmen, das ist eine Steigerung um 2,9 %-Punkte gegenüber 1990, als allerdings das schlechteste Ergebnis seit 1957 erzielt wurde. Dabei der Zuwachs in Ostdeutschland mit 7,6%-Punkten erheblich stärker als in Westdeutschland, trotzdem kommt die SPD hier außer in Brandenburg kaum über 30% hinaus. Gewonnen hat die SPD zu Lasten der CDU/CSU und der FDP sowie aus dem Bereich bisheriger NichtwählerInnen (insgesamt per Saldo ca. 2 Mio. Stimmen), verloren in Richtung von Grünen und PDS (je ca. 250000 Stimmen).² Allerdings sind die Regierungsparteien auf Bundesebene künftig noch stärker als in den letzten Jahren gezwungen, sich über zentrale politische Vorhaben mit der SPD zu verständigen, weil sonst der Bundesrat ihre Regierung zu sehr beeinträchtigen könnte: zukünftig wird in 14 der 16 Bundesländer die SPD an der Regierung beteiligt sein wird, CDU/CSU werden nur noch in 6 Landesregierungen sitzen.

Aufschwung und Niedergang der SPD 1994

Die SPD hatte im Wahlkampf die Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik und die Kanzleralternative Rudolf Scharping in den Vordergrund gestellt. Diese geschlossen getragene Schwerpunktsetzung brachte der SPD Ende 1993/Anfang 1994 zunächst erheblich steigende Zustimmung in der Bevölkerung ein. Dies vollzog sich vor dem Hintergrund einer massiven Rezession mit rasch wachsender Massenarbeitslosigkeit und einer Regierung Kohl, die sich offenbar um dieses Problem nicht hinreichend kümmerte und die wachsenden sozialen Probleme und Spaltungen nicht bekämpfte, sondern durch Sozialabbau noch verschärfte. Die SPD sah in der öffentlichen und eigenen Wahrnehmung eine Zeitlang wie die fast schon sichere Wahlsiegerin aus.

Der Ruf nach „Arbeit, Arbeit, Arbeit“ entpuppte sich allerdings zunehmend als Appell an die Wirtschaft und

die gemeinsame Verantwortung aller Beteiligten in einem nicht weiter konkretisierten Beschäftigungspakt statt als Überschrift für ein Bündel konkreter und wirksamer Maßnahmen, die eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung einleiten würde, um eine relevante Reduzierung der Arbeitslosigkeit zu gewährleisten. Vorstöße etwa von Dreßler in diese Richtung (Halbierung der Arbeitslosigkeit bis 1998) wurden abgeblockt, durchaus vorhandene programmatische Ansätze (Arbeitsmarkt- und Strukturförderungsgesetz, Zukunftsinvestitionsprogramm, Förderung von Arbeitszeitverkürzung) nicht offensiv vertreten. Die zugespitzte Kontroverse mit der Bundesregierung, die nötig gewesen wäre, um das Thema wirklich zu einem wahlentscheidenden zugunsten der SPD zu machen, ließ sich auf dieser dünnen Grundlage nicht führen, Mobilisierung nicht entwickeln.

Der im Jahresverlauf 1994 immer deutlicher werdende konjunkturelle Aufschwung weckte neue Hoffnung auf wieder wachsende Beschäftigung und stärkte die Kompetenzzuschreibung an die amtierende Regierung³ - zumal ja die SPD zum Abbau der Arbeitslosigkeit selbst vor allem auf Wachstum und unternehmerische Investitionen setzte und so die Auffassung stärkte, das wäre der zentrale Weg zur Lösung des Problems. Die Unternehmerverbände ließen allerdings entgegen zwischenzeitlicher Hoffnungen öffentlich keinen Zweifel daran, daß sie ihre Investitionen am meisten durch einen Wahlsieg der Koalition gefördert sähen.

Es blieb das Einfordern größerer sozialer Gerechtigkeit und gleichzeitig finanzpolitischer Solidität und Ehrlichkeit. Den Anspruch der sozialen Gerechtigkeit verkörperte Scharping halbwegs glaubwürdig, das war aber auch das einzige, was als politischer Inhalt in dem voll auf seine Person zugeschnittenen Wahlkampf Fernsehspot der SPD rüberkam - allerdings nur in Bezug auf die Einkommen der privaten Haushalte, keinesfalls als Umverteilungsanspruch zu Lasten hoher Unternehmensgewinne oder der Substanz großer Privatvermögen (etwa durch eine Lastenausgleichsabgabe, höhere Vermögens- und Erbschaftssteuern). Dies ist allerdings die traditionelle

Kern- und Minimalkompetenz, die der SPD zugeschrieben wird, und hat allein noch nie für einen Wahlsieg gereicht. Mehr Mitgefühl und gute Absichten, mehr Kindergeld und Ergänzungsabgabe statt Solidaritätszuschlag, das ist zu wenig als öffentlich vermittelter harter Kern der Alternative zu Kohl.

In der Finanzpolitik wurde die Glaubwürdigkeit der SPD kaum höher eingeschätzt als die der Koalition. Es ist eben schwierig zu vermitteln, daß einerseits die Lage der Bundesfinanzen völlig katastrophal sei und deshalb eine SPD-Regierung sparen werde und wenig versprechen könne, aber auch die Steuerber-



lastung der Mehrheit nicht erhöhen werde, aber auch keinen Sozialabbau vornehmen werde (einige eingefleischte SPD-AnhängerInnen hatten sogar ernsthaft die Illusion, es würde von dem Sozialabbau der 80er und 90er Jahre abgesehen von der Streichung des Schlechtwettergeldes Relevantes zurückgenommen), wenn gleichzeitig die Sparpotentiale nicht hinreichend verdeutlicht werden können und alternative Einnahmequellen zu Lasten „der da oben“ nicht bezeichnet werden und die Addition der Forderungen und Finanzierungsvorschläge der SPD erhebliche Finanzierungslücken erkennen läßt.

Die SPD als Minimalpartei

In den anderen Politikbereichen wurde noch weniger versucht, die Notwendigkeit eines politischen Kurswechsels inhaltlich zu füllen und damit die Kontroverse mit CDU/CSU und FDP zu suchen. Ökologischer Umbau spielte in der realen Wahl-

kampfprogrammatik - also bei dem, was in den zentralen Medien tatsächlich von SPD-Seite thematisiert wurde - kaum eine Rolle und wurde durch die mehr als überflüssige und defensive Rumeierei in Sachen Tempolimit vollends entwertet.

Der reformpolitische Minimalismus der SPD⁴ war durchaus strategisch beauftragt worden, ausgehend von der Einschätzung, daß in schwierigen Zeiten gerade sozial bedrohte und zwischen CDU/CSU, SPD und zum Teil auch den Republikanern schwankende Gruppen der Bevölkerung mit ökologischen und anderen eher „postmateriel-

len“ Themen eher abzuschrecken als zu gewinnen seien. Zugleich wurde versucht, durch Mitwirkung bei der Verschärfung von Asylrecht sowie der repressiven Instrumente der Kriminalitätsbekämpfung und mit der penetranten Bezugnahme auf „Deutschland“ und die „deutschen Interessen“ den Rechten Themen wegzunehmen und sie selbst für sich zu besetzen. Dies brachte der SPD zwar Entlastung gegenüber Angriffen von dieser Seite und in bestimmten Bereichen ihrer sozialen Basis, führte aber auch zu einer Demotivierung und Abwendung vieler Menschen innerhalb und außerhalb der SPD, die diese Politik und die zunehmende Entwertung innerparteilicher Diskussions- und Willensbildungsprozesse und Formierung der SPD zu einem Kanzlerwahlverein ablehnten.

Die SPD-Strategie: sozialpatriotische Wirtschaftsförderungs-partei

Die strategische Grundorientierung der SPD läßt sich am deutlichsten am Verhalten zu der von Seiten der Unternehmerverbände und der Regierung betriebenen „Standortdebatte“ herausarbeiten. Zwar wurden vereinzelt unter dem Stichwort „Lebensstandort“ auch soziale und ökologische Kriterien mit eingebracht, hauptsächlich aber wurde versucht, durch Kritik an unzureichenden Anstrengungen der Regierung in der Forschungs- und Technologiepolitik die SPD als bessere Modernisierungspartei darzustellen, ohne qualitative Kriterien

in den Vordergrund zu stellen. Die mangelnde Berechtigung und die Interessengebundenheit des Lamentos über die angebliche Standortkrise und insbesondere ihre Verursachung durch angeblich zu hohe Lohnkosten und soziale und ökologische Überregulierung wurde nicht argumentativ angegriffen und damit jegliche Möglichkeit vergeben, hier eine offensive Auseinandersetzung mit CDU/CSU und FDP zu führen und sie glaubwürdig als Parteien darzustellen, deren Politik gegen die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung gerichtet und vor allem Profitinteressen des Kapitals und vermöglicher Minderheiten der Bevölkerung verpflichtet ist.

Dahinter steht die strategische Grundorientierung, die auch vor dem Hintergrund der engen Verbindungen sozialdemokratisch geführter Landesregierungen und Kommunen mit den dort tätigen großen Unternehmen zu sehen ist, nur in weitgehendem Einvernehmen und jedenfalls nicht in offenem Konflikt mit dem großen Kapital und den Unternehmensverbänden zu regieren. Nun macht es wenig Sinn, diese Position einfach nur moralisch zu kritisieren, weil sie neben Verflechtungs- und Einbindungsstrukturen auch materielle Kräfteverhältnisse und Grenzen staatlicher Handlungsfähigkeit reflektiert und insoweit in völliger Übereinstimmung mit marxistischen Analysen über die systematische Deformation der Demokratie im kapitalistischen Staat steht. Allerdings führt der dargestellte Umgang mit diesem Problem, der aussichtslose Versuch, öffentlich ausgetragene Kontroversen zwischen SPD und Kapital zu vermeiden und „die Wirtschaft“ als höchste wirtschaftspolitische Kompetenz anzuerkennen, zu einer systematischen Unterordnung und Unterlegenheit der Sozialdemokratie auf dem zentralen und wahlentscheidenden Feld der Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial- und Finanzpolitik.

Mit dieser Strategie war zugleich entschieden, daß die Notwendigkeiten und Möglichkeiten sozialen und ökologischen Umbaus und Konzeptionen zur Gestaltung der Zukunft der Gesellschaft nicht Gegenstand der Wahlkampfauseinandersetzung sein würden und daß es keinen ernsthaften Versuch geben würde, so etwas wie ein gesellschaftliches Reformklima zu schaffen und Menschen für Veränderungen in die gleiche Richtung zu mobilisieren. Stattdes-

sen wurde durch die aktiv betriebene Reduzierung der Ansprüche, die an eine SPD-geführte Regierung gestellt werden dürften, die Reform- und Gestaltungsunfähigkeit der Politik demonstriert und bestätigt, daß sich so oder so nicht viel zum Besseren ändern würde. Selbst die ökoliberale Variante des sozialdemokratischen mainstreams wurde in den Wahlkämpfen des Jahres 1994 in den Hintergrund gedrängt.

Die im Verhältnis zu den letzten Wahlen dennoch höhere Politisierung und Wahlkampfmobilisierung stützte sich nur auf die Motivation, daß Kohl und seine unsoziale Regierung endlich weg müßten und nicht auf eine inhaltlich gefüllte positive Alternative, sie blieb daher in ihrer Ausstrahlungsfähigkeit und Dynamik begrenzt. Automatisch entwickelnde große gesellschaftliche Konflikte, die polarisierend und mobilisierend hätten wirken können, gab es auch nicht, Initiativen und Bewegungen mit eigenständigen inhaltlichen Anforderungen an die Parteien spielten für den Wahlkampf kaum eine Rolle. Im Ergebnis blieb auch die Wahlbeteiligung mit 79,1% niedriger als erhofft.

SPD, Rot-Grün und die PDS

Im Verhalten gegenüber den anderen Parteien spiegelte sich die dargestellte Problemlage wider. Das Hauptdilemma dabei lag im Umgang mit „Rot-Grün“. Die SPD-Führung und Scharping legten zunächst großen Wert darauf, sich alle Optionen offen zu halten und „Rot-Grün“ zwar nicht auszuschließen, aber auch nicht zu favorisieren. Insbesondere lag ihnen daran, angeblich völlig überzogene oder aus anderen Gründen jedenfalls für eine SPD-geführte Regierung unakzeptable Forderungen der Grünen zurückzuweisen und diese dabei in zum Teil die Wahrheit bewusst entstellender Weise darzustellen - obwohl einige dieser Forderungen auch in ähnlicher Form in sozialdemokratischer Programmatik auftauchen oder auf Parteitaggen nur knapp der Vorstandslinie unterlegen waren (z.B. kontinuierliche schrittweise Erhöhung der Mineralölsteuer, höhere Besteuerung großer Erbschaften und Vermögen, perspektivische Überwindung der NATO zugunsten eines Systems kollektiver Sicherheit). Auf der anderen Seite wurde im Verlauf des

Wahlkampfes zunehmend klar, daß eine Koalition von SPD und Grünen die einzige halbwegs realistische und positive Möglichkeit einer Ablösung der Kohl-Regierung sein würde. In der Scharping die Grünen in dieser gemeinsamen SPD-WählerInnen schreckenden Weise kritisierte und eigentlich gar nicht regierungsfähig hinstellte, agitierte er faktisch gegen eine rot-grüne Koalition und damit gegen eine SPD-geführte Regierung.

Aufgebrochen zugunsten einer defensiveren Herangehensweise wurde dieses Dilemma mit dem SPD-Partei in Halle und der Unterstützung der grünen Minderheitenkoalition in Sachsen-Anhalt. Dort wurde in einer Sit-

Der Versuch Kontroversen zwischen SPD und Kapital zu vermeiden und „die Wirtschaft“ als höchste wirtschaftspolitische Kompetenz anzuerkennen, führt zu einer systematischen Unterordnung der Sozialdemokratie.

tion, die durch die Minderheitenposition und Notwendigkeit der Klärung durch die PDS noch zusätzlich kompliziert wurde, demonstriert, daß die SPD die alte Koalition wirklich auflösen wollte, wenn das irgendwie möglich sein sollte. Faktisch wurde dies klargestellt, und das drückte sich auch in den folgenden Monaten in einem vorsichtigeren Umgang mit den Grünen aus, daß die SPD „Rot-Grün“ wollte. Davon ging zunächst mal ein Mobilisierungsschub innerhalb der SPD aus; in der Mitgliedschaft gab es längst eine klare Präferenz für „Rot-Grün“ und die aufgrund schlechter Umfrageergebnisse schon erheblich gesunkene Hoffnung auf einen Wechsel bekam einen neuen Anstoß.

In den letzten Wochen vor der Wahl wurde aber dieser Schub wieder genommen, weil sich die SPD-Führung durch die von CDU/CSU geführte Anti-PDS-Kampagne immer stärker die Defensive und ein weiteres Dilemma drängen ließ: Wenn die PDS wirklich so völlig unakzeptabel war, wie

SPD selbst behauptete, wie konnte dann ein Modell wie in Magdeburg begründet werden außer durch bloßen Drang zur Macht? Wie ernst war dann der Ausschluß einer solchen Möglichkeit auf Bundesebene zu nehmen, wo doch immer wahrscheinlicher wurde, daß es für SPD und Grüne alleine nicht reichen würde? Und sollte das wirklich ernst gemeint sein, stellte Scharping damit nicht die Dringlichkeit der Ablösung von CDU/CSU und FDP infrage, hielt er sie doch anscheinend für das kleinere Übel gegenüber einer noch so geringen Rolle der PDS? Dieses Dilemma war insoweit schwieriger zu vermeiden als das mit den Grünen, weil ein anderer Umgang mit der PDS ebenfalls zu großen Problemen in Teilen der SPD-WählerInnenschaft geführt hätte, aber mehr Sachlichkeit, offensivere Argumentation und die klare Ablehnung einer Gleichbehandlung von PDS und den rechtsextremen Republikanern im Sinne der gleichen Ausgrenzung beider aus dem Spektrum der demokratischen Parteien hätte nur nützen können - auch für die Zukunft.

Grenzen der innerparteilichen Veränderung

Es wäre verfehlt, die dargestellten Probleme als personelle Probleme zu betrachten - ebenso wie es verfehlt wäre, sie auf die unzureichend klaren Beschlüsse zurückzuführen. Mag sein, daß ein Kanzlerkandidat Schröder lockerer und offensiver in der öffentlichen Darstellung und insbesondere in der Propagierung einer rot-grünen Koalitionsoption gewesen wäre, aber Scharpings Schwächen und Defensiven waren in erster Linie in den dargestellten strategischen Grundorientierungen begründet, und die wären bei einem anderen Kanzlerkandidaten nicht anders gewesen.

Um ein Personalproblem handelt es sich höchstens in einem viel umfassenderen Sinne: Die Führungsgruppen der SPD auf allen Ebenen (womit ich nicht die ehrenamtlichen Vorstände in ihrer Gesamtheit meine, sondern die sozialdemokratischen Mitglieder in Regierungen, Fraktionsführungen und Spitzengremien der Partei), von den Städten über die Länder bis zum Bund, würden in ihrer Mehrheit auch dann nicht als Protagonisten einer offensiven und glaubwürdigen Umbau-Orientierung auftreten, wenn ein Parteitag sie

dazu auffordern sollte. Das übliche schrittweise Nachrücken ursprünglich mal linker jüngerer Personen in die genannten Positionen ändert daran als solches nichts, weil es von einer parallel laufenden Assimilation an die bisher dominierenden Kräfte und Strategien begleitet ist. Um das Problem auf dem Wege innerparteilicher Willensbildung zu lösen, müßte konflikthaft ein innerparteilicher Macht- und Richtungswechsel durchgesetzt werden, dazu müßten nicht nur klare inhaltliche Beschlüsse gefaßt, sondern gleichzeitig dominierende Teile der genannten Führungsgruppen durch andere ausgewechselt werden. Aber das liegt völlig außerhalb der Reichweite sozialdemokratischer Parteilinkenarbeit, und der dazu notwendige große Pool alternativer Personen existiert auch gar nicht. Realistische Zugänge zum Umgang mit dem Problem können also nur in den äußeren Konstellationen liegen, in außerparlamentarischem Druck demokratischer Bewegungen und des öffentlichen politischen Klimas und in veränderten Konstellationen des Parteiensystems.

Die SPD und die „Arbeitnehmerorientierung“

Das Parteiensystem in Deutschland ist in Bewegung geraten. Die Bundestagswahl 1994 hat Tendenzen, die schon seit Jahren und in besonderer Weise seit der deutschen Vereinigung laufen, verstärkt und verfestigt:

Die SPD rückt zunehmend in die Mitte des Parteienspektrums. So verstehen sich viele Führungspersonen der Partei ja schon lange und da wollen sie hin. Dies führt allerdings nicht zu einer Stärkung der SPD, weil sich zugleich wachsende Kräfte links von der SPD formieren. Die längerfristige Stärke und das Profil der SPD werden wesentlich davon abhängen, wie sich ihre soziale Basis entwickelt. Besonders gravierend sind die Probleme in Ostdeutschland, wo nach Faschismus und DDR auf traditionell sozialdemokratisch orientiertes Arbeiterbewußtsein nicht zurückgegriffen werden kann. Dort haben bei der Bundestagswahl Arbeiter nur unterdurchschnittlich SPD gewählt, überdurchschnittlich CDU, und bisher sind kaum Tendenzen erkennbar, die für eine größere Verankerung der SPD als ausgesprochene Arbeiterpartei sprächen.

Der sozialen Verankerung der SPD insbesondere in der Arbeiterschaft und ihrem Wachstum in den 60er und frühen 70er Jahren liegt die Entwicklung und Verbreitung einer spezifischen „Arbeitnehmerorientierung“ zugrunde, die in reformistischem Sinne den Interessengegensatz zwischen Lohnabhängigen und Kapital reflektiert. Zur Reproduktion dieser Orientierung und ihres parteipolitischen Ausdrucks in der Sozialdemokratie muß sie durch eine politische Anrufung der gemeinsamen Arbeitnehmerinteressen und die Einbeziehung vieler Menschen in gewerkschaftliche Auseinandersetzungen immer wieder aktualisiert werden. Dies wird zum einen durch die wachsenden Organisationsprobleme der Gewerkschaften vor dem Hintergrund der Abnahme der Zahl von Großbetrieben und individualisierteren Arbeits- und Sozialstrukturen sowie dem Druck der Internationalisierung erschwert, zum anderen durch die dargestellte strategische Orientierung der SPD-Führungsgruppen von einer reformistischen Partei zu einer sozialpatriotischen Wirtschaftsförderungspartei. Als solche artikuliert die SPD soziale und insbesondere Beschäftigungsinteressen der Lohnabhängigen nicht mehr in Auseinandersetzung mit Kapitalinteressen um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und die Gestaltung der sozialen Verhältnisse, sondern primär als das gemeinsame Interesse von ArbeitnehmerInnen und Arbeitgebern an der Förderung der Unternehmen und Wirtschaftsstandorte als Primat auch gegenüber sozialen und ökologischen Ansprüchen.

Soziale Interessen werden nur in verengter, klientelistischer Weise aufgegriffen, indem sich die SPD als „Schutzmacht der kleinen Leute“ in dieser Konstellation zu profilieren versucht - im Osten gelingt ihr selbst das nicht. Damit wird zum einen nur ein Kernbereich des sozialdemokratischen Potentials angesprochen, außerdem kann der Anspruch kaum noch eingelöst werden, weil der Arbeitsplatzabbau in der Industrie weitergeht und angesichts leerer Kassen auch unter sozialdemokratischer Führung öffentliche und sozialstaatliche Leistungen eingeschränkt und die Lohnabhängigen verstärkt belastet werden. Zum anderen, und das ist wohl das strategische Hauptproblem, wird ein darüber hinausgehender gesellschaftlicher Gestal-

tungsanspruch nicht mehr erhoben. Bedürfnisse und Ansprüche weiter Teile der abhängig Beschäftigten und der Jugendlichen, die sich auf Reform überkommener Strukturen, auf humanere und ökologische Gestaltung der betrieblichen und gesellschaftlichen Bedingungen, auf mehr Möglichkeiten für Mitgestaltung und Selbstbestimmung in der Arbeit, in Schulen und Hochschulen, in der Kommune und im Staat richten, werden nicht angesprochen und auf fortschrittliche sozialdemokratische Politik orientiert. Dabei ist kein Widerspruch, daß sich diese Ansprüche kaum in Partizipation in den traditionellen Strukturen und Organisationen äußern, weil diese nicht zu unrecht als unfähig gelten, Veränderungen durchzusetzen. Statt den Versuch zu unternehmen, auf der Grundlage einer breit angelegten und angesprochenen Arbeitnehmerorientierung gesellschaftliche Debatten und ein mehrheitsfähiges Bündnis für solidarische und ökologische Reformen und Zukunftsgestaltung zu formieren,⁶ werden die dazu notwendigen sozialen Kräfte desorientiert, gespalten und z.T. gegeneinander ausgespielt.

Grüne West, PDS Ost

Moderne und qualifizierte Bevölkerungsgruppen, insbesondere solche mit ausgeprägter Arbeitnehmerorientierung, beziehen sich politisch in wachsendem Maße auf die links der SPD stärker werdenden Parteien. Dieser Prozeß läuft im Westen bisher in Richtung Grüne, im Osten in Richtung PDS, und wird deren politische Stärke und gegenüber der SPD linke Positionierung weiter befördern. Dafür spricht insbesondere, daß sich diese Entwicklung im Generationenwechsel durchsetzt und bei den jüngeren Lohnabhängigen und auch Gewerkschaftsmitgliedern schon wesentlich weiter fortgeschritten ist und zugleich die Grünen wie neuerdings auch die PDS bei diesen WählerInnen überdurchschnittlich stark sind und ihr weiteres Anwachsen damit programmiert ist, wenn diese Parteien das halten können.

Dabei ist gegenwärtig nicht absehbar, daß sich die Spaltung der politischen Verhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland abbauen wird. Die PDS hat sich im Osten als linke Volks- und Vertreterin berechtigter Interessen mit starker Basis-

verankerung und zugleich linkem und auch für Jüngere attraktiven Profil etabliert - unabhängig davon, ob Thierse oder andere sie für links halten oder nicht, darauf kommt es nicht an. Ob sie im Westen in absehbarer Zeit wesentlich stärker werden wird, ist angesichts der dortigen Verankerung der SPD und der Grünen und weiterwirkender anti-kommunistischer Vorbehalte und Ausgrenzungsbemühungen allerdings fraglich und wird davon abhängen, ob es ihnen gelingt, im gewerkschaftlichen Bereich stärker Fuß zu fassen, ihre Partiestrukturen vor Ort auszubauen und den Einfluß linkssektiererischer Kräfte zurückzudrängen. Es ist aber durchaus wahrscheinlich, daß auch eine nur langsame Stärkung im Westen hinreichen wird, um ihr mittelfristig eine Existenz oberhalb des Niveaus der bundesweiten 5%-Klausel zu ermöglichen.

Die Grünen scheinen im Osten zwischen SPD und PDS zerrieben zu werden, ich halte für unwahrscheinlich, daß sie aus dieser Klemme heraus und wieder über 5% kommen. Im Westen dagegen etablieren sie sich in immer mehr Städten mit zweistelligen %-Anteilen. Es ist wahrscheinlich, daß diese Entwicklung auch mittelfristig anhalten und die Grünen stärken wird. Dabei werden aber wahrscheinlich auch Tendenzen und Einwirkungen auf die Grünen zunehmen, sich noch stärker in eine ökolibérale Richtung zu entwickeln und von linken, vermeintlich radikalen Forderungen Abstand zu nehmen. Auf der anderen Seite könnten die linken Grünen versuchen, durch soziale Orientierungen, Ausbau gewerkschaftlicher Verbindungen und die Artikulation des Widerspruchs zwischen ökologischen und Profitinteressen die Grünen als Partei moderner kritischer Arbeitnehmersektoren weiter zu profilieren. Gelegentliche Grün-Schwarz-Bündnisse, insbesondere auf kommunaler Ebene, sind kein Beleg dafür, daß die Grünen nicht mehr links von der SPD anzusiedeln sind.

Große Koalitionen oder Rot-Grün?

Die CDU/CSU wird auf absehbare Zeit die dominierende Partei in Süd- und Westdeutschland und wahrscheinlich die vom WählerInnenanteil stärkste Partei in Gesamtdeutschland bleiben. Sie profitiert von der abnehmenden Bedeutung

der „Arbeitnehmerorientierung“ und der zunehmenden Individualisierung und sozialen Spaltung der Gesellschaft und leidet unter der abnehmenden Bedeutung konfessioneller Bindungen. Ihr Profil kann in Zukunft eigentlich nur in dem Versuch bestehen, die Orientierungen auf ökonomische Leistung, Nation und Familie miteinander zu verbinden. Es ist aber fraglich, ob sie mit oder ohne FDP ihre Mehrheitsfähigkeit wird halten können, weil durch die FDP keine nennenswerte Erweiterung des bürgerlichen Wählerpotentials mehr erreicht wird. Um regieren zu können, wird sie sich zunehmend auf die SPD als möglichen Koalitionspartner orientieren müssen.

Die strategisch zentrale Frage für die politische Entwicklung der Republik scheint mir also zu sein, in welche Richtung die SPD geht, und zwar nicht nur und primär auf der Ebene der Bundespolitik in der neuen Legislaturperiode, sondern auf allen parlamentarischen Ebenen und mittel- und längerfristig.

Eine im Sinne sozial-ökologischen Umbaus positive Perspektive kann nur darin bestehen, „Rot-Grün“ als politische Alternative für 1998 konsequent aufzubauen, inhaltlich zu fundieren und offensiv und in gemeinsamer Auseinandersetzung mit der Bundesregierung zu vertreten, und zwischen SPD und Grünen konstruktive Formen der Auseinandersetzung zu suchen. Dabei muß insbesondere in Ostdeutschland zunehmend mit der nötigen taktischen Vorsicht die PDS einbezogen und 1998 eine Zusammenarbeit mit der PDS auch auf Bundesebene zumindest unterhalb des Niveaus einer Koalition offengehalten werden. Dies muß nicht nur in der SPD, sondern auch in Bündnis '90/Die Grünen durchgesetzt werden. Auch unter machtpolitischen Gesichtspunkten ist dies der einzig mögliche Weg, wenn es mittelfristig in Ostdeutschland und im Bund Alternativen zu einer Rolle der SPD als Juniorpartner der CDU geben soll.

Das wäre die andere Perspektive, die es aus Sicht der Linken zu verhindern gilt: große Koalitionen in immer mehr Ländern und faktisch auch Gemeinden als Basis einer auf Dauer angelegten großen Koalition auf Bundesebene. Von der im Berliner Grundgesetzprogramm der SPD formulierten Orientierung auf sozialen und ökologischen Umbau in globaler Verantwort-

ung bliebe dann wohl nichts übrig. Diese Option liegt stärker in der Logik der oben dargestellten gegenwärtig in der SPD dominierenden Strategie als das aktive Vorantreiben von Rot-Grün oder gar eine Öffnung gegenüber der PDS, die mit Risiken und Konflikten mit gesellschaftlich mächtigen Gegnern verbunden wäre. Gegen große Koalitionen spricht allerdings das damit verbundene Risiko weiterer Schwächung der SPD und daß andernfalls der Anteil der sozialdemokratisch zu verteilenden Posten im Regierungs- und Verwaltungsapparat größer wäre. Rot-Grün wird natürlich auch in dem Maße konsensfähiger in der SPD, wie die PDS dazu nicht nötig ist und die Grünen linke Positionen zurücknehmen. Letzteres liegt allerdings nicht im Interesse einer ernsthaften Umbaupolitik.

Umbaupolitik und Aufgaben der Linken

Die inhaltliche Substanz einer rot-grünen Umbaupolitik vor dem Hintergrund der gegebenen sozialökonomischen und ökologischen Problemlagen und Tendenzen und der gesellschaftlich-politischen Kräfteverhältnisse wird in letzter Zeit häufig unter den Titeln „Neuer Gesellschaftsvertrag“ und „Sozial-ökologischer new deal“ (oder enger bezogen auf die ökologischen Aufgaben als „Öko-deal“) diskutiert. Auch auf der Linken wird dabei von der Erkenntnis ausgegangen, daß es darauf ankommt, breite gesellschaftliche Kräfte bis hinein ins Lager der Unternehmen für eine Umbaustategie einzubeziehen, auch ökonomische Perspektiven zu bieten und vielfältige Interessen zu berücksichtigen, also einen „deal“ durchaus im wörtlichen Sinne einzugehen.

Daraus darf aber nicht der Schluß gezogen werden, abgesehen von einzelnen Unternehmen und Personen aus dem Unternehmerlager würden sich größere Fraktionen des Kapitals in Auseinandersetzung mit anderen offen für eine rot-grüne Umbaupolitik einsetzen. Vorbedingung für Kompromisse ist ein rot-grüner Wahlsieg, denn das Kapital hat Interesse an Arrangements mit der politischen Linken erst dann, wenn diese reale Macht in die Waagschale zu werfen hat, auf die die Unternehmen angewiesen sind, konkret: die Gesetzgebungsmehrheit und die legale Kontrolle über den Staatsapparat und

die Staatsfinanzen. Diese durch einen Wahlsieg erringen kann die Linke in Deutschland nur in einem Prozeß, der von heftigen parlamentarischen, außerparlamentarischen und in den Medien ausgetragenen Auseinandersetzungen nicht nur mit den Konservativen, sondern auch mit den Repräsentanten des Kapitals geprägt sein wird. Das muß sich auch in der Oppositionspolitik im Bundestag entsprechend niederschlagen.

Um dafür Voraussetzungen zu schaffen, muß die SPD-Linke sich wesentlich deutlicher als in den vergangenen Jahren gerade auf dem Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik in Verbindung mit der Ökologiepolitik profilieren und die Kontroverse mit den „Standortförde-

Wer links ist in der SPD, entscheidet sich an der Kontroverse Formierung eines (rot-grünen) „Umbaublicks“ oder Einbindung in den bürgerlichen „Standortblock“.

ungsstrategen“ suchen und austragen und versuchen, diese innerparteilich in die Defensive treiben. Erster notwendiger Schritt dazu ist allerdings, innerhalb der sozialdemokratischen Linken und des Frankfurter Kreises selbst dazu eine ergebnisorientierte Diskussion zu führen und aus der inhaltlichen Beliebigkeit herauszukommen.

Die Hauptaufgabe der Linken in der SPD wird in den nächsten Jahren also darin bestehen müssen, für eine Durchsetzung der Rot-Grün-Option und gegen eine fortschreitende Einbindung in große Koalitionen zu kämpfen. Gegen große Koalitionen, zu denen es vermittelbare rot-grüne Alternativen gibt, dürfen Linke auch nicht davor zurückschrecken, offen und als Gruppe aus der Fraktionsdisziplin auszuscheren und sich als Opposition zu artikulieren. Das heißt andererseits, daß eine große Koalition auf Bundesebene im Gefolge von Krisen der mit nur knapper Mehrheit ausgestatteten CDU/CSU/FDP-Koalition und der starken Position der SPD im Bundesrat dann und nur dann hinzunehmen wäre, wenn positive

Gestaltungsmöglichkeiten in der Sozialpolitik genutzt werden und kein Zweifel daran gelassen wird, daß diese Koalition über den Termin der nächsten Bundestagswahl hinaus nicht fortgesetzt werden wird, sondern als Übergang zu einer rot-grünen Regierung angelegt ist.

Eine wichtige Rolle zur inhaltlichen und politischen Vorbereitung eines wirklichen Wechsels spielt die Entwicklung und Propagierung rot-grüner Umbauprojekte der Linken, über die Grenzen der SPD hinaus. Ein Beitrag besteht in der Organisierung und Wahrnehmung von Diskussionsmöglichkeiten zwischen linken SozialdemokratenInnen, Grünen und PDSlern. Dabei liegt es im Interesse der Linken in der SPD, bei den Grünen insbesondere die linken Kräfte einzubeziehen und ihre Bedeutung in der grünen Partei stärken zu helfen. Nötig ist gleichfalls, Verbindungen zu fortschrittlichen GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, Kulturschaffenden und gesellschaftlichen Bewegungen wieder aufzubauen und zu versuchen, gemeinsam gesellschaftlichen Druck für solidarisch-ökologischen Umbau zu mobilisieren. Wer links ist in der SPD, wird sich in den nächsten Jahren in erster Linie an der Frage entscheiden, wie die GenossInnen sich in der Kontroverse Formierung eines (rot-grünen) „Umbaublicks“ oder Einbindung in den bürgerlichen „Standortblock“ positionieren. Sollte sich die Perspektive dauerhafter großer Koalitionen durchsetzen und die SPD immer mehr zu eine Mittepartei werden, dürfte es für die Linken immer schwieriger werden, ihre Rolle in der SPD anstatt in einer der Linksparteien Grüne oder PDS zu begründen.

- 1 Heiner Geißler: Der Irrweg des Nationalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/94, S. 1196
- 2 nach Infas, vgl. Frankfurter Rundschau v. 18.10.94, S. 9
- 3 Dies wird durch eine ZDF-Analyse unterstrichen, nach der im September 1993 lediglich 21% der Deutschen meinten, es gehe wirtschaftlich wieder aufwärts, im Oktober 1994 dagegen rund 60%, und nach der 37% einer CDU-geführten Regierung am ehesten zutrauen, die wirtschaftlichen Probleme in den Griff zu bekommen, einer SPD-geführten Regierung nur 22%.
- 4 vgl. Joachim Raschke: Auf dem Weg zur Minimalpartei, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/94, S. 800-811.
- 5 vgl. dazu Peter von Oertzen: Eine gesellschaftliche Basis für Rot-Grün?, in: spw 77, 3/94, S. 33f.
- 6 einen „Umbaublick“, vgl. den Beitrag von Uwe Kremer: Klassen im Umbau, in diesem Heft.

Grüne nach den Wahlen

von Friedrich Heilmann und Frieder Otto Wolf*

1. Die Lage

Das erste Ziel ist erreicht, mit 49 Abgeordneten sind die Grünen wieder im Bundestag. Als bisher einzige Partei haben wir nach dem Scheitern an der 5%-Hürde den Wiedereinzug in den Bundestag geschafft, und das mit einem respektablen Ergebnis. Vier Jahre harte Arbeit bei der Konsolidierung der Partei auf Bundesebene, das Verhindern ihres Auseinanderbröckelns in einzelne Landesfürstentümer, die inhaltliche Weiterentwicklung und die Fusion mit den grün-nahen BürgerInnenbewegungen haben sich ausgezahlt, zumindest im Westen.

In die Freude mischen sich allerdings zwei Wermutstropfen ein. Unser zweites Ziel, einen Regierungswechsel in Bonn herbeizuführen, haben wir nicht erreicht. Dieser Doppelschritt war zu groß, die gesellschaftliche Basis dafür noch zu klein. Grüne und SPD sind beide unter ihren erreichbaren WählerInnenpotentialen geblieben.

Der größere Ärger liegt jedoch bei unserem Abschneiden in Ostdeutschland. Mit nur 4,4% im Durchschnitt wurden weniger als 2/3 der Stimmen im Vergleich zu 1990 erreicht. Drei Jahre lang befanden wir uns in einem demoskopischen Hoch von über 10%, die Sympathiewerte lagen noch höher. An diesen Zahlen wurde von uns nicht gezweifelt, deckten sie sich doch mit der eigenen (Fehl-)wahrnehmung als gewichtige politische Kraft im Osten. Die „Kräfte des Herbst '89“ wurden von den Westgrünen angehimmelt und die Fusion zwischen den Grünen (die es seit 1990 auch in Ostdeutschland gab) und Bündnis '90 stand im Zeichen der Illusion eines stetigen Aufwinds für beide Seiten. Zu wenig Beachtung fand dabei die Entwicklung in den einzelnen Landesverbänden in Ostdeutschland, in denen sich z.T. kontraproduktive Kräfte und wenig kooperationsfähige Politikrichtungen breit machten. West-Grün hat eindeutig von der Fusion profitiert, die Ost-Landesverbände haben sie bisher noch nicht verkraftet.

* Friedrich Heilmann, Teltow, Mitglied des Bundesvorstands der Grünen, Frieder Otto Wolf MdEP, Berlin, Philosoph

Bündnis '90 hatte im Vergleich zu Ost-Grün die bei weitem exponierteren VertreterInnen in die gemeinsame Partei eingebracht. Diese stehen jedoch insgesamt für eine Variante „neuer Politik“, die sich als eine Erneuerung aus der politischen Mitte heraus versteht und die Anknüpfung an linke Positionen scheut. Eine eher „ökoliberal“ gestimmte Auswahl aus dem früheren Realo-Flügel hat im Osten versucht, an diese Stimmung anzuknüpfen und die Partei dadurch endlich auf den „rechten“ Weg zu bringen. Einige Bündnisvertreter markieren heute den rechten Rand des politischen Spektrums der Partei. Andere haben sich sogar deutlich außerhalb des sehr breiten politischen Spektrums der Bündnisgrünen gestellt, so daß punktuelle politische Klärungen unausweichlich geworden sind.

Die politisch inhomogene Zusammensetzung der östlichen Landesverbände hat deren äußeres Erscheinungsbild belastet. Das Profil erscheint unscharf, Positionen der Bundespartei werden nicht klar aufgenommen. Auf die Frage nach dem Standort im Parteienspektrum gibt es keine klare Antwort. Die politische Strategie beschränkt sich auf anscheinend prinzipienlos wechselnde Koalitionsaussagen, mit Stolpe und nicht mit Stolpe, vielleicht auch mit Biedenkopf, sonst auch in einer Minderheitsregierung, die hin und wieder die PDS brauchen wird. Unter dem Strich bleibt der Eindruck, „Hauptsache Mitregieren“ sei die einzige strategische Maxime unserer Partei im Osten. Wer eine oppositionelle Kraft wählen will, muß sich dann wohl woanders hinwenden.

Der Osten wählt - jedenfalls von der Intention her - mehrheitlich links: 30-55% SPD, etwa 20% PDS und eben ca. 4% Grüne. Die Modellberechnungen zu den WählerInnenwanderungen geben - bei aller gebotenen Skepsis - unbestreitbare Hinweise: Danach hätten wir bei der Bundestagswahl ca. 100.000 Stimmen an die PDS verloren und nur etwas weniger an die SPD. Wenn es den Grünen nicht gelingt, so umzusteuern, daß sie ein unverwechselbares linkes Profil im Osten entwick-

keln, werden sie bedeutungslos werden.

Noch haben sie aber eine gute Chance. Die 4% sind steigerbar, besonders im städtischen, alternativen Milieu, wie punktuell bessere Ergebnisse in einzelnen Wahlkreisen gezeigt haben.

Die politische Schwäche im Osten verweist uns auch auf den immer noch geringen Politisierungsgrad unserer (wenigen) Mitglieder dort. Auf kommunaler Ebene wird gute und engagierte Sacharbeit geleistet, die Landes- und Bundesebene mit ihren weiterreichenden politischen Fragestellungen ist kaum im Blick. Die kleinen „AktivistInnen-Eliten“ agieren abgehoben, erarbeiten gute Programme und organisieren den Wahlkampf. Die Mitglieder bleiben demgegenüber passiv. Eine der wichtigsten Stärken grüner Politik, die Einbettung in soziale Bewegungen und die Zusammenarbeit mit deren Organisationen, ist allenfalls zufällig vorhanden. Die Jugend und die in der DDR sozialisierte Intelligenz verprellen einige „Promis“ unserer Partei, die die Ausstrahlung von besserwissenden und moralisch höherstehenden „Heiligen“ kultivieren, die das Leben in der ehemaligen DDR pauschal abwerten - und damit auch die notwendige kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit blockieren. In diesem Kontext funktioniert dann die plump antikomunistische „Verteufelung“ der PDS als wirksame Wahlkampfhilfe für eben diese mit uns konkurrierende Partei, die vielmehr in einer offenen inhaltlichen Auseinandersetzung anzugehen wäre.

2. Politische Konsequenzen

Die Grünen brauchen, als Gesamtpartei und dann mit entsprechender Ausstrahlung im Osten, ein klareres politisch-strategisches Konzept. Bevor es möglich ist, sinnvoll auf die Fragen der Umsetzung einzugehen, müssen einige grundsätzliche Fragen beantwortet werden.

Wir meinen, eine solche grundsätzliche Positionsbestimmung sollte im Ausgang vom Gedanken einer „alternativen

Linke“ geschehen. Diese alternative Linke, die seit 1989 eher deutlicher sich abzeichnet, erstreckt sich über das ganze Spektrum von zögerlich oder pragmatisch bis tollkühn oder moralistisch variierend - und läßt sich daher auch nicht in radikalere und angepaßtere Elemente zerlegen. Sie beruht auf dem elementaren Gedanken der Emanzipation als Befreiung von Herrschaft von Menschen über Menschen.

Diese „alternative Linke“ kann sich seit 1989 politisch noch unzweideutiger unterscheiden von der alten, etatistischen Linken, die eher die „Herstellung einer neuen Ordnung“ (vor allem der Gleichheit) im Sinne führt. Die historische Differenzierung dieser „alten Linken“ in „reformistisch“ und „revolutionär“, in „systemimmanent“ und „anti-systemisch“, kann als spätestens seit 1989 überholt beschrieben werden: Sie setzt gleichsam voraus, daß es zwei Systeme gab, d.h. daß der Realsozialismus eine Alternative und keine Variante zur kapitalistischen Produktionsweise und ihren dominanten Entwicklungsmodellen gebildet hat. Genau dies ist aber zu bestreiten. Weswegen jetzt allerdings nicht etwa vor behaupteten Systemgrenzen zurückzuschrecken wäre, wo wirkliche Problemlösungen - etwa die Ökologisierung der Weltwirtschaft - eine solche Überschreitung erforderlich machen.

Wichtig für die Entwicklung eines strategischen Konzepts der Grünen insgesamt ist dabei vor allem folgendes: Die „alternative Linke“ ist kein Teilssegment zwischen revolutionärer und reformistischer Linken, schon gar nicht irgendwo „zwischen PDS und SPD“, sondern sie steht für eine andere Herangehensweise an die großen Fragen der Politik. Sie macht daher grundsätzlich beiden konkurrierenden Linken politisches Terrain streitig - und geht dabei sogar notwendigerweise über die klassischen Adressaten dieser historischen Linken hinaus: Indem sie etwa die Frauen spezifisch anspricht, die Kleinbauern, die Kirchen und ihre Gläubigen, die vom männlich-industriellen Bemächtigungswahn der alten Linken eher abgestoßen waren. Aber sie tut dies nicht, indem sie sich diesen neuen AdressatInnen anpaßt, sondern indem sie die Aufgabe der sozialen Emanzipation im Sinne der Befreiung mit ihnen zusammen neu buchstabiert.

Auf diese Grundmodelle können - mit allen Brechungen und Widersprü-

chen - die empirisch existierenden deutschen Parteien bezogen werden - etwa das Changieren der SPD zwischen Reformismus und Technokratie, der PDS zwischen Linkspopulismus und regionaler Interessenvertretung, der Bündnisleute zwischen Dritte-Weg-Parolen und Mainstream-Politik, der Grünen zwischen ökologischer Repolitisation von Arbeiten und Leben und technisch-administrativem Umweltschutz.

Das ist wiederum auf die auseinanderstrebenden Befindlichkeiten von Vereinigungsgewinnlern und -verlierern im Osten zu beziehen. Das Aufgeben jeder Art von Dritter-Weg-Diskussion, in Verbindung mit einer moralisierenden Abwertung des Lebens in der ehemaligen DDR hat Bündnis '90 ein jedenfalls für die Vereinigungsverlierer geradezu abstoßendes Profil gegeben. Die Ostgrünen wurden demgegenüber so weit in den Hintergrund geschoben - auch von maßgeblichen Teil-

Die Bündnisgrünen brauchen eine strategische Klärung, wenn sie im Osten überleben wollen.

len der Westgrünen - bzw. blieben so weit selbst unpolitisch, daß sie keine wahrnehmbaren Gegenakzente setzen konnten.

Das Wahlergebnis im Osten läßt in wesentlichen Teilen eine rationale Reaktion der Wähler auf die damit ergebene Lage der linken Parteien erkennen: Die PDS wurde für ihre Kombination von Regionalpartei und antisystemischer Linkspartei belohnt, auch wenn sie dafür kein schlüssiges Konzept abliefern konnte; die Bündnisgrünen wurden für ihre Kombination von Mainstream-Alternativlosigkeit und Politikverzicht hart bestraft; die SPD weniger hart für ihre ungeklärte Kombination von Technokratentum, wohlmeinendem Moralismus der Solidarität und weitergehenden Reformvorstellungen.

Die SPD kann ihre strategische Schwäche aufgrund ihrer immer noch großen traditionellen sozialen Verankerung als Regierungspartei wenigstens dadurch überspielen, daß sie selbst unpolitisch ihre Landesväter ins

Spiel bringt. Die PDS kann ihre strategische Konzeptionslosigkeit als Buntheit verkaufen und sich darauf einigen, jedenfalls „erst einmal“ mit Opposition anzufangen. Die Bündnisgrünen brauchen dagegen eine strategische Klärung, wenn sie im Osten überleben wollen. Entweder gelingt es ihnen, sich als alternative Linke gegenüber PDS und SPD eindeutig abzugrenzen und als spezifisch radikale Konkurrenz auf dem gesamten, unverkürzten Spektrum einer mehrheitsfähigen Linken zu profilieren - oder sie können sich auf eine unpolitische Nischenexistenz vorbereiten: als halbierte BürgerrechtlerInnen, die nicht einmal für den Schutz der Diskriminierten und Verfolgten eintreten, oder als gezähmte UmweltschützerInnen, die sich nicht mehr trauen, auf den für einen fürsorglichen Umgang mit unseren Lebensbedingungen erforderlichen weitgehenden ökonomischen, sozialen und politischen Veränderungen zu bestehen.

Dabei geht es zugleich um das deutsche Parteiensystem insgesamt. Die Frage stellt sich zum einen, ob es endlich möglich sein wird, die FDP als halbrechte Mehrheitsbeschafferin der Bundespolitik herauszudrängen und das System so umzubauen, daß auf Sicht Mehrheiten diesseits der gemalten Rechten wahrscheinlicher werden. Jedenfalls mittelfristig geht es dabei nicht um die Frage einer Ablösung der SPD durch andere Kräfte, sondern darum, wer diese in Gewerkschaften und Angestelltenschaft sozial tief verankerte Partei als Bündnispartner regierungsfähig machen und dabei „zum Jagen tragen kann“, um den längst überfälligen Übergang zu einem alternativen Entwicklungsmodell (vgl. inzwischen die Lippenbekenntnisse etwa von Gore und Delors²) endlich tatsächlich einzuleiten.

Diese Frage stellt sich in Deutschland in einer taktischen Situation, in der die Bündnisgrünen nicht mehr den völlig selbstverständlichen Vertreterin der Option einer alternativen Linken darstellen. Auf dem - eher geschwächten - linken Flügel der SPD hat sich ebenso eine linksalternative Option herausgebildet, wie im Kreis der Modernisierer, die in der PDS gegenwärtig weitgehend den Ton angeben, schon um deren Überlebens willen. Noch besteht im Westen eine reale Chance, daß die Grünen diese Position hegemonial besetzen; im Osten werden sie einen

neuen Anlauf nehmen müssen, einschließlich eines personellen Neuanfangs. Die alternativen Komponenten von SPD und PDS werden - auch im Osten - ihrerseits solche Positionen für sich beanspruchen. Hier wird es seitens der Bündnisgrünen notwendig sein, in ihren sachlichen Positionen und in ihrem Personenangebot die notwendige Profilierung zu leisten - und zugleich im Ausgang von ihren eigenen konkreten inhaltlichen Angeboten überall dort zu kooperieren, wo das die notwendigen gesellschaftlichen Bündnisse nicht beeinträchtigt. Allein in einer solchen strategischen Auseinandersetzung haben sie die Chance, zumindest eine relative Hegemonie als VertreterInnen der sachgemäß radikalen Konzepte zurückzugewinnen.

Zugleich stehen dabei gerade die Grünen im Osten vor der Aufgabe, eindeutig klar zu machen, daß ein Rückfall in die alte - produktivistische, etatistische und zumeist auch nationalistische - Linke weder in ihrer reformistischen, noch in ihrer „revolutionären“ Variante den Aufgaben der Gegenwart entspricht. Die moralischen Instanzen der „Sozialversicherungsgemeinschaft“ und des „über den Interessen stehenden“ Staates als Vertreter einer „höhe-

ren Ordnung“ sind durchaus noch nicht in allen Milieus der gesellschaftlichen Basis der Linken diskreditiert. Rückfälle in etatistische, kollektivistische und autoritäre Politikmuster müssen immer noch verhindert und bekämpft werden.

Nur würde es sich die „moderne“, alternative Linke allzu leicht machen, wenn sie sich nicht der Frage stellte, welche Schwächen in der von ihnen betriebenen politischen Interessenartikulation dazu beitragen, daß die inzwischen schon recht abgestandenen Antworten der „alten Linken“ immer noch so breit plausibel wirken. Gerade die Bündnisgrünen können sich nicht damit beruhigen, daß die SPD und die PDS einfach Parteien dieser „alten Linken“ sind und damit sowieso nicht mehr zeitgemäß. Auch die allgemeine Versicherung, daß wir als Grüne heute die „wahren Linken“ darstellen, während die anderen eben zu Unrecht den Anspruch auf Linkssein erhöhen, wird nicht weiter verfangen. Wir Grünen insgesamt haben in diesem Erneuerungsprozeß auch einige Schlacken abzuliegen: Unsere Neigung zu einem lebensreformerischen Sektierertum (als verdeckte, andere Seite des fordistischen Konsum-Konformismus), aber

ebenso unsere unpolitische Konfliktscheu. Wir werden lernen müssen, nicht überall dort, wo uns unsere eigene Betroffenheit oder konkreter Sachverstand nicht eines Besseren belehrt, unhinterfragt für die gesellschaftlich unanstößigsten main-stream-Lösungen zu optieren.

Kurzum, die Bundestagswahlen haben zumindest eins gezeigt: Auch die Bündnisgrünen brauchen dringend einen Prozeß der Erneuerung. Vor allem müssen sie sich erst noch wieder auf ein verbindliches strategisches Konzept verständigen, um ihren impliziten Anspruch, den Kern der alternativen Linken zu bilden, jetzt auch in ausdrücklicher Konkurrenz zu anderen parlamentarischen Parteien der Linken im politischen Alltag vorleben und personell verkörpern zu können. Die Arbeit daran wird kontrovers sein und zugleich eine Konzentration der Kräfte erfordern. Im Umgang mit diesem Spannungsverhältnis muß sich eine strategisch angelegte grüne Politik bewähren.

1 vgl. Norberto Bobbio: Links und Rechts, 1994
2 vgl. Al Gore: Wege zum Gleichgewicht, 1992, und die Rede von Delors vor dem Europäischen Parlament am 15.09.94

Reformaufbruch nicht in Sicht

von Horst Dietzel*

Eigentlich dürfte es das gar nicht geben: ein Wahlergebnis, das nur Sieger und keine Besiegten brachte. Jedenfalls waren am Wahlabend alle zufrieden... Sicher ist die Regierungsmehrheit dünn, sicher wird es für Kohl in mehrfacher Hinsicht schwerer zu regieren und der Einstieg in die „Nach-Kohl-Zeit“ hat bereits begonnen. Das Ergebnis aber ist eindeutig: Der Wechsel war zwar nah, eine Reformmehrheit kam aber nicht zustande.

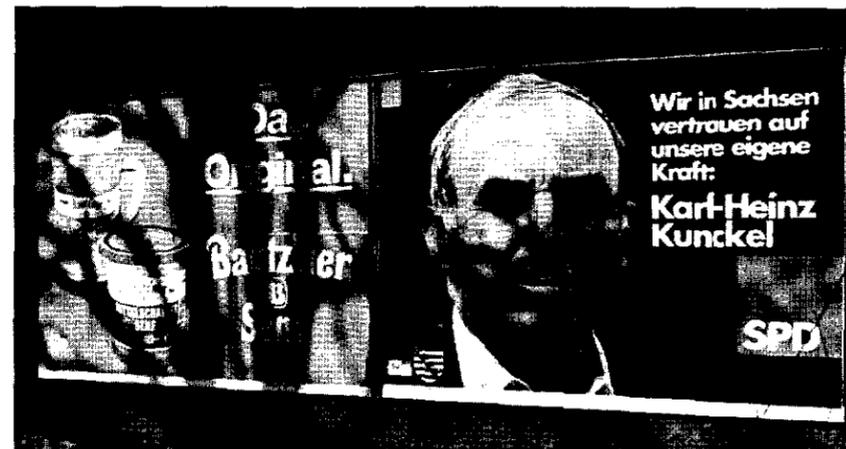
Auch in Zukunft wird es nicht leicht sein, einen Wechsel in der Politik durchzusetzen. Die Gründe dafür sind vielfältig. Offenbar ist der Glaube daran, daß doch noch einmal alles so weiter gehen wird, weit verbreitet. Die Herausforderungen sind auf fast allen politischen Feldern so groß, daß viele vor den Konsequenzen zurückschrek-

ken, obwohl sie ihnen bekannt sind. Es geht tatsächlich um einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen und Schichten, zwischen Ost und West. Und ein solcher ist schwer durchsetzbar. Besitzstandsdenken bei den Besitzenden zugunsten der sozialen und ökologischen Herausforderungen zurückzudrängen, bleibt schwierig.

Ausschlaggebend für die knappe Niederlage war offenbar die Tatsache, daß es kein gesellschaftliches Reformklima gab. Die Hauptursache dafür lag eindeutig bei der SPD. Die Parteispitze verhinderte eine Reformaufbruchsstimmung. Inhaltlich näherte sie sich immer mehr der CDU an. Es gab keine klaren Aussagen für eine Koalition mit den Bündnisgrünen, im Gegenteil... Den Glauben an einen Kanzlerwechsel konnte die SPD auch deshalb nicht vermitteln, weil dies rein rechnerisch ohne PDS auch mit rosa/grün nicht zu erreichen war.

Sicher ist zu beachten, daß es gegenwärtig keine starken sozialen Bewegungen gibt; die Gewerkschaften befinden sich in der Defensive. Aber wer einen wirklichen Politikwechsel will, der kann nicht warten, bis sich die Bewegungen wieder entfalten. Im Gegenteil, um so notwendiger ist es, ein Reformklima zu schaffen und vor Ort aktiv in Initiativen, Organisationen und Gewerkschaften für einen Wechsel zu arbeiten.

Wie können sich die Dinge entwickeln? Zunächst ist ein weiterer Reformstau zu erwarten. Die Schere zwischen dringend notwendigen Reformen auf den Gebieten Arbeit, Soziales, Ökologie, Feminisierung wie einer generellen Demokratisierung der Gesellschaft und der Verhinderung solcher Reformen durch die Regierungskoalition vergrößert sich. Die Regierung setzt weiter auf die Entsolidarisierung der Gesellschaft, um den Sozialabbau drastischer



vornehmen zu können. Ein „dosierter“ Nationalismus soll diesen Kurs abfedern. Eine ökologische Wende ist nicht in Sicht. Wichtige Veränderungen in der Politik gegenüber den ostdeutschen Ländern wird es ebenfalls nicht geben. Dennoch wäre es eine Illusion zu glauben, die Regierung Kohl würde mit ihrer knappen Mehrheit von allein abwirtschaften und der SPD fiele das Kanzleramt in den Schoß.

Vor allem bei den Oppositionsparteien stehen eine Reihe von wichtigen Entscheidungen an. Bei der SPD wird der in den letzten Jahren erfolgte Rechtsruck nicht zurückgenommen werden. Vielmehr werden sich die innerparteilichen Auseinandersetzungen vorrangig auf die Frage konzentrieren, wie die Partei wieder in Regierungsverantwortung kommt: entweder aber eine Große Koalition oder über eine klare Reformalternative von rosa/grün, möglicherweise mit Duldung der PDS. Die Frage, in welche Richtung sich die SPD bewegen wird, ist noch nicht entschieden. Es deutet aber viel auf eine Große Koalition hin.

Die Diskussionen um den Sinn oder Unsinn einer möglichen Großen Koalition werden in den kommenden Monaten (oder Jahren) zunehmen. Der Vergleich zu 1966-69 wird öfters gebraucht werden, um der Nützlichkeit einer solchen Koalition als Durchgangsstadium für eine SPD-geführte Regierung das Wort zu reden. Dabei stellt sich die Frage: Was ist ähnlich und was ist anders als damals? Für die Wiederholbarkeit dieses Musters spricht die Notwendigkeit, die Bundesrepublik zu modernisieren und die relative Schwäche der Regierungskoalition.

Demgegenüber gibt es Unterschiede, die überwiegen: Anders als 1969

verkörpert die SPD mit ihren jetzigen Kanzlerkandidaten nicht eine Aufbruchsstimmung wie damals, er ist kein Symbol einer demokratischen Modernisierung und einer neuen Außenpolitik. Es ist auch nicht zu erwarten, daß in naher Zukunft die außerparlamentarischen Bewegungen (wie '68) zum Motor gesellschaftlicher Umgruppierung

Selbst wenn sich die PDS weiter als linke demokratische Kraft profiliert und ihre Geschichte aufarbeitet, werden die Angriffe weiter gehen.

gen werden. Schließlich befindet sich die Union nicht in einer tiefen Krise und die Liberalen haben ihren „sozialen Flügel“ verloren. Heute scheint es für einen wirklichen Wechsel unabdingbar, sich klar für rosa/grün auszusprechen und die PDS nicht auszugrenzen.

Die Auseinandersetzungen um die Haltung gegenüber der PDS werden weiter gehen. Von Bedeutung wird sein, ob die bisherige Ausgrenzungsstrategie, die nur in Sachsen-Anhalt durchbrochen wurde, aufrechterhalten wird oder nicht. In der SPD und bei den Bündnisgrünen werden die Kräfte zunehmen, die für eine Aufspaltung und Ausdifferenzierung des Mitglieder- und Wählerpotentials der PDS durch „Einbindung durch Verantwortung“ abzielen und solche, die für ein tatsächliches Reformbündnis (in welcher Form auch immer) eintreten. Dennoch ist auch hier nicht mit einer schnellen oder generellen -Änderung der Politik beider

Parteien zu rechnen. In der SPD überwiegen die Kräfte für einen weiteren harten Kurs gegenüber der PDS, obwohl er im Wahlkampf vor allem im Osten nur Negativpunkte einbrachte. Bei den Bündnisgrünen ist es vor allem der Kern der Bündnis 90-PolitikerInnen, bei dem die Verbannung der PDS aus dem politischen Leben das Primat vor allen anderen politischen Fragen hat.

Sicher hängt auch vieles von der weiteren Entwicklung der PDS ab. Sie steht vor der Aufgabe, ihren Platz und ihre Rolle als undogmatische Oppositionskraft in der Parteienlandschaft für die kommenden Jahre noch genauer zu bestimmen. Als linke, demokratisch-sozialistische Partei braucht sie ihr eigenes Profil, nur als Ostpartei hatte sie keine Perspektive. Dieser Weg wird steinig sein, denn die Erwartungshaltung der Wählerschaft der PDS über den zukünftigen Kurs dieser Partei ist recht unterschiedlich. Während ein Teil die PDS nur als konsequente Oppositionskraft sieht, möchte ein anderer Teil die PDS möglichst schnell als „Verantwortungsträgerin“ in den östlichen Bundesländern oder sogar in Bonn sehen. Ein anderer Teil wiederum favorisiert die PDS als Partei, die vorrangig Ostinteressen vertritt.

Selbst wenn sich die PDS weiter glaubwürdig als linke demokratische Kraft profiliert und ihre Geschichte aufarbeitet, werden die primitiven Angriffe weiter gehen. Die Konservativen brauchen offenbar ein antikommunistisches Feindbild nach dem Zusammenbruch des Kommunismus, um zivilgesellschaftliche Momente in der Gesellschaft zurückzudrängen. Der Gebrauch des Schumacher-Wortes von den „rot lackierten Faschisten“ war ein Höhepunkt. Aber auch Scharping arbeitete mit einer unverhüllten Verbotsdrohung, als er die PDS als „undemokratische Partei“ bezeichnete. Dies alles war nicht nur Wahlkampfgetöse, im Kern geht es darum zu verhindern, daß sich eine weitere Partei im Parteiengefüge der Bundesrepublik etabliert.

Alles in allem: Die Zeichen für einen baldigen Wechsel in der Politik aufgrund des sich nach den Wahlen geänderten Kräfteverhältnisses stehen nicht gut. Eine Schlüsselfrage ist das Verhältnis der Oppositionsparteien zueinander. Und das wird sich so bald nicht positiv verändern.

Zum Ausgang der Bundestagswahl

von Horst Peter*

1. Die Meinungsforschungsinstitute haben herausgefunden, daß die Mehrheit der Wahlberechtigten den Wechsel wollte, aber zugleich nicht an den Wechsel glaubte. Das dürfte Ursache sein für die zweitniedrigste Wahlbeteiligung bei einer Bundestagswahl. Diese paradoxe Bewußtseinslage der Wähler läßt nur die Deutung zu, daß die Opposition nicht vermocht hat, die Mehrheit für eine inhaltliche Alternative zu mobilisieren. Damit ist die Strategie der Parteiführung, durch Verzicht auf Konfrontation mit der Bundesregierung und Offenhalten der Koalitionsfrage bis zuletzt den Wechsel herbeizuführen, gescheitert.

Weil die Parteiführung trotz des Desasters der Europawahlen ihre strategische Grundorientierung nicht aufgegeben hat, wurden alle Chancen zu einer offensiven Wahlkampfstrategie - die Bildung der Minderheitenregierung in Sachsen-Anhalt, die mit dem Sommer von sozialdemokratischen Landesregierungen verordneten Tempolimits als herausragende Beispiele - verfallen. Im Gegenteil: die SPD-Führung ließ sich durch die „Rote-Socken-Kampagne“ der CDU/CSU in die Defensive drängen und verschenkte große Teile ihrer Fernsehzeit, um jegliche Zusammenarbeit mit der PDS zu dementieren und die Regierungsbildung in Sachsen-Anhalt als Sonderfall zu deklarieren. Wen wundert es, daß auf den Wechsel hoffende Teile der Wählerschaft angesichts solcher Deeskalation des Wahlkampfes ihre Hoffnung resignierend aufgaben.

2. Dabei zeigen die Wahlergebnisse für den Bundestag in Sachsen-Anhalt (Stagnation der CDU, der mit 9,0% zweithöchste Gewinn der SPD in Ostdeutschland nach Brandenburg, Gewinne der PDS von 7,6% und ein Einbruch der FDP mit minus 14,1%), daß die Bildung der Minderheitsregierung Reinhard Höppners nicht abschreckend gewirkt hat. Die ostdeutschen Wähler haben die PDS mit rund 20% sowohl bei den Landtagswahlen als auch bei den Bundestagswahlen unterstützt. Die nur der Bundesregierung nutzende Weigerung der Bonner SPD-Führung, die PDS in die politische Auseinander-

setzung um den Wechsel als politischen Faktor einzubeziehen, führt zu einer Reformblockade - vor allem in den ostdeutschen Ländern. Das doppelte sozialdemokratische Trauma der linken Konkurrenzpartei um vermutetes eigenes Wählerpotential und der nationalen Unzuverlässigkeit schließt die Augen davor, daß sich in den ostdeutschen Ländern ein spezifisches ostdeutsches Politikbewußtsein entwickelt, das sich an anderen Bewertungsmaßstäben orientiert als die gesamtdeutsche, von den alten westdeutschen Kategorien des Kalten Krieges dominierte Politiköffentlichkeit.

Für die Ostdeutschen gehört die PDS - ähnlich der CSU - als Regionalpartei des sozialen Protests zu diesem Politikbewußtsein dazu, nicht so sehr als Reformpartei, sondern eher als Negation

Nötig ist die rationale politische Auseinandersetzung mit einer regionalen, sich links definierenden sozialen Protestpartei.

der von der CDU nicht eingelösten Versprechen der „blühenden Landschaften“.

3. Die SPD hätte die Chance, die tatsächliche Partei der Deutschen Einheit zu werden, wenn sie das sich entwickelnde ostdeutsche Politikbewußtsein akzeptierte. Dabei kommt es auf Normalisierung und Entzauberung der PDS an. Der PDS muß die Chance genommen werden, sich durch Verharren in der Fundamentalopposition als alleinige Vertreterin der Ost-Interessen zu gerieren und die nächsten Jahre über die Wahlen fleißig Stimmen zu sammeln. Ihr muß die Chance genommen werden, niemals die politische Durchsetzbarkeit und die Tragfähigkeit ihrer Konzepte beweisen zu müssen.

Die politische Auseinandersetzung darf sich nicht auf die Diskussion der SED-Vergangenheit der PDS beschränken. Die Wahlen zeigen, daß sich die Wähler der PDS in ihrer Wahlentscheidung an der Gegenwart der deutschen Einheit orientieren und sich nicht

von der Vergangenheit der DDR/SED abschrecken lassen. Das heißt, der PDS kann der politische Boden nicht durch Rachezüge entzogen werden, das festigt in der Regel nur Wähler- und Mitgliedschaft einer Partei, sondern nur durch eigene konsequente sozial-ökologische Reformen - oder Oppositionspolitik der SPD. Auch in den Augen der Wähler der PDS muß die SPD als Alternative zur Bundesregierung erscheinen. Gestaltungsfähigkeit muß sich an den Problemen der Gegenwart erweisen und nicht im Rückzug auf die immerwährende SED-Kritik.

Die Deckelung ostdeutscher Politiker, die durch Gespräche der PDS das Image der verfolgten Unschuld nehmen und damit die politische Auseinandersetzung mit der PDS normalisieren wollen, durch die westdeutsche Parteiführung, und der Verzicht auf eine offensive Akzeptanz der Regierung Höppner vermindert für die ostdeutsche SPD die Aussichten, als gesamtdeutsche ökologisch-soziale Reformpartei bei den Wählern in Ostdeutschland Zustimmung zu finden. Dabei wäre das die einzige Chance für die rationale politische Auseinandersetzung mit einer regionalen, sich links definierenden sozialen Protestpartei. Wenn es dann noch gelänge, sich die Kategorien der notwendigen Auseinandersetzung mit der deutsch-deutschen Vergangenheit nicht von denen vorgeben zu lassen, die Bearbeitung der Vergangenheit mit Abrechnung gleichsetzen und die eigene Geschichte ausblenden, sondern sich klar zu machen, daß die Bearbeitung der Geschichte der DDR auch die Geschichte des Kalten Krieges einbeziehen muß, hätte die SPD die Chance, 1998 Träger einer Reformmehrheit links von der CDU zu werden.

Diese Mehrheit kann nur erreicht werden, wenn die jetzigen Versuche der Konservativen und der Medien, eine politische Blockade für Reformen aufzubauen, abgewehrt werden. Die Aufgabe der Linken wird es sein, die Bearbeitung der deutsch-deutschen Geschichte im Kontext des Kalten Krieges anzustoßen und die gesellschaftlichen Reformdiskussionen zu einem Diskurs zu verdichten, der Ausgrenzungen verhindert.

* Horst Peter, Kassel, Mitherausgeber der spw

Gegen das innerparteiliche „Weiter so“

Bericht vom Frankfurter Kreis

von Detlev von Larcher*

Die Analyse des Wahlergebnisses vom 16. Oktober sowie die daraus zu ziehenden politischen Konsequenzen und das Zukunftsprojekt „sozial-ökologischer Umbau der Industriegesellschaft“ waren die zwei Schwerpunktthemen auf der diesjährigen Herbsttagung des Frankfurter Kreises, dem Gesprächskreis der SPD-Linken, am 29. Oktober in Hannover. 80 Frauen und Männer, darunter auch SPD-Mitglieder aus allen fünf neuen Bundesländern, nahmen an diesem Treffen teil. Im Rahmen der Wahlanalyse kam es zu einer intensiven Diskussion über die Bedeutung des hohen Wahlergebnisses für die PDS in den neuen Bundesländern.

Nach einer einführenden Betrachtung des Wahlergebnisses durch Prof. Joachim Raschke (Hamburg) waren sich die Linken einig: das Wahlergebnis kann nicht als Erfolg für die Sozialdemokratie ausgegeben werden. Natürlich seien die Zugewinne für die SPD erfreulich, aber die objektiv notwendige Ablösung der Regierung der Bewegungslosigkeit sei nicht gelungen, zum Schaden für das Land. Kritisiert wurde in diesem Zusammenhang, daß die SPD in ihrem Wahlkampf außer im sozialen Bereich nicht anhand konkreter, faßbarer Projekte die politische Alternative zum „Weiter so“ der Regierungskoalition erfahrbar gemacht habe. Die Entscheidung der Führungsgremien, nicht zu entscheiden, wurde dafür verantwortlich gemacht.

Das habe dazu geführt, daß die SPD die Reformperspektive nicht mobilisierend vortragen können. Die geschichtliche Erfahrung zeige, daß umfassende gesellschaftliche Reformen nur durchsetzbar seien, wenn in der Gesellschaft ein wahrnehmbarer Reformdruck vorhanden sei. Daraus wurde der Schluß gezogen, insbesondere die Parteilinke müsse die außerparteilichen Reforminitiativen aufgreifen und unterstützen und zu einer intensiven Zusammenarbeit kommen.

Kritisiert wurde auch der „Schlingerkurs“ der SPD im Verlauf des Wahl-

kampfes: Nachdem die Europawahl auch der Parteiführung gezeigt habe, daß die Mitte-rechts-Strategie erfolgreich blieb, habe sie erst danach die Strategie geändert, viel zu spät, um ein deutliches Reformprofil in der Wählerschaft zu gewinnen.

Dazu komme die verschärfte Linkskonkurrenz durch Grüne und PDS. Es sei eindeutig, daß SPD, Grüne und PDS eine gemeinsame Schnittmenge in der Wählerschaft haben. Insofern sei die PDS, vor allem in den neuen Bundesländern, eine starke Konkurrenz für die SPD, was der CDU gut zupasse käme. Aus diesem Grund habe die CDU ihre Rote-Socken-Kampagne auch so angelegt, daß sie der PDS Stimmenzuwachs gebracht habe.

Weitgehende Einigkeit bestand darin, daß man gegenüber der PDS eine Strategie der Integration, der Konkurrenz und der begrenzten Kooperation verfolgen müsse. Eine Strategie der Ausgrenzung würde die PDS stärken und ihr helfen, auf Dauer politische Kraft zu bleiben. Insofern seien Gespräche zwischen SPD und PDS, die Manfred Stolpe, Reinhard Höppner und Harald Ringstorff führten, kein Grund für Ermahnungen aus dem Westen. (Forderungen nach „Bündnissen“, wie dpa meldete, gab es nicht.)

Insbesondere Rednerinnen und Redner aus den neuen Ländern mahnten, linke Projekte sowie das Image des Interessenvertreters des Ostens nicht der PDS zu überlassen. Als richtungspolitische Regionalpartei, ähnlich wie die CSU, müsse man die PDS ernst nehmen.

Einigkeit bestand auch darüber, daß die geringe Stimmenzahl für die rechtsextremistischen Parteien die Gefahr der Rechtsentwicklung in der Gesellschaft nicht beseitige. Vielmehr würden rechte Parolen inzwischen von der CSU übernommen.

Aufmerksam gemacht wurde auch darauf, daß die Entscheidungsunfähigkeit und Bewegungslosigkeit der Bundesregierung zu einem deutlichen Bedeutungsverlust der Politik führe. Bezeichnend dafür seien die Beispiele der außerparteilichen Reformgruppen, die sich nicht mehr an die Politik wendeten,

sondern an die Institutionen, die sie als die Entscheidungsträger in der Gesellschaft ansähen. So verhandele der BUND direkt mit VW, und das Soziologische Forschungsinstitut SOFI schreibe inzwischen für Daimler.

Gefordert wurde, es müsse verhindert werden, daß das Wahlergebnis zu einem „Weiter so“ in der Partei führe, hiergegen müsse die Linke Konzeptionen entwickeln. Notwendig sei eine kontinuierliche Arbeit und eine organisatorische Reform des Frankfurter Kreises. Inhaltlich müsse die Entwicklung linker Alternativen zur Standortdebatte ein Schwerpunkt sein, ohne eine offensive Position in dieser Frage sei kein Fortschritt in Richtung sozialer und ökologischer Umbau zu erzielen.

In den zweiten Themenschwerpunkt, den sozial-ökologischen Umbau der Industriegesellschaft, führte Edelgard Bulmahn (MdB) ein. In Anlehnung an den „new deal“ sprach sie von einem sozial-ökologischen deal, der unabdingbar notwendig sei. Unter anderem gehe es um eine Effizienzrevolution im Energiebereich und darum, die zu Lasten der Umwelt externalisierten Kosten zu internalisieren. Das Hauptproblem seien inzwischen nicht mehr fehlende Konzepte. Vielmehr gebe es mittlerweile eine Fülle von guten Vorschlägen. Die Frage jedoch, wie für ein so umfassendes Reformprojekt eine gesellschaftliche Mehrheit zu gewinnen sei, sei bisher nicht beantwortet.

Zu diesem Punkt wurde in der Diskussion auf die Beispiele der Reform des § 218 oder auch den Bonn/Berlin-Beschluß verwiesen. Diese Beschlüsse seien möglich geworden, weil sie parteiübergreifend diskutiert wurden und zu einem quer zu den Parteien liegenden Konsens geführt hätten. „Der Bundestag redet ein Projekt“, war eine Forderung, die aus dieser Diskussion folgte. Zu diesem Thema wird eine Arbeitsgruppe bis zur Frühjahrstagung des Frankfurter Kreises (vom 17. bis 19. Februar 1995 in Oer-Erkenschwick) Vorschläge ausarbeiten. Dort soll auch die zukünftige Organisation der Arbeit des Frankfurter Kreises geklärt werden, die in Hannover nicht mehr behandelt werden konnte.

* Detlev von Larcher MdB, Weyhe, Koordinator des Frankfurter Kreises und Mitherausgeber der spw

Neuerscheinungen 1994

Eine Programmauswahl

Till Bastian

Die Finsternis der Herzen

Nachdenken über eine Gewalttat
157 S., DM 24,80, 3-89438-074-8

"Es gibt Menschen, die verlöschen einfach. Sie sterben still, ohne großes Getöse... Und es gibt Tode, die ziehen eine breite Schneise der Verwüstung nach sich. So war es bei meinem Vater. Davon handelt dieses Buch... Es ist häufig gesagt worden, Petra Kelly und Gert Bastian seien 'Symbolfiguren' der GRÜNEN, der Friedens- und Alternativbewegung gewesen. Dies ist wohl wahr. Ich frage mich indes darüber hinaus, ob sie es nicht auch noch in ihrem Sterben sind - Symbolfiguren für Ambivalenz und Zwiespältigkeit, für eine verdrängte Gewaltbereitschaft und zugleich auch für das heimliche und unheimliche Fasziniertsein von einer Gewalt, die man zwar öffentlich und moralisch immer wieder verurteilt, deren Zauber man aber doch zu erliegen droht" (Aus dem Prolog)

Alexander Diekmann u.a. (Hg.)

Gewohnheitstäter

Männer und Gewalt
176 S., DM 19,80, 3-89438-075-6

Die Autoren setzen sich auseinander mit: Männlicher Sozialisierung; Militär, Krieg und Vergewaltigung; antischwuler Gewalt; sexueller Gewalt von Männern an Kindern; patriarchalen Strukturen am Arbeitsplatz; biologistischen Erklärungsversuchen. Außerdem: Ansätze und Projekte der Beratungsarbeit.

Ulrich Schneider (Hg.)

Auschwitz - ein Prozeß

Geschichte, Fragen, Wirkungen
157 S., DM 19,80, 3-89438-072-1

Dreißig Jahre nach dem Frankfurter Auschwitz-Prozeß von 1963 beschäftigte sich damit ein Symposium, dessen wichtigste Materialien hier vorgelegt werden. Beiträge von O. Ansell, E. Bamberger, H. Düx, P. Gingold, H. Hannover, E. Kuby, J. Kuczynski, R. Kühnl, K. Pätzold u.a.

Alle Bücher über Ihre Buchhandlung oder direkt von **PapyRossa**

Petersbergstr. 4
50939 Köln
Tel. 0221/448545 & 446240
FAX 0221/444305
Neues Gesamtverzeichnis!

Peter Kürner/Ralf Nafroth (Hg.)

Die vergessenen Kinder

Vernachlässigung und Armut in Deutschland
165 S., DM 19,80, 3-89438-064-0

"Das Buch setzt in seiner Gesamttendenz den üblich gewordenen Thesen von der schichtunabhängigen Gewalt gegen Kinder einen anderen Schwerpunkt entgegen: die Armut nicht nur als Mangel an materiellen Ressourcen, sondern auch als Boden für sozialen Analphabetismus und jede Art von Gewalt" (Kinderschutz aktuell)

Georg Fülberth

Der große Versuch

Geschichte der kommunistischen Bewegung und der sozialistischen Staaten
199 S., DM 24,80, 3-89438-076-4

"Das Buch verdient wahrlich eine große Leserschaft. Es ist voller kluger Gedanken und zum Nachdenken anregender Fehler. Ein so grundlegend wichtiges Buch über die internationale kommunistische Bewegung der letzten 70 Jahre besitzen wir nicht" (J. Kuczynski)

Hans Kalt

Stalins langer Schatten

Das Scheitern des sowjetischen Modells
240 S., DM 38,-, 3-89438-077-2

"Wer aus Fehlern nicht lernt, wird die gleichen Fehler wiederholen... Manches schon vor sieben oder sechs Jahrzehnten ausgesprochene hätte eine andere Entwicklung des sowjetischen Sozialismus bewirken können, wenn die Verantwortlichen darauf gehört hätten" (Aus der Einleitung)

Lutz Hoffmann

Das deutsche Volk und seine Feinde

Die völkische Droge
227 S., DM 24,80, 3-89438-068-3

Die Stärke des Buches liegt in dem ausgiebig geführten Nachweis, auf welchen historischen Wegen das völkische Denken von Oben produziert, als Identifikationsangebot gefördert und planmäßig zu Herrschaftszwecken genutzt wurde" (SoZ)

Klassentheorie ohne Subjekt oder Subjekt ohne Projekt?

von Ralf Schmitz*

Mit dem Ende der fordistischen Entwicklungsetappe des Kapitalismus drängt die „soziale Frage“ erneut in den Vordergrund, Anlaß für uns, die Frage nach der Aktualität der marxistischen Klassentheorie und ihrer modernen, dem Entwicklungsstand des Kapitalismus angemessenen Form, von neuem zu stellen. Dies um so eindringlicher, als schon rein vordergründig diejenigen sozialwissenschaftlichen Theorien, die in den achtziger Jahren *erneut* das „Ende der Klassengesellschaft“ einläuten wollten (Beck u.a.) und die durch ihre Rezeption in der sozialistischen Linken auch großen Einfluß auf die dort geführten Diskurse gewannen, ihrerseits mit dem Verlust der materiellen Grundlagen des fordistischen Klassenkompromisses und seiner Aufkündigung durch das Kapital zunehmend an realgesellschaftlichem „Unterbau“ verlieren.

Die dunklen Seiten des gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses gewinnen mit der Abwärtsbewegung des „Fahrstuhls“ wieder mehr die Oberhand. An dieser Stelle nur einige Stichworte zu den gesellschaftlichen Hauptentwicklungstrends: Segmentierung, Fragmentierung, Marginalisierung und Deklassierung. Auch wenn diese natürlich nicht den umfassenden Entwicklungsprozeß in Gänze treffen, werfen sie doch ein bezeichnendes Licht auf einige markante Trends dieses Prozesses, ohne daß an dieser Stelle nun ein „Verelendungsdiskurs“ wiederbelebt werden soll.

Und auch alle negativen Folgen der Modernisierung zusammengenommen, selbst verbunden mit dem empirischen Nachweis stabiler und stetig reproduzierter gesellschaftlicher Formationen, die man als „soziale Klassen“ innerhalb der Grundklassen (Lohnabhängige und Kapitalisten) identifizieren kann, wie dies Max Koch in seinem vorliegenden Artikel in dieser spw-Ausgabe tut: Um mit Fug und Recht von marxistischer Klassentheorie bzw. von Klassen im marxistischen Sinne sprechen zu kön-

nen, müßte die marxistische Klassentheorie eben überzeugender gesellschaftlichen Wandel (oder Stillstand) und das Handeln von Individuen - auf der Grundlage ihrer sozialökonomischen Lage *und deren historischer Genese* eben - erklären können als konkurrierende soziologische Theorien.

Dies schließt allerdings die Notwendigkeit ein, mit einigen mythischen - teilweise dem Hegelschen Einfluß auf die marxistische Theorie geschuldeten - Vorstellungen, aber auch ökonomistischen Verkürzungen, zu brechen. So wie Uwe Kremer in seinem Artikel mit der Vorstellung einer „eschatologischen Rolle“ der Arbeiterklasse aufgeräumt, wohingegen er zu Recht darauf besteht, daß die „Übersetzung“ der - wie auch immer, eng oder weit gefaßten - sozialökonomischen Klassenlage(n) in ein Subjekt politischen Handelns die Existenz eines *Reformprojekts* voraussetzt. Anhand der unter solchen Begriffen wie „Öko Deal“ kursierenden Reformvorstellungen und unter Berücksichtigung der Verschiebungen, die in den letzten 15 - 20 Jahren in der Klassenlandschaft der BRD stattgefunden haben, versucht er, den möglichen klassenpolitischen Background dieser Reformprojekte herauszuarbeiten. Wobei hier von mir nur angemerkt werden soll, daß selbst ein solches *Reformbündnis auf der Grundlage eines ökologisch-solidarischen Reformprojektes* noch weit entfernt wäre von der Formierung eines *neuen historischen Blocks*.

Während Kremer sich somit auf der „politischen Grosebene“ tummelt (wo ja erst kürzlich der „demokratische Klassenkampf“ mit dem bekannten - und an anderer Stelle dieser spw ausführlich analysierten - Ergebnis endete), geht Hans-Jürgen Bieling mehr auf der „Mikroebene“ der gewerkschaftlichen und im engeren Sinne ökonomischen Kämpfe den dort durch die sozialen Differenzierungsprozesse hervorgerufenen Veränderungen nach. Ein „weiter so“ kann es seiner Auffassung nach deshalb auch für gewerkschaftliche Politik nicht geben: Sowohl ein modernisiertes Konzept von Sozialpartnerschaft als auch ein Rückgriff auf tradi-

tionalistische Vorstellungen führten nur weiter in die Sackgasse, eine - allerdings von ihm nicht mehr detaillierter beschriebene - „politisierte“ Gegenmacht-Konzeption, enger als bisher verzahnt mit der politischen Ebene, sei vonnöten.

Gemeinsam ist Bieling und Kremer, daß vieles noch - notgedrungen - vorläufig und tastend erscheint, manches hypothetisch oder spekulativ, möglich auch, daß die zukünftige Entwicklung der gesellschaftlichen Kämpfe andere Wendungen nehmen wird, als vorhersehbar. Innerhalb einer zum jetzigen Zeitpunkt nicht genauer bestimmbarer Bandbreite von Möglichkeiten gibt es - da die Zukunft nunmal offen ist, obgleich nicht im Sinne eines Roulett-Spiels - eine Vielzahl denkbarer Szenarien.

„Klasse“ ist kein Ding, kein Element des Sozialen wie das Molekül in der Chemie: Sie wird allein durch das Handeln der Klassenmitglieder konstituiert. Möglicherweise deshalb ist sie auch so schwer empirisch auffindbar für Milieuforscher, Industriesoziologen oder Lebensstiltheoretiker. Wenngleich damit natürlich nicht im Umkehrschluß behauptet werden soll, *allein* oder *in erster Linie* der Gegensatz antagonistisch kooperierender Klassen sei Grundlage gesellschaftlicher Konflikte *und* der sozialen Integration; doch er scheint der beständigste Faktor im Ensemble nebeneinander und miteinander verbundener Konflikte zu sein - immer wieder systemisch reproduziert. „Klassenanalyse ist demnach nicht von alleiniger Bedeutung, aber immer bedeutungsvoll“ (Göran Therborn: Auf der Suche nach dem Handeln, Prokla 66, Berlin 1987, 148). Und ebenfalls Therborn zu den Grenzen der Klassentheorie: „Die Klassenanalyse ist auf die Herstellung von Handlungsmatrixen orientiert, also auf das Begreifen einer anderen Art Handelns als das eines vereinheitlichten Subjekts, sei es ein Individuum, eine Gruppe oder eine Organisation. Dadurch ist sie nicht geeignet, einzelne Entscheidungen und Ereignisse zu erklären, regelrechte Klassenschlachten einmal ausgenommen“ (ebd., 156).

* Ralf Schmitz, spw-Redaktion, Leverkusen

Klassen im Umbau

Einige Überlegungen zur politischen Aktualität der Klassentheorie

von Uwe Kremer*

Einleitung

Wenn heutzutage der Marxschen Klassentheorie noch eine gewisse Aktualität zugestanden wird, so verdanken wir das vor allem drei Faktoren: zum einen den offenkundig fortbestehenden und sich teilweise neu entwickelnden sozialen Ungleichheiten, zum anderen der gewachsenen Bedeutung sozial-kultureller Differenzierungen (Lebensstile) und zum dritten schließlich der neueren (wesentlich von Bourdieu beeinflussten) Habitus- und Milieuforschung, die die beiden zuvor genannten Faktoren mit theoretisch und empirisch beachtlichem Erfolg verknüpft hat. In dieser Verknüpfung erscheinen wesentliche Momente der Marxschen (und natürlich auch der Weberschen) Klassentheorie aufgehoben und für die „post-marxistische“ Nachwelt bewahrt worden zu sein.

Ein gutes Beispiel lieferte jüngst Max Koch in seiner Dissertation, deren Ergebnisse in einem weiteren spw-Artikel zusammengefaßt worden sind. Er belegt die Aktualität der Klassentheorie durch den Nachweis, daß sozial-ökonomische Lagen (bzw. Klassenlagen) durchaus empirisch abgrenzbar sind, daß sie einen signifikanten Einfluß auf Lebenslagen und Lebensperspektiven von Menschen haben und daß dieser Zusammenhang - vermittelt über Herkunft, Bildung und vor allem das Einkommen - im großen und ganzen auch beständig reproduziert wird. Es handelt sich hierbei gewissermaßen um eine empirisch-soziologische Argumentation in der guten Tradition von Engels' „Lage der arbeitenden Klassen in England“. Ich teile sie im wesentlichen, bin aber dennoch der Meinung, daß die wesentlichen „Botschaften“ der Marxschen Klassentheorie davon nur mittelbar berührt worden sind.

Denn die Spezifik von Klassen gegenüber Schichtenanalysen besteht - so Rainer Geißler (1992, 62) - darin, daß sie die *ökonomische Begründung* sozialer Kategorisierungen (vor allem im Verhältnis zu den Produktionsmitteln)

mit der Analyse innewohnender *Konflikt- und Machtbeziehungen* verknüpft und das ganze in einer *historischen Perspektive* betrachtet: „Klassen werden stets historisch-dynamisch in ihrer Entwicklung gefaßt.“ (ebd.) Die Bedeutung der Marxschen Klassentheorie hängt demnach unauflöslich mit dem *historischen Materialismus* und der darin enthaltenen Behauptung zusammen, die Geschichte von Gesellschaftsformationen und ihres Auf- und Abstiegs müsse als eine *Geschichte von Klassenkämpfen* verstanden werden (so die berühmte Formulierung im „Kommunistischen Manifest“): Hierbei bringe die auf kapitalistischer Produktionsweise gegründete bürgerliche Formation in ihren spezifischen Klassenbeziehungen die sozialen Träger einer neuen, sozialistischen bzw. „assozierten“ Produktionsweise hervor.

Insofern ist die Klassentheorie mit der Frage nach den Subjekten gesellschaftlicher bzw. emanzipatorischer Veränderungen verknüpft. Natürlich leidet der historische Materialismus gerade in dieser Hinsicht unter seiner spekulativen Überfrachtung - vor allem in Form der „historischen Mission“ eines welterlösenden „revolutionären Subjektes“ und „Totengräbers des Kapitalismus“ namens Proletariat incl. der zu dessen Führung wiederum berufenen Partei. Aber man wird die Klassentheorie nicht durch den Rückzug auf die Sozialstrukturanalyse retten können, sondern nur durch deren Verknüpfung mit einer historisch-materialistisch begründeten Geschichtsschreibung und Strategiebildung. In der Gegenwart geht es dabei um einen historisch-materialistischen Zugang zu den aktuellen Debatten, die den Übergang vom Fordismus zu einem wie auch immer gearteten „Post-Fordismus“ und die Herausbildung eines neuen gesellschaftlichen Projektes in Nachfolge des keynesianischen Wohlfahrtsstaates betreffen.

I. Kapitalverhältnis und Klassenlandschaft

Historisch-materialistisch käme es zunächst darauf an, gesellschaftliche Projekte und Bündnisse als Ausdruck

von ökonomisch begründeten sozialen Formierungsprozessen und darin innewohnenden Antagonismen - d.h. von *Klassenformierungsprozessen* - zu verstehen. Dazu muß man allerdings die *Geschichte von Klassenkämpfen* übersetzen und - etwas weniger martialisch - als eine *Geschichte von Klassenbeziehungen* verstehen, als eine Geschichte darüber, wie sich aus dem sozialen Material heraus Klassen formieren und wie sie sich beständig verändern, indem sie zueinander in Beziehung treten und nur in dieser Beziehung überhaupt existieren können, und wie dabei immer wieder gesellschaftliche Blöcke und Projekte entstehen und vergehen. Wer Ansatzpunkte für diese Vorgehensweise beim alten Marx sucht, wird sie im übrigen in seinen eher historischen Arbeiten finden - an allererster Stelle im 18. *Brumaire des Napoleon Bonaparte* und in seinen *Klassenkämpfen in Frankreich*.

Nun schlage ich vor, die Klassenbeziehungen auf drei Ebenen zu diskutieren, nämlich erstens als antagonistische Beziehungen von *Grundklassen*, zweitens als Formierung konkreter sozial-ökonomischer *Klassenlandschaften* und drittens auf der Ebene von *Milieus und Lebensweisen*, in denen sich Klassenverhältnisse ausdrücken wie auch reproduzieren. Zentral scheint mir die Auffassung zu sein, daß die zweite Ebene zwischen den grundlegenden Klassenbeziehungen und den Lebensweisen vermittelt und insofern einen besonderen Stellenwert einnimmt. Zunächst soll aber die erste Ebene beleuchtet werden. Hier geht es um „Grundklassen“, die antagonistisch definiert sind durch das politökonomische Grundverhältnis der kapitalistischen Produktionsweise und damit durch Lohnabhängigkeit auf der einen und Kapitaleigentum auf der anderen Seite.

Der Klassengegensatz in der jüngsten Geschichte

Schnell wird darauf verwiesen, daß diese Kategorisierung für die komplexe Realität viel zu grobschlächtig oder daß ihre Erklärungskraft nur noch gering sei, weil diese Ebene immer mehr an Bedeutung verloren habe gegenüber ei-

genständigen und keineswegs klassenbezogenen Entwicklungen auf den beiden anderen Ebenen bis hin zur Geltung sog. globaler Probleme und Gattungsfragen. Ja, früher... aber heute? *Ich möchte dem entgegenhalten, daß die „Grundklassenlinien“ noch nie in der Geschichte des Kapitalismus eine derartige und weltweite Bedeutung für den historischen Prozeß hatten wie gerade in den vergangenen zwanzig Jahren.* Es hat nichts mit einer Gering-schätzung globaler Probleme, nichts mit einer Unterbewertung von Individualisierung und neuen Lebensstilen zu tun, wenn ich feststelle, daß die Mitte der 70er Jahre deutlich werdende historische Wende in den fordistischen Metropolen einen klassenpolitischen Kern hatte - nämlich den Angriff der kapitalistischen Klassen (bzw. ihrer dominierenden Fraktionen) auf den „wuchernden“ Wohlfahrtsstaat und die mit dem Wohlfahrtsstaat verbundene Stärkung der lohnabhängigen Klassen in der Verteilung von Macht und Geld.

Diesem Angriff ging im Zeitraum von der Mitte der 60er bis Mitte der 70er Jahre der bisherige Höhepunkt in der Geschichte der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Industrieländern voraus (auf die Wechselwirkungen mit dem „sozialistischen Lager“ und den Bewegungen in der sog. 3. Welt kann hier nicht eingegangen werden): Zu verzeichnen war ein Maximum an gewerkschaftlicher und parteiförmiger Organisationskraft, an Verankerung in den Staatsapparaten und hegemonialer Ausstrahlung im Rahmen von „Reformblöcken“; ein Maximum, das nicht zuletzt - auch in der BRD - auf der Ausdehnung der Lohnarbeit und der Bildung neuer lohnabhängiger Sektoren (die „Angestellten“) und ihrer beginnenden Einbeziehung in eine breiter angelegte Klassen- und klassenübergreifende Reformbewegung beruhte. Noch nie zuvor hatte „Lohnabhängigkeit“ eine derartig breite empirische Bedeutung gehabt - wenn gleich in Verbindung mit dem Anspruch eines „Reformblocks“ auf Vertretung des „gesellschaftlichen Gesamtarbeiters“ und seiner Kompetenzen. Es handelte sich *auch* um einen Vormarsch entlang der „Grundklassenlinie“, dem der Gegenangriff seit Beginn der 70er Jahre folgte.

Natürlich kann und darf der Klassen-gehalt der Geschichte nicht auf derartige Grundlinien zurechtgestutzt werden. Die zweite und dritte Ebene der

Klassenformierung bilden nämlich das Terrain, über das sich derartige Grundlinien in hegemoniale Prozesse umsetzen. Aber bevor darauf Bezug genommen werden soll, möchte ich einen Faktor noch deutlicher herausstreichen: nämlich die Existenz einer kapitalistischen Klasse. Gerade bei sozialstrukturell geprägten Argumentationen wird diese eminent wichtige Tatsache allzu häufig ausgeblendet, wohl weil es sich bei dieser Klasse statistisch gesehen um eine fast vernachlässigenswerte Größe handelt. Allerdings: Es mag zwar sein, daß es mit der Arbeiterklasse als sozialem Faktor und ihrem „Klassenbewußtsein“ nicht weit her ist. *Umso realer ist allerdings die Existenz einer herrschenden kapitalistischen Klasse, die über ein sehr ausgeprägtes Klassenbewußtsein ver-*

Die historische Wende seit Mitte der 70er Jahre hatte einen klassenpolitischen Kern - den Angriff der kapitalistischen Klassen auf den „wuchernden“ Wohlfahrtsstaat.

fügt. Eine der wichtigsten Begründungen für ein klassenorientiertes Herangehen - bevor man sich über die Existenz oder Nichtexistenz einer wie auch immer gearteten „Arbeiterklasse“ unterhält - ergibt sich aus dieser schlichten Tatsache.

Der „gesellschaftliche Gesamtarbeiter“

Für die „zweite Ebene“, auf der Klassen, Schichten und Klassenfraktionen als sozialökonomische Akteure auftreten, ist es wichtig, den kapitalistischen Produktionsprozeß in seiner Doppelung als allgemeinen Prozeß der Kapitalverwertung und als konkreten Arbeitsprozeß zur Herstellung bestimmter Güter zu verstehen. In die konkrete *Klassenlandschaft* geht nicht nur der Klassenantagonismus ein, sondern auch der sog. *gesellschaftliche Gesamtarbeiter* - also die Kombination der schöpferisch-produktiven Produktionsfunktionen, seien sie nun bei der Industriearbeiterschaft,

der technischen Intelligenz, bei öffentlichen Transportdienstleistern oder auch dem privaten Management angelagert. Diese Kombination, die auch die verschiedenen Branchen und Fachzweige berücksichtigt, befindet sich in einem beständigen Umbruch, der in den gesamtwirtschaftlichen Regulationsweisen und den betrieblichen Produktionstypen reflektiert wird. Man mag die Differenzierungen und Segmentierungen als sozialen Fraktionierungsprozeß innerhalb einer Grundklasse oder auch als Prozeß der Bildung mehrerer sozialer Klassen auf der Basis bzw. im Rahmen der Grundklassen begreifen, so daß man in der Mehrzahl von lohnabhängigen Klassen sprechen müßte: Welche Aussagen man dazu trifft, hängt von ihrer Erklärungskraft im Prozeß der Klassenformierung selbst ab.

M.E. wäre es sehr sinn- und dienstevoll, wenn man nach dem Muster der sozialen Milieu-Kartographie à la Bourdieu - der Kartographie der „dritten Ebene“ sozialer Strukturierung - eine ihr unterliegende Klassen-Kartographie entwickelt würde, die sich anhand der Matrix aus vertikaler und horizontaler Stellung im/zum Produktionsprozeß ergäbe: Eine *Klassenlandschaft* mit Kernbereichen und Peripherien, Schnittmengen und sozialen Grenzen, wohlbekannten Gebieten und regelrechten sozialen terrae incognitae. Es würde sich dann buchstäblich vor unseren Augen noch deutlicher zeigen, daß das Feld der sozialen Formierung - beginnend mit den Orten der Arbeit, v.a. den Betrieben - schon ein Feld der Hegemonieentwicklung ist, die keineswegs irgendwo jenseits der „Ökonomie“ angesiedelt ist, sondern schon dort ihre Wirksamkeit entfaltet. Der Betrieb ist gewissermaßen ein Mikrokosmos hegemonialer Beziehungen, die sich in der Klassenformierung niederschlagen - eine Sichtweise, die den Bruch mit simplifizierenden Basis-Überbau- und „Stockwerke“-Schemata einschließt.

Die Klassen und ihre Beziehungen selbst werden durch ökonomische Kulturen bis hin zu „Unternehmenskulturen“ geprägt, was an den signifikanten Unterschieden zwischen den verschiedenen Ausprägungen kapitalistischer Produktionsweise, etwa zwischen den drei großen industriellen Zentren, deutlich wird. Es lassen sich innerhalb verschiedener Länder wiederum nochmals unterschiedliche Unternehmenskulturen

* Uwe Kremer, Dortmund, spw-Redaktion

ren ausmachen, wobei in der Regel die „Kernbereiche“ der Klassenlandschaft hegemoniale Wirkungen haben - man denke z.B. an die handwerklich geprägte Unternehmenskultur und ihre Übersetzung in die Facharbeiterstruktur des Maschinenbaus, überhaupt an die Rolle der spezifisch deutschen technisch-wissenschaftlichen Kernstruktur aus Facharbeitern, Technikern und Ingenieuren, auch an die Bedeutung des Montankomplexes für die industriellen Beziehungen und an die großindustriell-korporatistische Massenarbeiterkultur der Automobilindustrie. An diesem Punkt kann schon ein Aspekt betont werden, der für die spätere Argumentation wichtig sein wird - nämlich die Gestaltbarkeit der Klassenlandschaft, also nicht nur der Beziehungen vorgegebener sozialer Klassen, sondern der Klassen selbst und was sie in ihrem Kern und ihren Peripherien und Grenzen „sind“, was ja wiederum nur in diesen Beziehungen definierbar ist.

Klassenkämpfe - Klassenformierungen

In welchem Verhältnis stehen nun der grundlegende Klassenantagonismus und der gesellschaftliche Gesamtarbeiter? Meine Antwort ist zunächst die, daß sich Klassen als reale Subjekte, die sich in einer wechselseitigen Beziehung befinden, in einem Koordinatenfeld entwickeln, das durch genau diese beiden Faktoren bestimmt ist. Die Fähigkeit, in der Klassenlandschaft hegemonial aufzutreten und insofern tatsächlich als Klasse zu handeln, ist aber nicht überall gleichermaßen gegeben, sondern auf der einen Seite davon abhängig, daß bestimmte soziale Gruppen nahe an der „grundlegenden Klassenlinie“ positioniert sind und daß sie auf der anderen Seite zentrale Funktionen im bzw. für den Produktionsprozeß ausüben. Als Klassen treten sie in dem Maße auf, wie sie die Artikulation ihrer sozialökonomischen Interessen mit der Kompetenz zur Gestaltung der arbeitsteilig-kooperativen sozialökonomischen (im produktiven Kern: industriellen) Beziehungen verbinden und daraus schließlich gesellschaftliche Blöcke bilden (s.u.). Gerade in dieser Verbindung liegt die „Stärke“ des Kapitals bzw. bestimmter Kapitalfraktionen und gerade auf diesem Feld liegen auch die Möglichkeiten einer modernen Arbeiterklasse.

Wenn ich von der Geschichte der vergangenen zwei Jahrzehnte als einer Geschichte des Kampfes entlang der Grundklassenlinien gesprochen habe, so muß man nun vor diesem Hintergrund den Übergang von fordistischen zu neo- bzw. postfordistischen sozialökonomischen Strukturen systematisch einbeziehen - also auch die Veränderungen in der Klassenlandschaft, den Zerfall traditioneller und den Aufstieg neuer hegemonialer Kernbereiche, die Ausbreitung peripherer und amorpher Strukturen in dieser Landschaft, die neuartige Verknüpfung von Teilbereichen, sozialen Gruppen und Klassenfraktionen. Die Geschichte des „Übergang vom Fordismus zum Postfordismus“ beinhaltet als „Geschichte von Klassenkämpfen“ zwei Momente zusammen - nämlich die Gegenbewegung seitens der kapitalistischen Klassen gegen den keynesianischen Wohlfahrtsstaat und den Kampf um die Gestaltung der Klassenlandschaft, die darin enthaltenen Produktionsbeziehungen und die ökonomische Kultur.

II. Ein Block für den industrieller Umbau

Bis hierhin läßt sich durchaus eine geschichtsbildende Rolle von Klassen und Klassenaueinandersetzungen bis in die Zukunft hinein unterstellen. Aber selbst mit dieser Feststellung würde man den anspruchsvollen Kriterien der Klassentheorie noch nicht vollständig gerecht, geht es doch auch um die Frage einer historischen Dynamik, die über die gegenwärtig vorherrschenden Verhältnisse hinausweist - und dies in einem progressiv-emanzipatorischen, sozialistischen Sinne. Man könnte auch zur Schlußfolgerung kommen, daß es mit den Klassen schon die dargestellte Bewandnis habe, das Problem aber darin liege, daß das emanzipatorische Potential nicht in der Welt der Klassen und der ökonomisch-sozial begründeten Macht- und Konfliktstrukturen (einige sagen: der „Systemwelt“), sondern jenseits davon (einige sagen: im „lebensweltlichen“ Bereich) zu verorten sei.

Subjektfragen - Projektfragen

Hiermit sind wir bei der Subjektfrage angelangt: Wo befinden sich mögliche oder tatsächliche Akteure der Emanzipation und gesellschaftlichen Verän-

derung? Und wie sind sie verfaßt? Methodisch läßt die Suche nach den Subjekten sich nicht von den Projekten trennen, auf die sich diese Subjekte beziehen. Diese Identifizierung von Subjekt und Projekt war im Prinzip auch bei den klassischen marxistischen Definitionen vorhanden. Arbeiterklasse (Subjekt) und Sozialismus (Projekt) wurden durch wechselseitige Bezugnahme definiert. Die Arbeiterklasse ist erst richtig Klasse, wenn sie für den Sozialismus auftritt, wie auch der richtige Sozialismus nur derjenige sein kann, für den die Arbeiterklasse sorgt. Die wechselseitigen Begründungen von Subjekt und Projekt verselbständigten sich schließlich im Zirkelschluß zu lehrbuchartigen a priori Vorstellungen von dem, was „Sozialismus“ und „Arbeiterklasse“ zu bedeuten hätten.

Wir stehen vor der Frage, inwieweit sich eine Formierung von emanzipatorischen Subjekten in Beziehung zu progressiven Projekten auf Klassenbasis und mit Klassenperspektive heute noch vorstellen läßt. Man müßte sowohl nach dem Projekt wie auch nach dem Subjekt fragen, um durch die Herstellung wechselseitiger Beziehungen der Beantwortung näher zu kommen - gedanklich wie auch in den realen gesellschaftlichen Prozessen. Fangen wir mit dem Projekt an, so erscheint es mir unmöglich, schon wieder auf eine bestimmte Vorstellung von Sozialismus zu setzen. Wenn überhaupt, kann es „nur“ um Elemente bzw. „Vorprojekte“ gehen, aus denen heraus sich das historische Projekt des Sozialismus neu entwickeln ließe. Genauso kann auch „nur“ die Subjekt- bzw. Klassenfrage auf der Ebene dieser Elemente bzw. „Vorprojekte“ erörtert werden und nicht auf der Basis irgendwelcher vorgegebener „historischer Missionen“.

Als Ausgangspunkt der folgenden Kette von Überlegungen möchte ich daher jenes Projekt setzen, das heute allgemein als sozial-ökologischer oder ökologisch-solidarischer Umbau umschrieben wird. Nimmt man es wirklich als Projekt einer grundlegenden Umgestaltung der industriell geprägten Ökonomie ernst, das sich auf Umbaufelder wie die Energie-, die Stoff-, die Verkehrs-, aber auch die Kommunikationswirtschaft bezieht wie auch auf die Ausgestaltung der post- und neo-fordistischen Produktionsweise in den Betrieben, Unternehmen und Branchen, so ist es neben anderen Aspekten - z.B. le-

bensweltlichen wie der Veränderung von Konsumgewohnheiten etc. - vor allem ein Unterfangen, das die Mobilisierung und gleichzeitige Rekombination von Arbeit impliziert. Es geht also erstens um den gesellschaftlichen Gesamtarbeiter und die darin enthaltenen Kompetenzen (im doppelten Sinne von Fähigkeiten und von Zuständigkeiten), um eine Verknüpfung und Neuordnung von Klassen, Klassenfraktionen und Schichten bei der gemeinsamen Bewältigung der Umbauforderungen - eine Neuordnung, die auch wissenschaftliche und kulturelle Funktionen umfaßt.

Es taucht dann aber zweitens die Frage auf, ob bzw. inwieweit diese Mobilisierung und Rekombination von Kompetenzen der Kapitalverwertungslogik unterliegt bzw. in Kapitalregie erfolgt oder der Logik gesellschaftlicher Entwicklungsbedürfnisse bzw. in gemeinschaftlicher Regie. Letzteres würde implizieren, daß der Umbau mit einer Re-Aktualisierung der industriellen Demokratie (bzw. Wirtschaftsdemokratie) bis hin zur der Perspektive einer „assoziierten Produktionsweise“ (Marxens Bezeichnung für die Produktionsweise des Sozialismus) einhergehen würde. Es handelt sich hierbei um eine hegemoniale Frage, die sich auf der Ebene des Gesamtarbeiters stellt. Diese Frage läßt sich nicht alleine über den Appell an die gemeinsamen Interessen als Lohnabhängige beantworten. Entscheidend ist hier der Appell an die Kompetenzen als Werk-tätige und das Bedürfnis, diese Kompetenzen in Eigen- bzw. gemeinschaftlicher Regie für den Umbau und seine Projekte zum Einsatz zu bringen.

Standortblock vs. Umbaublock

Z.Zt. erleben wir aber die Versuche, auf der Ebene des Gesamtarbeiters einen exportorientierten Standortblock in kapitalistischer Regie zu bilden, der neben der Fraktionierung sozialer Interessen unter den Lohnabhängigen auch und gerade an diesen Kompetenzen ansetzt - in Form verstärkter Mitarbeiterbeteiligung bei Produktentwicklung, Arbeitsorganisation, Qualitätssicherung usw. usf. auf der einen und der spezifischen Formierung produktionsbezogener Dienstleistungssektoren auf der anderen Seite. Wenn man nun das Umbauprojekt und die Veränderung der Klassenlandschaft

in einen Zusammenhang bringen will, muß man eine strategische Position definieren, die alternativ zum Standortblock steht. Worum es mir geht, ist die langfristige Formierung eines Umbaublocks, der anderer Stelle schon einmal als Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur vorgestellt wurde (ProMS 1989). Es handelt sich hierbei um eine Konstellation, die in der Ökonomie, in den Unternehmen und Betrieben verankert sein muß. Vorausgesetzt ist dabei die Existenz von Kernbereichen der Klassenlandschaft, von Zentren einer modernen Arbeiterklasse, wo die Interessen als Lohnabhängige zusammen mit den Kompetenzen als Werk-tätige artikuliert werden können.

Zur Klärung der Option will ich an dieser Stelle zwei Abgrenzungen ge-

Worum es geht, ist die langfristige Formierung eines Umbaublocks, als Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur, als strategische Position, die alternativ zum Standortblock steht.

genüber herkömmlichen sozialen Formierungskonzeptionen vornehmen. Zum einen gegenüber dem „antimonopolistischen Bündnis“, von dem es durchaus differenzierte und den Klassenverhältnissen angemessene Varianten gegeben hat. Allerdings baute die Gesamtanlage als „Anti“-Bündnis darauf auf, daß es objektiv gegensätzliche Interessen zwischen dem Monopolkapital und den antimonopolistischen Klassen und Schichten gebe. Und hier liegen zwei der entscheidenden Schwachstellen. Die eine betrifft die Objektivität sog. antimonopolistischer Interessen, die man schon getrost in Abrede stellen darf. Der zweite und m.E. noch wesentlichere betrifft die Rolle von Kompetenzen als - neben Interessen - zweitem Ausgangspunkt für emanzipatorisches und veränderndes Handeln. Das Projekt des Umbaus und die Rekombination der Arbeit erfordern eine Konstellation, die sich nicht nur auf soziale Interessen stützt, sondern auch

und gerade auf produktive - incl. wissenschaftlicher und kultureller - Kompetenzen der Akteure.

Auf der anderen Seite erfordert das Projekt auch mehr, als es viele Varianten des „Bündnisses von alten und neuen sozialen Bewegungen“ suggerierten. Denn im Kern beruhen diese Bündnisvorstellungen auf einer Addition von „alten“ und „neuen“ Problemstellungen - meistens sogar mit einem Vorrang für die „Lebenswelt“ als Hort der Emanzipation gegenüber der Welt der Klassen als Hort eines rückständigen industriellen Korporatismus. Diese Vorstellung, die bei manchen grünen Vorstellungen zum „New Deal“ weiterhin eine Rolle zu spielen scheint, ist in den Auseinandersetzungen um die „Standortfrage“ insoweit chancenlos, als sie die ökonomisch-sozialen Formierungen als Basis gesellschaftlicher Blockbildungen und Projekte unterschätzt.

Der Block für einen ökologisch-solidarischen Umbau muß aber aufgrund der Anforderungen des Umbaus selbst als produktiver Block gedacht werden, der in den Strukturen der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion und damit auch in den Klassenstrukturen verankert ist - aber eben nicht alleine unter dem Gesichtspunkt von sozialen bzw. Klasseninteressen, die dort auszufechten sind, sondern auch unter dem Aspekt der Kompetenzen, über die spezifische sozialökonomische Gruppen und Klassenfraktionen verfügen und die für den Umbau eingesetzt werden müssen. Es gibt hierbei keine a priori gesetzten Subjekte bzw. Protagonisten des Umbaus bzw. einer „anderen Logik“. Trotzdem oder gerade deshalb ist es aber erforderlich, sozial-ökonomische Bestimmungen von Teilen des Gesamtarbeiters in Beziehung zum Projekt des Umbaus zu setzen.

Klassenelemente des Umbaublocks

Zu diskutieren und zu operationalisieren wären Kernbereiche einer modernen Arbeiterklasse - also z.B. die zentrale Rolle der technisch-wissenschaftlichen Klassenfraktion und die Bedeutung der sich z.T. dramatisch verändernden großbetrieblichen industriellen Kerne. Wo befinden sich künftige produktive Zentren der neuen Ära mit hegemonialer Ausstrahlung auf andere Bereiche? Wie steht es beispielsweise um die modernen

Großindustrien der Telekommunikations- und Medienwirtschaft (was übrigens schon einen weiteren Begriff von „Industrie“ einschließt)? Bilden sich dort Sektoren einer modernen Arbeiterklasse, die wir dann - sicherlich transformiert - v.a. in den „neuen Arbeitnehmermilieus“ empirisch wiederfinden?

Ein weiteres Thema wären die Beziehungen in die *modernen Dienstleistungsschichten* - selbständige wie lohnabhängige - hinein, ihre Funktionen beim Umbau und in der entsprechenden Kombination produktiver Kräfte bis hin zur Neuformierung eines „dritten Sektors“ aus öffentlich geförderten, genossenschaftlichen und privaten Dienstleistungs- und Handwerksbetrieben mit sicherlich ganz spezifischen Sozialbeziehungen und Formierungsprozessen. Es handelt sich hierbei um ein wachsendes Feld hegemonialer Auseinandersetzungen im Prozeß der Klassenformierung, auf dem die progressive Seite nur in sehr fragmentierter Weise - z.T. als gewerkschaftliche Interessenvertretung, z.T. als „alternativer“ Betrieb, z.T. als „aufgeklärter“ Unternehmer - vertreten ist.

Und dann müßte natürlich auch das Verhältnis zur *kapitalistischen Klasse* bzw. ihren Klassenfraktionen erörtert werden - unter dem Gesichtspunkt des grundlegenden Antagonismus wie auch ihrer Funktionen im Rahmen des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters. Die für den Umbau erforderliche Mobilisierung und Rekombination von produktiven Funktionen kann jedenfalls so oder so nicht von der möglichen starken Einbeziehung unternehmerischer Kompetenzen absehen - und das eben nicht nur im Bereich der Kleingewerbetreibenden, sondern des Kapitals und des Managements selbst. Damit würde einerseits natürlich eine Konfliktkonstellation in den Umbaublock bzw. das „Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur“ eingebaut werden. Andererseits ginge es dabei um eine *Transformation der unternehmerischen Funktion von einer ausschließlich kapitalistischen zu der eines gemeinschaftlichen Umbaumanagements*. Diese Transformation ist gewissermaßen im gesellschaftlichen Gesamtarbeiter schon angelegt und als elementarer Vorgang auch in der Realität durchaus zu beobachten. Die hegemoniale Wirkung eines Umbaublocks hängt stark davon ab, inwieweit auf die Widersprüche zwischen kapitalisti-

ischem Klasseninteresse und unternehmerischer Kompetenzentfaltung eingegangen werden kann.

III. New Deal: Klassenpolitischer Realismus

Aber welche Ansätze und Wege gibt es für eine derartige Perspektive der Klassenentwicklung und Blockbildung? Einen ersten zaghaften Anlauf hat es zumindest in der BRD im Laufe der 80er Jahre schon gegeben - eine gewisse Verzahnung zwischen Ökologiebewegung und gewerkschaftlich-industriellen Konversionsvorstellungen, zwischen Arbeitszeitverkürzung und Neugestaltung der Arbeit jenseits von Fordismus und Taylorismus, von globalen Problemstellungen und Fragen industrieller Demokratie. Hierbei hat gewerkschaftlicherseits v.a. die IG Metall eine bedeutsame Rolle gespielt. Programmatisch hat diese Tendenz übrigens Eingang in das Berliner Grundsatzprogramm der SPD wie auch in die Umbau-Programmatik der Grünen gefunden.

Der ökonomische Einbruch Anfang der 90er Jahre mit seinen dramatischen Konsequenzen für die Klassenlandschaft auch in ihren Kernbereichen besiegelte die gewerkschaftlichen Niederlagen im Stahlsektor, bedrohte die Bastionen in der Automobilindustrie und im Maschinenbau, unterminierte die gewerkschaftliche Organisationskraft. In dieser Situation - verstärkt noch durch die Folgen der „deutschen Einheit“ - führte die politisch-ideologische „Standortoffensive“ von rechts zu einem Auseinanderbrechen des ökologisch-solidarischen Umbau-Diskurses, zu einer Verknüpfung der „sozialen Problematik“ mit der „Standortfrage“ auf der einen und einer Zurückdrängung der Umbauproblematik auf der anderen Seite, was sich bekanntermaßen auch in der Politik der Sozialdemokratie niedergeschlagen hat. Das Kapital hat damit die Hoheit über den Klassenbildungsprozeß in einem in den 80er Jahren nicht gekannten Ausmaß erobert.

Facetten des New Deal

Wir erleben nun z.Zt. eine wahre Welle von Hypothesen und Vorschlägen, die hier unter dem Begriff des *New Deal* subsumiert werden sollen. Inhaltlich reichen die Facetten von einem „neuen Gesellschaftsvertrag“ zur Fest-

legung „sozialer Bürgerrechte“ über den „Öko-Deal“ zwecks „Versöhnung von Ökonomie und Ökologie“ bis hin zu „Modernisierungs- und Produktivitätspakten“, mit denen wirtschaftliche Standort- und soziale Beschäftigungsinteressen kompatibel gemacht werden sollen. Mittlerweile zeichnet sich immer stärker ab, daß die dritte Variante zum „harten“ Kernstück des ganzen Vorhabens werden könnte. Und damit rückt dessen „Klassengehalt“ in den Mittelpunkt.

Z.Zt. herrscht die Tendenz vor, die im Zuge der bürgerlichen Offensive der vergangenen 15 Jahre erreichten Terrainverschiebungen zu Lasten der lohnabhängigen Klassen festzuschreiben, den Gewerkschaften dabei allerdings auf dem derzeitigen Niveau eine Existenzgarantie zu geben - eine Beendigung der neoliberalen Exzesse, die allerdings mit einer neuen subalternen Funktionszuweisung für die Gewerkschaften als v.a. betrieblicher Juniorpartner der Modernisierung einhergehen dürfte. Zum anderen geht es um eine Re-Formierung der Klassenlandschaft, sei es zur Eindämmung der immer weiter voranschreitenden Zerfallsprozessen an den wachsenden Peripherien der entwickelten Industriegesellschaften, sei es zur Sicherung bzw. Schaffung der für die kapitalistische Modernisierung unentbehrlichen Beschäftigungsgruppen. Dies wäre der wahrscheinliche Klassengehalt des Deals aus heutiger Sicht, die Basis eher für einen nationalen Standortblock als für einen Block des ökologisch-solidarischen Umbaus.

Zur „Lage des Klassenkampfes“

Kann sich die „klassenbewußte“ Linke dann überhaupt auf dieses Terrain der Dealerei einlassen? „Ist es der klassenübergreifende konsensuale 'New Deal' oder ist es ein die soziale Frage bekräftigendes Konzept der Reorganisation von grenzüberschreitendem (statt klassenübergreifendem) Widerstand in einer sich umbildenden und wieder konfrontativeren interkontinentalen Klassengesellschaft?“ fragte kürzlich ein Autor in der grün-linken Zeitschrift „Andere Zeiten“ auf der Suche nach Handlungsperspektiven und in Kritik der New-Deal-Diskussion. Schon die Frage ist absurd in einer Zeit, die durch dramatische Erosions-

prozesse an der gewerkschaftlichen Basis gekennzeichnet ist: Den Betriebsräten stellt sich meistens nur noch die konkrete Perspektive, sich auf bestimmte kleine Deals einzulassen (der bei VW war der größte davon) und - wenn es gut läuft! - sich auf das Terrain von „lean production“, „kontinuierlichem Verbesserungsprozeß“ und „Co-Management“ zu begeben.

Der klassenpolitische Ansatz ist dabei zum ersten wichtig, um eine Skepsis gegenüber dieser historischen Situation (z.B. gegenüber der positiven Überbewertung aktueller Unternehmens- und Managementstrategien, gegenüber den Lobliedern auf den solidarischen Lohnverzicht zugunsten der Arbeitsplätze, gegenüber der euphorischen Wiederentdeckung der Sozialpartnerschaft und dem sog. Co-Management) und damit auch einen Sinn für darüber hinausgehende Alternativen zu bewahren. Er ist zum zweiten aber ebenso bedeutsam gegenüber eingangs zitierten interkontinentalen Klassenkampfphantasien, die in der derzeitigen Lage das Feld der Kompromisse genau jenen überlassen, die diese Kompromißbildung mit der Abkehr vom Klassen- und Gegenmachtsgedanken überhaupt verbinden wollen.

Erforderlich ist ein klassenpolitischer Realismus, der die reale Situation der Klassenauseinandersetzungen und Klassenbeziehungen zur Kenntnis nimmt, der das Terrain des *New Deal* auch als Terrain von sozialen Interessen, von Klassengegensätzen und Klassenkompromissen begreift und der versucht, mit Hilfe des Deals Haltelinien insbesondere gegenüber den dramatischen Erosionsprozessen aufzubauen, denen die Gewerkschaften ausgesetzt sind. Zum zweiten läßt sich wohl nur auf diesem Terrain wieder ein ökonomisch-sozialer Boden für den Umbau bereiten. Wie Umbaukonzepte und ökonomisch-soziale, letztlich klassenmäßige Konstellationen zusammengehen, muß sich letztendlich auf den verschiedenen Umbaufeldern zeigen.

Keimzellen des Umbaublocks

Diesen Feldern lassen sich kleinere und größere gesellschaftlich-industrielle Komplexe bzw. Blöcke zuordnen - man denke an die herrschenden Allianzen im Verkehrs- oder im Energiebereich. Es gibt dort aber auch Möglichkeiten und

reale Entwicklungen, die auf alternative Konstellationen auch und gerade unter Einbeziehung von Kapitalfraktionen, von Unternehmern und Managern hinweisen: Hermann Scheer hat in seiner „Sonnenstrategie“ (vgl. auch spw 78, 4/1994) eindrucksvoll für den Bereich der Solarenergie darauf hingewiesen. Beispiele ließen sich auch im Bereich der Landwirtschaft sowie Land- und Nahrungsmitteltechnik finden oder etwa auf dem Gebiet der Holzwirtschaft. Hier wird im kleinen das „Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur“ angedacht und angegangen, werden Kompetenzen der beteiligten Akteure mobilisiert (und nicht nur Interessen abgerufen), stehen ökonomische, soziale und kulturelle Investitio-

Erforderlich ist ein klassenpolitischer Realismus, der das Terrain des *New Deal* auch als Terrain von sozialen Interessen, von Klassengegensätzen und Klassenkompromissen begreift.

nen zur Disposition und öffnen sich Horizonte für Fragen der wirtschaftlichen Demokratie.

Diese Elemente zusammenzubringen mit den aktuellen Fragen der Klassenformierung, die sich in den Betrieben und Branchen stellen, ist die konkrete Aufgabe der nächsten Jahre. Möglicherweise handelt es sich hierbei auch um Keimzellen für eine andere Richtung von Pakten und Deals und der Blockbildung. „Blöcke“ bauen sich nicht nur „von oben“, sondern auch „von unten“ auf, also von den Orten her, an denen sich die Klassenbildung vollzieht. So wird unter den heutigen Bedingungen die Frage des Co-Managements seitens der Betriebsräte in Betrieben und Branchen zu einem entscheidenden Aspekt der weiteren Entwicklung. *Co-Management kann sowohl den Weg in den Standortblock der exportorientierten Modernisierung als auch den Einstieg in das Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur bedeuten.* Eine Reorganisation der Arbeiterklasse ist jedenfalls heute so oder

so nur auf einem Weg vorstellbar, der die Artikulation der eigenen Interessen mit der Bereitschaft zu derartigen Deals und mit dem Anspruch des Co-Managements verbindet.

Umgekehrt läßt sich der Weg aus dem heutigen Umbruch der Produktionsweise heraus und durch alle Deals und Kompromisse hindurch und hin zum umfassenden ökologisch-solidarischen Umbau und zum Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur nur finden, wenn diese Suche auch von einem soliden und hegemoniefähigen Kernbestand unter den abhängig Beschäftigten in Betrieben und Branchen aktiv unterstützt und vorangetrieben wird. Der entscheidende strategische Punkt, den die ökologisch-„lebensweltliche“ und die konsequent-„klassenkämpferische“ Linke begreifen müssen, ist derjenige, daß der Kampf für einen ökologisch-solidarischen Umbau und das Ringen um die „Klassenlandschaft 2000“ zusammengehörige Elemente sind, daß er an allen Stellen unter denkbar schlechten Bedingungen geführt werden muß, und daß man diesen Bedingungen nicht mit „lebensweltlichem“ oder „klassenkämpferischem“ Pathos ausweichen kann.

Literatur

- Rainer Geißler (1992): Die Sozialstruktur Deutschlands. Ein Studienbuch zur Entwicklung im geteilten und vereinten Deutschland. Opladen
- ProMS (1989): Projekt Moderner Sozialismus - 53 Thesen. Dortmund/Köln

WIDERSPRUCH

Beiträge zur sozialistischen Politik 27

Sicherheit contra Solidarität

Law and Order-Staat, Innere Sicherheit statt BürgerInnen- und Grundrechte, Zwangsmaßnahmen im Ausländerrecht, Kurdistan: Staatsterrorismus gegen Völker- und Menschenrechte, Standortwettbewerb, Sozialabbau, Verteilungspolitik und Sozialpartnerschaft

P.Niggli, D.Vischer, R.Gössner, B.Leuthardt, M.Schubert, M.Bossonnet, W.Schöni, H.Baumann, A.Rieger

Diskussion

H.Kleger: Was heisst Solidarität?
R.Hungerbühler Savary: Politik mit Familie
R.Grubler/S.Howard: Moralpolitik gegen Frauen
M.Vester: Soziale Milieus und solidarische Praxis

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenchau

14. Jg./Heft 27 - Juni 1994

Fr. 18.-

192 Seiten, Fr. 18.-
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH - 8026 Zurich
Tel. Fax 01 273 03 02

Was ist die Klassentheorie noch wert?

von Max Koch*

Soziologische Theorien unterliegen wie Meinungen und Moden Konjunkturen. Galt es in der intellektuellen Welt der siebziger Jahre als selbstverständlich und chic, von der Bundesrepublik als von einer Klassengesellschaft zu sprechen, so schlug der Trend im Laufe der achtziger Jahre in sein genaues Gegenteil um: Eine vogue sind seit einigen Jahren die „Neuen Sozialen Ungleichheiten“, welche, folgt man dem heutigen Mainstream, die strukturbildende Kraft gesellschaftlicher Klassen bis zur Unkenntlichkeit überlagert haben.

In dieser Situation - in der die Marx-Kritiker unter Hinweis auf empirische Veränderungen der gesellschaftlichen Struktur die Klassentheorie für obsolet erklären, und die Marx-Verteidiger sich nicht selten hinter theoretischen Gewissheiten verschanzen (die zu häufig nicht empirisch überprüft wurden) - ist der Versuch, eine undogmatische klassentheoretische Position zu gewinnen und diese empirisch auszuweisen, kein leichtes Unterfangen.¹

Um den Klassenbegriff von Marx nicht wie so oft als Schablone zur Kenntnis nehmen zu können, erscheint es mir zunächst notwendig, seine Einbettung in eine umfassende Theorie der kapitalistischen Produktionsweise zu beleuchten. Unter dem Gesichtspunkt der Definition verschiedener Ebenen der Klassenanalyse und einer möglichen Konkretisierung des Klassenbegriffs sollen zweitens die wichtigsten neueren klassentheoretischen Versuche in den Blick kommen. Darauf aufbauend wird schließlich ein Modell gesellschaftlicher Klassen vorgeschlagen, das sich einerseits mit den Grundannahmen der Marxschen Theorie in Einklang befindet, andererseits empirische Forschungen anleiten soll.

1. Gesellschaftliche Klassen bei Marx

Obwohl Marx seine Abhandlung über „die Klassen“ nie beendet hat - die

ses Kapitel endet bekanntlich bereits nach wenigen Zeilen mit der zunächst frustrierenden Äußerung von Engels: „hier bricht das Manuskript ab“ -, so ist es doch in der Literatur unstrittig (vgl. Giddens 1984, Poulantzas 1980), daß man in den Marxschen Schriften im wesentlichen zwischen zwei begrifflichen Fassungen unterscheiden kann: ein „abstraktes“ oder „reines“ Modell der Klassenverhältnisse und konkretere Beschreibungen bestimmter historischer Gesellschaften. Marx' Klassen des französischen Bürgerkriegs können in dem Sinne als „konkret“ gelten, als er diese im Hinblick auf materielle Lebensbedingungen und politische Orientierungen klar voneinander abhebt (MEW 7 und 8). Es liegt ihnen aber keinerlei „abstraktere“ Ebene zugrunde - sprich: eine systematische Gesellschaftstheorie. Vielmehr bedient sich Marx im „18. Brumaire“ eines alltagsprachlichen Gebrauchs des Klassenbegriffs, was in der synonymen Verwendung von „Klassen“ mit Berufs- und Interessengruppen der Bevölkerung wie „Pfaffen“, „Armeengehörige“ oder „geistige Kapazitäten“ zum Ausdruck kommt (MEW 8, S. 121).

In den „Grundrissen“ von 1857 fallen gesellschaftliche Klassen nicht mehr einfach mit bestimmten Bevölkerungsschichten zusammen, sondern sie sind ihnen analytisch vorausgesetzt: „Die Bevölkerung ist eine Abstraktion, wenn ich z.B. die Klassen, aus denen sie besteht, weglasse. Diese Klassen sind wieder ein leeres Wort, wenn ich die Elemente nicht kenne, auf denen sie beruht. Z.B. Lohnarbeit, Kapital etc.“ (Marx 1974, S. 21). Angesichts der Renaissance induktiver Verfahren in der Sozialstrukturanalyse ist es nicht ohne aktuellen Bezug, daran zu erinnern, daß Marx beständig auf die Differenz von wissenschaftlichen Tatsachen und nur vermeintlich empirisch evidenten Problemen aufmerksam machte. Wie alle Objekte der soziologischen Forschung müssen auch Klassen auf der Grundlage einer umfassenden Gesellschaftstheorie konstruiert werden. Und so präsentierte er seine Klassen auf verschiedenen Abstraktionsebenen, die mit bestimmten Darstellungsstufen im „Kapital“ korrespondieren.

Auf der Ebene des ersten Bandes, in dem der „unmittelbare Produktionsprozeß“ untersucht wird, kann es nur zwei Klassen geben, da von der Zirkulation des Kapitals abgesehen wird: (produktive) Lohnarbeiter und (industrielle) Kapitalisten. Dagegen haben wir es am Ende des dritten Bandes, die Kapitalbewegung als Einheit von Produktion und Zirkulation betrachtend, mit Klassen als weitgehend differenzierten Ensembles von Akteuren zu tun. Die ökonomische Kernbestimmung der Klassen ist zu trennen von der Beschreibung „sozialer Klassen“, Gruppen von Akteuren, die in bestimmten historischen Gesellschaften gemeinsame Lebensbedingungen und Interessen teilen.

In allen marxistischen Klassenanalysen wird die Klassenspaltung von Kapitalisten und Lohnarbeitern als eine grundlegende Differenzierung jeder kapitalistischen Gesellschaft gesehen. Dieser keineswegs feine Unterschied bewirkt heute wie vor hundert Jahren, daß eine große Mehrheit der abhängig Erwerbstätigen die eigene Arbeitskraft verkaufen muß, um die eigene Reproduktion zu gewährleisten. Da nur ein sehr geringer Teil der Arbeitnehmer es sich erlauben könnte, von heute auf morgen mit der Lohnarbeit aufzuhören und von anderen Einkommensquellen zu leben, ist es durchaus gerechtfertigt, von einer großen Lohnarbeiterklasse zu sprechen, und sie von der Klasse der Kapitalbesitzer systematisch zu unterscheiden.

Zwischen allen Klassentheoretikern herrscht gleichwohl auch darin Konsens, daß innerhalb dieser großen Klassen wichtige Unterschiede nach Bildung, sozialer Lage, Lebensweise etc. bestehen, so daß von mehreren sozialen Klassen oder Schichten innerhalb der genannten Grundklassen auszugehen ist. Weniger konsensuell fallen die Antworten darüber aus, wie aus der Marxschen Theorie eine Differenzierungsstrategie zu gewinnen ist, die die vielfachen Disparitäten begrifflich einholt. Während in bezug auf die Kapitalistenklasse noch weitgehend Einigkeit zu erzielen ist - in nahezu allen Ansätzen wird das Kriterium „Mitarbeiteranzahl“ zur Unterscheidung

von groß- und kleinbürgerlichen Betrieben herangezogen -, scheinen mir in bezug auf die Lohnarbeiter grundsätzlich zwei Vorgehensweisen möglich, die entweder dem Produktionsprozeß von Kapital nach der Seite des *Verwertungsprozesses* oder des *Arbeitsprozesses* folgen (dazu ausführlich: Koch 1994, Kapitel 2.1).

Läuft erstere, bei Marx selbst entwickelter und in der Literatur der 70er Jahre häufig vertretene Einteilung nach den *ökonomischen Formbestimmungen* auf eine Differenzierung von Lohnarbeitern nach produktiven, unproduktiven und verschiedenen Dienstleistungsarbeitern hinaus², so betrifft eine zweite, bei Marx ebenfalls angelegte, aber kaum weiterverfolgte Strategie den Produktionsprozeß als *Arbeitsprozeß* und legt eine Differenzierung nach Entscheidungsbefugnissen und Bildungsunterschieden nahe.³ Demnach kommt es im Rahmen von abhängiger Lohnarbeit im allgemeinen zu einer Hierarchisierung nach hochqualifizierten und mit Entscheidungsbefugnis im Produktionsablauf ausgestatteten „Kopfarbeitern“ (z.B. Ingenieure), Personal, das über diese Ressourcen in mittelmäßigem Umfang verfügt (vom Techniker bis zum Facharbeiter), sowie an- und ungelerneten Arbeiterinnen und Arbeitern.

Es ist nun wichtig zu betonen, daß diese beiden, aus der Argumentation von Marx entnehmbaren Arten, Differenzierungen der Lohnarbeiterklasse vorzunehmen, *nicht* zu kongruenten Personengruppen führen. Wie man zu den produktiven Arbeitern so verschiedene Entscheidungsbefugnisse und Bildung unterstellende Berufe wie Hilfsarbeiter und Ingenieure zählen muß - gerade der erweiterte Charakter der produktiven Arbeit macht es ja nicht mehr nötig, selbst Hand an das Produkt legen zu müssen -, so überlagert die Einteilung nach der Hierarchie der Entscheidungsbefugnis die Unterschiede, die sich aus den ökonomischen Formbestimmungen ergeben, und ist nahezu gleich im produktiven, Zirkulations- und Staatsbereich ausgeprägt. Auf Basis der Marxschen Vorgaben ist somit kein theoretisches Argument auszumachen, eine der beiden möglichen Klassendifferenzierungen a priori der jeweils anderen vorzuziehen. Ob sich Klassen im oben genannten Sinne von „sozialen Klassen“ eher aufgrund der einen oder anderen theoretischen Variante bilden lassen, ist also eine empirische Frage.

2. Neuere Klassentheorien

Will man an das von Marx vorgegebene Forschungsprogramm anknüpfen, gilt es, unterschiedliche Abstraktionsebenen zu definieren, auf denen die sozialen Beziehungen der bürgerlichen Gesellschaft untersucht werden. Dies setzt den Bruch mit ökonomistischen Fassungen von „Klasse“ ebenso voraus wie mit direkt an der Oberfläche der sozialen Welt operierenden Modellen der „Beschreibung“ sozialer Ungleichheit.

In diesem Zusammenhang ist an Nicos Poulantzas' Unterscheidung einer „Produktionsweise“ und einer „Gesellschaftsformation“ zu erinnern. Poulantzas versteht unter einer Produktionsweise eine spezifische Verbindung ökonomischer, ideologischer und politischer „Instanzen“. Die besondere Art einer Verbindung dieser Instanzen unterscheidet eine Produktionsweise von

Die ökonomische Kernbestimmung der Klassen ist zu trennen von der Beschreibung „sozialer Klassen“.

anderen und wird von Poulantzas auch als „Grundstruktur“ bezeichnet, die freilich in dieser Art in der Realität nicht existiert. Empirisch vorhanden sind nur „Gesellschaftsformationen“, „das heißt jeweils ein soziales Ganzes (im weitesten Sinne) zu einem bestimmten Zeitpunkt einer historischen Existenz: das Frankreich Louis Bonapartes oder das England der industriellen Revolution.“ (Poulantzas 1980, S. 13) Damit werden Marx' entsprechende Gedanken systematisiert: Während die „Produktionsweise“, auf der auch das „Kapital“ anzusiedeln wäre, als allgemeine Untersuchungsebene gewissermaßen die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft im Unterschied zu anderen Produktionsweisen betrachtet, und damit zugleich mit dem „Primat der Ökonomie“ eine allgemeine These über die Konstruktion jeder bürgerlichen Gesellschaftsformation aufstellt, wäre die Untersuchung bestimmter kapitalistischer Länder auf der Ebene der „Gesellschaftsformation“ vorzunehmen und bedarf der bereits von Marx geforderten „Aneignung im Detail“. Es

versteht sich, daß es eine Absage an sämtliche Versuche der „Ableitung“ bestimmter historischer Gesellschaften aus allgemeinen Kategorien der Produktionsweise darstellt, wenn mit Poulantzas die historische Einmaligkeit von Gesellschaftsformationen betont wird.

Von Pierre Bourdieu kann man, wie ich finde, lernen, wie man eine Gesellschaftsformation untersuchen kann. Er besteht darauf, daß man von einer Klassengesellschaft nur dort reden sollte, wo der empirische Nachweis erbracht werden kann, daß zwischen einem wie auch immer im einzelnen gebildeten „Raum objektiver Positionen“ und einem der alltäglichen Praxis homologe Beziehungen bestehen. Den „Kämpfen auf symbolischer Grundlage“ widmet er ganz zurecht seine besondere Aufmerksamkeit, hat doch gerade der Marxismus in seinen bisherigen Spielarten „keinerlei Instrumentarium“, um diese zu erfassen; und dies, obwohl in jenen, wie Bourdieu sagt, „viel häufiger gestorben wird als für materielle Dinge“ (Bourdieu 1991, S. 27). Andererseits stellt natürlich die These, Lebensstile trügen entscheidend zur Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft bei, etwas grundlegend anderes dar als die vielfach vertretene Auffassung, Milieus und Lebensstile hätten die Klassenstrukturierung abgelöst.

Bourdieu (1985) schlägt vor, den sozialen Raum als bestehend aus verschiedenen Praxisfeldern zu betrachten. Ganz im Sinne von Poulantzas berücksichtigt er dabei nicht nur das ökonomische Gliederungsprinzip, sondern mehrere „Kräfteverhältnisse“, die die ökonomische Prägung mehr oder weniger überlagern. Weiterhin geht er davon aus, daß von all diesen Faktoren dem Bildungssystem eine besondere Rolle zukommt, was die Zuordnung der Menschen in die oberen und unteren Regionen des sozialen Raums anbelangt. Daß dem „kulturellen Kapital“ eine immer wichtigere Funktion bei der Reproduktion von Herrschaft und auch ökonomischem Reichtum zukommt, bestätigen auch andere Untersuchungen, auch wenn man in der marxistischen Tradition von einem Wechselverhältnis ungleicher Kräfte ausgehen würde: Die verschiedenen Felder gesellschaftlicher Praxis existieren nicht unvermittelt nebeneinander, sie stehen vielmehr in einem analysierbaren Zusammenhang.

* Dr. Max Koch, Soziologe, Berlin. Seine Dissertation „Vom Strukturwandel einer Klassengesellschaft. Theoretische Diskussion und empirische Analyse“ ist 1994 im Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster, erschienen.

Fragt man weiter empirisch, mit welcher der beiden Einteilungsstrategien von Lohnarbeitern man eher zu einer Definition von Klassen gelangt, die nicht nur auf dem Papier bestehen, sondern eine möglichst hohe soziale Homogenität aufweisen, so sind die vor einiger Zeit vorgenommenen empirischen Überprüfungen des Projekts Klassenanalyse und des amerikanischen Soziologen Erik Olin Wright von Interesse. Für das weitgehend an den ökonomischen Formbestimmungen festmachende Projekt Klassenanalyse (PKA 1973 und 1974) ergibt sich nach der Studie von Erbslöh et al., daß die so gebildeten Klassen zwar über sehr lange Zeiträume hinweg stabil bleiben, hinsichtlich Bewußtseinsunterschieden von Lohnabhängigen aber nicht zu befriedigenden Ergebnissen führen (Erbslöh et al. 1987, S. 236 ff.). Anders verhält es sich mit dem stärker von den Differenzierungslinien des Arbeitsprozesses ausgehenden Ansatz von E. O. Wright (Wright 1985 und 1989), denn im Gegensatz zu einigen theoretischen Herleitungen dieses Autors - vor allem sein von John Roemer übernommenes multidimensionales Ausbeutungskonzept bleibt stark umstritten -, können hier die empirischen Ergebnisse durchaus überzeugen. Und so konnte die Duisburger Projektgruppe nicht nur zeigen, daß die sich ergebenden empirischen Abstufungen sehr gut mit Wrights Klassen verträglich waren, es zeigte sich besonders im multivariaten Vergleich, daß die Variablen Alter, Schulabschluß, Beschäftigungsverhältnis jeweils weniger Varianz erklären als Wrights Klassenmodell. Auch auf der Bewußtseinsdimension behauptete es sich gegen die Faktoren Alter, Geschlecht, Schulabschluß gut (Erbslöh et al. 1987, S. 93 ff.), so daß also die empirische Überprüfung von PKA und

Wright insgesamt für eine Differenzierungsstrategie spricht, die den Trennungslinien des Arbeitsprozesses folgt.

3. Soziale Klassen im gesellschaftlichen Strukturwandel

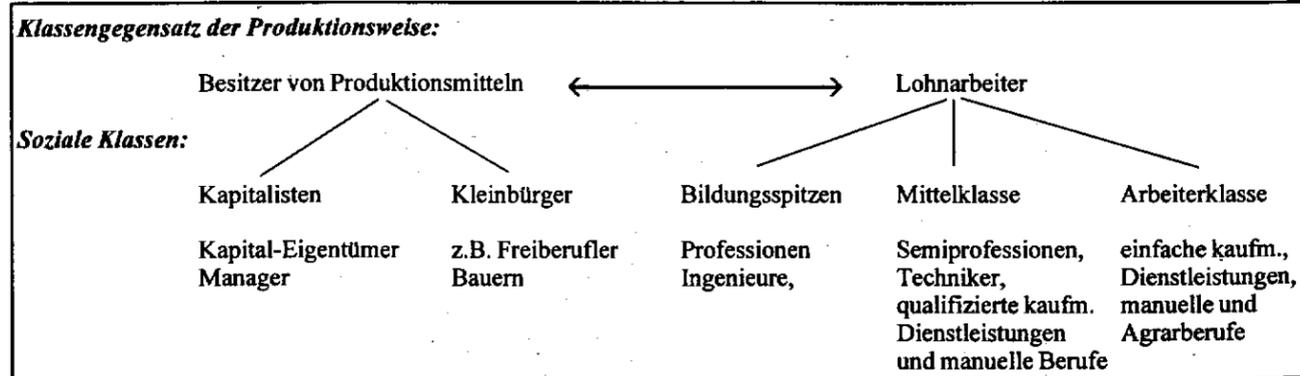
Aufbauend auf der Diskussion der Klassenkonzeptionen von PKA, Poulantzas, Wright und Bourdieu, schlage ich ein Modell der Klassenstruktur vor, das Poulantzas insoweit folgt, als zwei analytische Ebenen auseinandergehalten werden: einerseits die „kapitalistische Produktionsweise“ mit dem Gegensatz von Lohnarbeitern und Kapitalisten und andererseits die auf bestimmte kapitalistische Staaten oder Staatengemeinschaften beziehbaren „Gesellschaftsformationen“, die zwar sämtlich durch den Klassengegensatz der kapitalistischen Produktionsweise geprägt bleiben, aber zudem Differenzierungen der genannten Grundklassen aufnehmen. Auf dieser Ebene gilt es vor allem den Nachweis zu erbringen, daß die ökonomisch hergeleiteten Klassen sich als sozial relativ homogene Ensembles von Akteuren herausstellen, wobei ich mit Max Weber davon ausgehen möchte, daß „Homogenität“ dann gegeben ist, wenn Mobilität innerhalb der sozialen Klassen leicht und zwischen diesen Klassen nur schwer möglich ist.

Klassengegensatz der Produktionsweise, soziale Klassen, Berufsgruppen

Auf der Ebene der Produktionsweise gehe ich von der Existenz zweier Grundklassen aus, die die grundlegende Beziehung der kapitalistischen Produktionsweise repräsentieren: Besitzer von

Produktionsmitteln versus Lohnarbeiter im Gegensatz zu vorkapitalistischen Klassenwidersprüchen wie Sklave/Sklavenhalter. Ich gehe zweitens, auf der Ebene der Gesellschaftsformationen, von mehreren „sozialen Klassen“ innerhalb der genannten Grundklassen aus. *Besitzer von Produktionsmitteln* habe ich mit Hilfe des Kriteriums „Mitarbeiteranzahl“ in Kapitalisten und kleinbürgerliche Betriebe eingeteilt. Darüberhinaus habe ich Binnengliederungen nach Branchenzugehörigkeit berücksichtigt. Nach der empirischen Überprüfung der Ansätze des PKA und von Wright schlage ich für die große Klasse der *Lohnarbeiter* eine Binnengliederung nach der Stellung im Arbeitsprozeß vor, indem ich insgesamt drei soziale Klassen von Lohnarbeitern anhand typischer Kombinationen der Ressourcen Entscheidungsbefugnis im Arbeitsprozeß und Bildungsgrad voneinander unterscheidet. Bildung verstehe ich dabei einerseits als eine auf den Produktionsprozeß bezogene Handlungsressource, andererseits - mit Bourdieu - als notwendiges Potential zur Entwicklung der „ästhetischen Einstellung“ und damit für die Einteilung in die oberen und unteren Regionen des symbolischen Raums.

Nach dieser Logik gehören zu einer untersten sozialen Klasse diejenigen Berufsgruppen, deren Arbeitsinhalt durch das weitgehende Fehlen von Entscheidungsbefugnis und Bildung gekennzeichnet ist: Einfache kaufmännische und Verwaltungsberufe, einfache Dienste, einfache manuelle und Agrarberufe, deren Gesamtheit ich als „Arbeiterklasse“ bezeichnet habe. In der „Mittelklasse“ habe ich alle diejenigen Absolventen mittlerer Ausbildungsgänge zusammengefaßt, die auch im Produktionsprozeß mit größeren oder kleineren Entscheidungsbefugnissen



verbunden sind, vom Facharbeiter bis zum Techniker. Oben angesiedelt sind die Intellektuellen der naturwissenschaftlichen Pole - Professionen und Ingenieure, zusammengenommen die „Bildungsspitzen“. Zur Klasse der Kapitalisten zählen schließlich Teile der Manager, denn ihre Lohnabhängigkeit trägt nur formalen Charakter.

Ich möchte nun danach fragen, ob diese sozialen Klassen während des Strukturwandels der 70er und 80er Jahre weitgehend stabil geblieben oder - was gegen das vorgeschlagene Konzept spräche - in Auflösung begriffen sind. Diesen Strukturwandel sehe ich in erster Linie gekennzeichnet durch eine allmähliche Ablösung „fordistischer“ Betriebsweisen in der Industrie, durch eine „Tertiärisierung der Wirtschaftssektoren“ sowie durch eine Intellektualisierung des Arbeitskörpers. Tabelle 1 zeigt die quantitative Verteilung der westdeutschen Erwerbsbevölkerung auf soziale Klassen von 1970 bis 1988.

Die Berufs- und Klassenstruktur hat sich in den siebziger und achtziger Jahren nicht grundlegend geändert. Die Verschiebungen liegen im Höchstfall bei 10%, in der Regel jedoch weit darunter. Gleichwohl hat der Strukturwandel zu einem quantitativen Anstieg der Mittelklasse und der Intellektuellen und zu einer Verkleinerung der Arbeiterklasse geführt. Dieser Trend ist zunächst darauf zurückzuführen, daß alle diejenigen von der *Tertiärisierung* profitierenden Berufszweige in der Mittelklasse am stärksten vertreten sind. Hierbei handelt es sich um die Berufsgruppen der Semiprofessionen, der qualifizierten Dienste und der qualifizierten kaufmännischen und Verwaltungsberufe, die allein 1970 26,9% der gesamten Erwerbsbevölkerung ausmachten und bis 1988 noch auf 31,1% anstiegen. Zwar ist auch in der Arbeiterklasse die Verlagerung von produktiven zu unproduktiven Tätigkeiten unverkennbar - 1970 betrug der Anteil der unproduktiven Fraktionen der Arbeiterklasse an der gesamten Erwerbsbevölkerung (EDB und EVB) 18,9% und stieg bis auf 22,6% an -, jedoch weiteten sich diese Berufsfelder nicht in dem Maße aus, um die stark rückläufige Nachfrage nach einfachen manuellen Berufen zu kompensieren.⁵

Insgesamt ist der Anteil der kaufmännischen, Verwaltungs-, und Dienstleistungsberufe (ohne Pro-

Tabelle 1: Quantitative Verteilung der sozialen Klassen zwischen 1970 und 1988 (alte Bundesländer)

Klassen/ Berufsgruppen	Erwerbsbevölkerung (in %)			
	1970	1978	1982	1988
Kapitalisten	2,7	3,8	4,3	2,5
Manager (Man)	2,7	3,8	4,3	2,5
Bildungsspitzen	3,6	4,2	4,6	9
Professionen (Prof)	1,7	2,2	2,3	5,6
Ingenieure (Ing)	1,9	2	2,3	3,4
Mittelklasse	50,9	54	55,6	56,2
Techniker (Tec)	3,5	4,4	4,7	4,8
Semiprofessionen (Semi)	3	4,8	5,5	6,4
Qual. Dienstleistungsberufe (QDB)	6,2	6,3	6,4	5,6
Qual. kaufmännische und Verwaltungsberufe (QVB)	17,7	19,7	20,3	19,1
Qual. manuelle Berufe (QMB)	20,5	18,8	18,7	20,3
Arbeiterklasse	42,8	38	35,5	32,3
Einfache Dienstleistungsberufe (EDB)	10,7	10,4	10	14,4
Einfache Kaufmännische und Verwaltungsberufe (EVB)	8,2	8,1	8,1	8,2
Einfache manuelle Berufe (EMB)	16,3	13,8	12,4	7,5
Agrarberufe (AGR)	7,6	5,7	5	2,2
Insgesamt	100	100	100	100

Quelle: eigene Berechnung nach Blossfeld 1985 und Blossfeld et. al. 1990. Die Zahlen gehen auf die Volks- und Berufszählung von 1970, auf die Mikrozensus von 1978 und 1982 sowie auf das Sozio-ökonomische Panel von 1988 zurück.

fessionen) von 45,8% (1970) auf 53,7% (1988) gestiegen, während der manuelle Arbeitsbereich (ohne Techniker und Ingenieure) von 44,4% auf 30,0% geschrumpft ist. Die Zunahme der „tertiären“ Berufsgruppen verdankt sich allerdings fast ausschließlich der Expansion einfacher Dienste (+3,7%) und der Semiprofessionen (+3,4%), während der Bedarf an einfachen und qualifizierten kaufmännischen und Verwaltungsberufen fast gleich geblieben ist und die qualifizierten Dienste sogar einen Rückgang erfahren. Tätigkeiten, die im Dienstleistungsbereich geschaffen werden, sind also nicht in erster Linie höherqualifizierte, sondern gerade auch „bad jobs“, die keinerlei Qualifikation erfordern und nur geringe Verdienste einbringen. Auch die zweite wesentliche Entwicklungslinie des gesellschaftlichen Strukturwandels, die *Intellektualisierung* des Arbeitskörpers, kam eher der Mittel-

klasse zugute und dürfte erheblich verantwortlich sein für den Rückgang der Arbeiterklasse um etwa 10%. Auch die deutliche Zunahme der hochqualifizierten Positionen der Professionen und Ingenieure ist ein Ausdruck dieser Entwicklung.

Etwas genauer soll schließlich auf die intragenerationale Mobilität, also die Veränderung der sozialen Position in der individuellen Biographie, eingegangen werden, wobei - wie gesagt - dann davon ausgegangen werden soll, daß ein Klassenmodell dann einigermaßen bestätigt ist, wenn zwischen den Klassen geringe und innerhalb der Klassen hohe Mobilität herrscht. Tabelle 2 zeigt die intragenerationale Mobilität unserer Berufsgruppen bzw. sozialen Klassen vom Einstiegsberuf in den 1988 eingenommenen Beruf (Abstromprozente). Bei der Abstromanalyse ist der Ausgangspunkt die ursprüngliche berufliche Stellung eines Akteurs. In Frage steht,

Tabelle 2: Mobilität des ersten in den 1988 eingenommenen Beruf (Abstrom)

Klasse/Erster Beruf	Beruf 1988												
	Man	Prof	Ing	Tec	Semi	QDB	QVB	QMB	EDB	EVB	EMB	AGR	
Kapitalisten	85,7	5,7	6	7,4	0	0	4,1	1,4	0	2,7	0	0	
Man	85,7	5,7	6	7,4	0	0	4,1	1,4	0	2,7	0	0	
Bildungsspitzen	0	72,6	87,7	19,1	11,3	0	3,3	4,2	0	0	0	0	
Prof	0	71,7	3,3	5,9	11,3	0	1,7	1,3	0	0	0	0	
Ing	0	0,9	84,4	13,2	0	0	1,6	2,9	0	0	0	0	
Mittelklasse	14,3	21,7	6,3	67,7	82,5	81,9	80,8	68,7	24,6	36,7	32,3	19,4	
Tec	0	0	6,3	55,9	0	0	0,8	5,4	1	1,7	4,8	2,9	
Semi	0	15,1	0	0	73,7	3,2	1,2	1	4,2	4,4	0	0	
Q.D.B.	0	0	0	0	1,8	60,7	0,7	4,5	4,2	1,7	3	1,9	
Q.V.B.	14,3	6,6	0	5,9	7	7,4	77,5	5,5	9,1	26,7	10,1	6,8	
Q.M.B.	0,0	0	0	5,9	0	10,6	0,6	52,3	6,1	2,2	14,4	7,8	
Arbeiter	0	0	0	5,8	6,2	18,1	11,8	25,7	75,4	60,6	67,7	80,6	
E.D.B.	0	0	0	0	5,3	11,7	5,7	14	57,8	15,6	21	21,4	
E.V.B.	0	0	0	2,9	0,9	2,1	5,3	3,6	9,1	43,9	7,2	1,9	
E.M.B.	0	0	0	2,9	0	4,3	0,8	7,6	7,9	1,1	38,9	12,6	
AGR	0	0	0	0	0	0	0	0,5	0,6	0	0,6	44,7	
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	
N	7	106	32	68	114	94	246	777	165	180	167	103	

Quelle: eigene Berechnung nach Blossfeld u.a. 1990, S. 22

ob und in welchem Ausmaß diese Ausgangsposition auch seine Zukunft vorherbestimmt.

Aus der Tabelle geht hervor, daß die Struktur der sozialen Klassen weitgehend stabil bleibt, denn im Durchschnitt beträgt die Chance, im gesamten Berufsverlauf in derselben Klassenposition zu verbleiben, etwa 75%. Es bestehen also nach wie vor hohe Mauern zwischen den als soziale Klassen bezeichneten Gruppen von Berufen. Noch am ehesten sind *Klassenaufstiege* vom Techniker zum Ingenieur (13,2%), von der Semiprofession zur Profession (11,3%) und von der qualifizierten kaufmännischen und Verwaltungsposition in Managerfunktionen (4,1%) möglich. *Klassenabstiege* in die Mittelklasse bzw. in die Arbeiterklasse sind überdurchschnittlich wahrscheinlich bei den Professionen und den qualifizierten manuellen Arbeitern. Bei ersterer Berufsgruppe ist an ihre heterogene Zusammensetzung zu erinnern. Eine differenzierende Untersuchung müßte hier die Chancen zur Ressourcenreproduktion zwischen Selbständigen (Apothekern, Anwälten etc.) und abhängig Erwerbstätigen (z.B. Richtern, Hochschul- und Gymnasiallehrern) gesondert betrachten. Im Falle der Inhaber von gewerblichen Lehrabschlüssen könnte

man aus der erhöhten Abstiegschance in die per se ungelerten Arbeitern vorbehaltenen Bereiche (sie beträgt allerdings auch nur etwa ein Viertel aller Fälle) schließen, daß diese Fraktion der Mittelklasse der Arbeiterklasse am nächsten steht.

Beziehen wir nun auch die Mobilität *innerhalb* der sozialen Klassen ein (also berufsgruppenspezifisch), so gilt generell, je höher die Klassenposition (Bildungsgrad und Entscheidungsbefugnis), desto kleiner ist die Wahrscheinlichkeit zur Mobilität. Bei den einfachen Arbeitern beträgt die Chance, innerhalb derselben Berufsgruppe zu verbleiben, zwischen 38% und 57%, in den mittleren Regionen zwischen 52% und 77% und im oberen Bereich zwischen 71,7% und 85%. Damit erhalten wir das für manchen Beobachter vielleicht überraschende Resultat, daß die zunehmende Intellektualisierung des Arbeitskörpers nicht etwa zu einer erleichterten individuellen Mobilität führt, sondern ganz im Gegenteil dazu beiträgt, die Übergänge und damit die bestehenden Klassengrenzen noch zu vertiefen. Hervorzuheben ist schließlich die rege Mobilität von den unqualifizierten manuellen Tätigkeiten des Agrar- und Produktionsbereichs in einfache Dienstleistungsjobs, die auf eine weit-

gehende Übereinstimmung hinsichtlich der Arbeitsbedingungen hinweist und für die Zusammenfassung in einer sozialen Klasse spricht.

Eine genauere Untersuchung von Berufskarrieren und Klassenlaufbahnen würde zeigen, daß bereits ab dem 30. Lebensjahr intragenerationale Mobilität, die einen Wechsel der Klassenzugehörigkeit anzeigen würde, als absoluter Ausnahmefall gelten muß (Blossfeld et al. 1990, S. 16 ff.). Dieser und der ebenso nachweisbare Befund einer hohen Korrelation zwischen dem erworbenen Bildungsgrad und der Position im Beschäftigungssystem (Koch 1994, Kapitel 8.4) lassen sich sehr gut im Rahmen von Bourdieus Habitus- und Laufbahnkonzept interpretieren, wonach so gut wie alle Dispositionen, die im Beschäftigungssystem von Bedeutung sind, bereits im Laufe der Sozialisation in Familie und Bildungssystem angeeignet werden und von so dauerhafter Wirkung sind, daß sie den gesamten Berufs- und Karriereverlauf weitgehend vorherbestimmen.

4. Schlußbemerkung

Es spricht aus meiner Sicht wenig dafür, in den vielerorts angestimmten Abgesang auf die Klassentheorie einzu-

stimmen, denn den Sozialwissenschaften ginge mit ihr ein wichtiges kritisches Instrument verloren. Um diese kritische Kraft wieder entfalten zu können, muß sich die Klassentheorie aber immer wieder zu einer Infragestellung der eigenen theoretischen Prämissen durchringen und ihre empirische Tauglichkeit unter Beweis stellen. Auf der Basis meiner Studie läßt sich ein relativ enger Zusammenhang zwischen der Klassenlage und den Lebensbedingungen und -chancen der Menschen nachweisen. Zu entscheiden, ob sich diese Homologie von theoretisch postulierter Klassenstruktur und empirisch gemessenen Lebenslagen auch bis hin zu politischen Einstellungen und Handlungen verlängert, wäre dagegen das Thema eines eigenen Forschungsprojekts, in dem insbesondere die Formen der Delegation des politischen Willens im Zeitalter der „Volks“parteien zu untersuchen wären. Bis wir über eine solche Analyse des politischen Feldes der neunziger Jahre verfügen, bleibt nur, an Max Webers allgemeine Definition zu erinnern: Klassen können die Grundlage für kollektives Handeln darstellen, dies ist aber nur in bestimmten historischen Situationen der Fall.

Literatur

- Blossfeld, Hans-Peter, 1985: Bildungsexpansion und Berufschancen. Frankfurt/New-York.
 Blossfeld, Hans-Peter et al., 1990: Expansion of the Tertiary Sector and Social Inequality. Is there a New Service Proletariat Emerging in the Federal Republic of Germany? Working Paper des European University Institute in Florenz.
 Bourdieu, Pierre, 1985: Sozialer Raum und „Klassen“. Leçon sur la leçon. Zwei Vorlesungen. Frankfurt/Main.
 Bourdieu, Pierre, 1991: Die Intellektuellen und die Macht. Herausgegeben von Irene Dölling. Hamburg.
 Erbslöh, Barbara et al., 1987: Klassenstruktur und Klassenbewußtsein in der Bundesrepublik Deutschland - Endbericht eines DFG-Forschungsprojekts. Duisburg.
 Erbslöh, Barbara et al., 1990: Ende der Klassengesellschaft? Eine empirische Studie über Sozialstruktur und Bewußtsein in der Bundesrepublik. Regensburg.
 Giddens, Anthony, 1984: Die Klassenstruktur fortgeschrittener Gesellschaften. Frankfurt/Main.
 Hagelstange, Thomas, 1988: Die Entwicklung von Klassenstrukturen in der EG und in Nordamerika. Frankfurt/New-York.
 Koch, Max, 1994: Vom Strukturwandel einer Klassengesellschaft. Theoretische Diskussion und empirische Analyse. Münster.
 Marx, Karl, 1974: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf) 1857-1858. Berlin.
 Marx, Karl/ Engels, Friedrich, 1956 ff.: Werke („MEW“). Berlin.
 Poulantzas, Nicos, 1980: Politische Macht und gesellschaftliche Klassen. Frankfurt/Main.
 Projekt Klassenanalyse (PKA), 1973/1974: Materialien zur Klassenstruktur der BRD. Berlin.
 Ritsert, Jürgen, 1987: Braucht die Soziologie noch den Begriff der Klasse? Über Max We-

- bers Klassentheorie und neuere Versuche, sie loszuwerden. Leviathan 15, Heft 1, S. 4-38.
 Ritsert, Jürgen, 1988: Der Kampf um das Surplusprodukt. Einführung in den klassischen Klassenbegriff. Frankfurt/Main-New York.
 Thien, Hans-Günter, 1993: Klassen und Kulturen. Theoretische und empirische Überlegungen zu Veränderungen von Klassenkulturen und Klassenhandeln. Ms., erscheint demnächst in einem Argument-Sonderband, herausgegeben von Veit Michael Bader. Berlin.
 Vester, Michael, 1993: Das Janusgesicht sozialer Modernisierung. Sozialstrukturwandel und soziale Desintegration in Ost- und Westdeutschland. Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 26-27, S. 3-19.
 Von Oertzen, Peter, 1994: Klasse und Milieu als Bedingungen gesellschaftlichen Handelns. In: Greven, Michael, Th. Politikwissenschaft als Kritische Theorie. Festschrift für Kurt Lenk. Baden-Baden.
 Wright, Erik Olin, 1985: Classes. London.

- Wright, Erik Olin, 1989: The Debate on Classes. London.
 1 Um so verdienstvoller sind daher die Studien von Erbslöh et al. (1990), von Vester (1993) und von Oertzen (1994), in denen die Prämissen der Klassentheorie kritisch reflektiert und z.T. einer empirischen Probe unterzogen werden. Für Ideologiekritiken am neueren Diskurs zur sozialen Ungleichheit stehen Ritsert (1987 und 1988) und Thien (1994).
 2 Vgl. bei Marx selbst MEW 23, S. 196, 531 f., MEW 24, S. 150 und MEW 26.1, S. 379. Eine Operationalisierung dieser Bestimmungen findet sich bei Hagelstange (1988).
 3 Im Abschnitt über die Produktion des relativen Mehrwerts beschreibt Marx, wie das Kapital die gesellschaftliche Arbeitsteilung vorantreibt, bis es in der „großen Industrie“ die ihm entsprechende technische Grundlage findet, sich die lebendige Arbeit nicht nur „formell“, sondern auch „reell“ unterordnet, und die noch heute feststellbaren Qualifikations- und Einflüßhierarchien ausbildet (s. vor allem: MEW 23, S. 351, S. 443).

Klaus Dörre

Junge GewerkschafterInnen: Vom Klassenindividuum zum Aktivbürger?

Gewerkschaftliches Engagement im Leben junger Lohnabhängiger
 ca. 500 S. - ca. DM 58,00 - IOS 453 - SFR 59,60 - SBN 3-929586-33-9

Wieland Stützel (Hrsg.)

Streik im Strukturwandel

Die europäischen Gewerkschaften auf der Suche nach neuen Wegen
 1994 - ca. 250 S. - ca. DM 39,80 - ÖS 311 - SFR 41,00 - ISBN 3-929586-31-2

Klaus W. West

Der politische Raum der Arbeit

1994 - ca. 200 S. - ca. DM 38,00 - ÖS 297 - SFR 39,20 - ISBN 3-929586-30-4

Max Koch

Vom Strukturwandel einer Klassengesellschaft

Theoretische Diskussion und empirische Analyse
 1994 - ca. 200 S. - ca. DM 39,80 - ÖS 311 - SFR 41,00 - ISBN 3-929586-34-7

Reiner Hoffmann/ Ulrich Mückenberger (Hrsg.)

Die Wahrheit der Träume

1968 und heute - ein Kaleidoskop
 1994 - 187 S. - DM 26,00 - ÖS 203 - SFR 27,30 - ISBN 3-924550-96-4

Karl Bruckmeier

Strategien globaler Umweltpolitik

1994 - 297 S. - DM 39,80 - ÖS 343 - SFR 45,30 - ISBN 3-924550-88-3

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

48145 Münster · Dorotheenstr. 26a · Tel. 02 51 / 6 08 60 80

Klassenkampf "von oben" ohne Gegenwehr?

von Hans-Jürgen Bieling*

„Klasse' ist ein analytischer Begriff, und sollte als solcher betrachtet werden, und nicht als eine Truppe, die man durch die Straßen marschieren sehen kann.“ (Therborn 1987: 143)

Wer ökonomistisch denkt, verfängt sich in Paradoxien. Wachstumskrise, Massenarbeitslosigkeit, sinkende Reallöhne, steigende Mieten, Armut und Marginalisierung haben zwar die "soziale Frage" reaktualisiert, eine neue Dynamik der Klassenformierung blieb jedoch aus. Schnell sehen sich daher die Stränge der sozialwissenschaftlichen Forschung bestätigt, die angesichts tiefgreifender gesellschaftlicher Umbrüche den Klassenkampf als Phänomen vergangener Jahrzehnte ad acta gelegt haben. Selbst wenn ihr Vertrauen in die neuen sozialen Bewegungen und die heraufziehende Dynamik der globalen Emanzipations- und Fortschrittskonflikte - Frieden, Ökologie, Geschlechterverhältnis - derzeit ebenfalls tief erschüttert wird, so bleibt ihnen doch die Gewißheit, daß sich die alten Kampffronten der industriegesellschaftlichen Moderne abgeschliffen haben. Immer wieder stößt man dabei vor allem auf drei Argumentationslinien:

Jenseits der Klassen?

Erstens diagnostiziert die Theorie der reflexiven Modernisierung (Beck 1986; Beck 1993) eine grundlegende Verschiebung der gesellschaftlichen Konfliktachsen im Übergang zur "Risikogesellschaft". Danach übertrumpfen die neuen globalen Risiken - Ökologie und Frieden - die "industriegesellschaftliche" Verteilungslogik. Gleichsam als Nebenfolge der einfachen bzw. linearen Modernisierung drängen klassenübergreifende Emanzipations- und Fortschrittskonflikte auf die Tagesordnung. Ökologische, pazifistische, demokratische und feministische Themen ent-



wickeln eine Dynamik, die "quer" zum alten Klassenkonflikt liegt und die politischen Organisationen von Kapital und Arbeit unterläuft. Letztlich verabschiedet sich Beck von der alten Rechts-Links-Dichotomie und meint, daß die Auseinandersetzungen zukünftig entlang der Grundsatzkonflikte von Sicher- Unsicher, Innen-Außen und Politisch- Unpolitisch verlaufen (Beck 1993: 85ff).

Zweitens leitet ein weiterer Argumentationsstrang die schwindende Bedeutung des Klassenhandelns aus der Fragmentierung und Zersetzung der "Arbeitsgesellschaft" ab. Danach habe der gesellschaftliche Strukturwandel die Tertiarisierung (also den Zuwachs des Dienstleistungssektors) sowie Segmentierung und Differenzierung innerhalb der Klassen derart vorangetrieben, daß die alte Konfliktachse zwischen Kapital und Arbeit zusehends erodiere (Offe 1983). Darauf aufbauende Argumentationen fallen unterschiedlich aus. Während Gorz (1991) den maßgeblichen Gegensatz zwischen ökonomischer Rationalität und dem lebensweltlichen Drang zur Selbstverwirklichung verortet, markiert Dahrendorf (1992) den "modernen sozialen Konflikt": Auf der einen Seite steht der soziale Protek-

tionismus einer materiell abgesicherten und politisch organisierten "Mehrheitsklasse", auf der anderen befinden sich soziale Randgruppen, die sich aufgrund ihrer heterogenen Zusammensetzung - Alte, Frauen, Ausländer, Jugendliche - nur selten zur einer handlungsfähigen Unterklasse formieren können. Den "modernen sozialen Konflikt" kennzeichnet eine doppelte Prägung: Angetrieben durch die sozialen Zersetzungstendenzen knüpft er an "vormoderne", ständisch geprägte Konfliktlinien an, die sich jenseits des Antagonismus von Kapital und Arbeit innerhalb des politisch-institutionellen Rahmens verfestigen.

Drittens gewinnen die beiden zuvor aufgeführten Argumentationen an Bedeutung, indem sie sich mit dem "Individualisierungstheorem" verbinden: "Individualisierung' meint erstens die Auflösung und zweitens die Ablösung industriegesellschaftlicher Lebensformen durch andere, in denen die einzelnen ihre Biographie selbst herstellen, inszenieren, zusammenflückschustern müssen" (Beck 1993: 150; ausführlicher Beck 1986: 121ff). Realhistorisch geht das Theorem davon aus, daß sich unter den Bedingungen des expansiven Sozialstaats seit den 60er Jahren der soziale Raum öffnet ("Fahrstuhleffekt") und zu-

gleich die industriegesellschaftlichen Sozialformen sowie tradierten "sozialmoralischen Milieus", die den Prozeß der Klassenformierung bis dahin lebensweltlich abstützten, wegschmelzen. Die fortan stärker selbstbezogene soziale Integration eröffnet sowohl neue Optionen als auch Zwänge, mündet also keineswegs in eine umfassende Vereinzelung und Vereinsamung.

Konsequenzen für die Dynamik sozialer Kämpfe sind damit nicht unmittelbar angezeigt. Diese ergeben sich erst im Kontext mit den neuen Problemen der "Risikogesellschaft" und der subjektiv schwindenden Bedeutung von Arbeit und Beruf. Beide signalisieren, daß der Reproduktionsbereich (Staat, Familie, Schule, Medien, sonstige Freizeit) zum bestimmenden Moment sozialer Identitäten und politischer Orientierungen geworden ist.¹ Innerhalb einer stark differenzierten Lebenswelt artikuliere sich daher, so die häufig gezogene Konsequenz, die individualisierte Subjektivität kaum mehr in einem ausgedehnten, arbeitsbezogenen organisationspolitischen Engagement. Die Determinationskraft sozio-ökonomischer Verhältnisse ist grundlegend in Frage gestellt.

Auflösung oder Transformation der Klassenverhältnisse?

So eindrucksvoll sich derartige Argumente angesichts der anhaltenden gesellschaftlichen Desintegration und Schwächung der politischen Organisationszusammenhänge auch präsentieren, in allen Punkten sind die prognostizierten sozialen und politischen Konsequenzen doch deutlich überzogen.

1. Bereits Giddens (1990) relativiert die Aussage, daß die globalen Fortschrittskonflikte Klassenfragen abgelöst hätten. Danach bringen die vier gleichrangigen Logiken des Nationalstaats, der Militärordnung, der Industriegesellschaft und des Kapitalismus jeweils unterschiedliche soziale Bewegungen und Konflikttypen hervor - und zwar in der gleichen Reihenfolge: die Demokratie-, Friedens-, Ökologie- und Arbeitskonflikte. Der kapitalistische Gegensatz von Kapital und Arbeit stellt demzufolge eine Dimension unter anderen dar, die auch künftig eine strukturierende Wirkung entfaltet. Man kann sogar noch einen Schritt weiter gehen. Denn zum einen ist es gerade immer

wieder die expansive Logik der Kapitalakkumulation, die die anderen Konflikte antreibt und ihnen ihren Stempel aufdrückt; und zum anderen gilt selbst, wenn dem Klassenkonflikt gegenüber anderen sozialen Kämpfen kein Vorrrecht zukommt, daß doch die Triebkräfte, die ihn hervorbringen, eine größere Regelmäßigkeit aufweisen (Therborn 1987: 156).

2. Sicherlich wäre es engstirnig zu übersehen, daß die produktions- und arbeitsorganisatorischen Veränderungen sowie die Tertiarisierung der Ökonomie die Klassenstrukturen tiefgreifend umwälzen. Hierin hat die These der "Entstrukturierung" der Arbeitsgesellschaft ihren realen Kern. Umwälzung und Auflösung sind jedoch zweierlei Paar Schuh. Eine Perspektive, die die Dynamik der ökonomischen Modernisierung nicht um institutionelle, politisch-strategische und ideologische Prozesse ergänzt, muß eindimensional bleiben. Die

Die Fronten zwischen Kapital und Arbeit sind aufgrund ökonomischer und politischer Umbrüche allenfalls verwischt, aber keineswegs aufgelöst.

Segmentierung und Fragmentierung der Arbeit vollzieht sich nämlich keineswegs so zwangsläufig wie häufig unterstellt. Unter veränderten gesellschaftlichen und politischen Bedingungen ist zumindest nicht auszuschließen, daß sich innerhalb der Lohnabhängigen neue kollektiv-solidarische Beziehungen entwickeln. Zumal neben der sozio-ökonomischen Differenzierung die Klassenrelationen durchaus auch fortbestehen - oder besser: sich verschoben haben - sollte der Bogen zum Zerfall des Klassenhandelns nicht zu kurz gespannt werden. Überdies belegen soziokulturelle Untersuchungen, daß sich trotz aller Differenzierung und Fragmentierung Klassenmentalitäten eher modernisieren als zerfallen (Alheit/Vester 1993: 223f.). Die Fronten zwischen Kapital und Arbeit sind aufgrund ökonomischer und politischer Umbrüche allenfalls verwischt, aber keineswegs aufgelöst. In dem die politisch ausgleichende

wohlfahrtsstaatliche Regulierung aufbricht, tritt vorerst lediglich die Vielschichtigkeit der Ausbeutungsformen und des Verteilungskonflikts deutlich hervor: zwischen Kapital und Arbeit; innerhalb der Lohnabhängigen; zwischen den Beschäftigten und "Nicht-Beschäftigten"; zwischen Ost- und West; und im internationalen Maßstab.

3. Auch das Individualisierungstheorem ist nicht bedenkenlos zu akzeptieren. Zwar thematisiert es mit dem Wandel individualisierter Vergesellschaftung eines der Grundprobleme der Klassenbildung (Deppe/Dörre 1991), hinsichtlich der handlungsanleitenden Aspekte bleibt es jedoch an einen zu statischen und öffentlichkeitsfixierten Kulturbegriff gebunden. Indem primär nur die Auflösung der Arbeiterkultur, nicht aber deren Transformation und Modernisierung untersucht wird, bleiben neue, nicht-traditionale Momente der Klassenvergemeinschaftung unbeachtet. Gleichfalls werden die generativen Hintergrundstrukturen übersehen, die aus der sozialen Positionierung in der Klassenstruktur Formen eines unbewußten Klassenhandelns erzeugen (Alheit/Vester 1993: 222), dessen Modernisierung in bestimmten gesellschaftlichen und politischen Kontexten aber durchaus zutage treten kann.

Letztlich wird damit auch die These von der "Dezentrierung der Arbeitssphäre", ihre Abdrängung an den "Rand der Biographie", zumindest in ihrer Allgemeinheit², löchrig: Empirische Indikatoren geben darüber Aufschluß, daß trotz der verringerten Gesamtarbeitszeit die identitätsstiftende Bedeutung von Arbeit und Beruf - oft in negativem Sinne - keineswegs erschöpft ist. Unter anderem spricht dagegen, daß heute mehr Menschen ihre Biographie auf das Erwerbssystem ausrichten und ihm unterwerfen als vor dreißig oder vierzig Jahren. Individualisierung schlägt in der Krise der Arbeitsgesellschaft damit in die Hinwendung zur Arbeit um. Denn in dem Maße, wie sich private Absicherungen und traditionale Versorgungssysteme zusehends auflösen, steigt die Abhängigkeit von den zur Verfügung gestellten Arbeitsplätzen. Die Kultivierung des veralteten fordistischen Arbeitsparadigmas hat hier - d.h. in der Krise der Arbeitsgesellschaft - ihre Wurzeln (Kurz-Scherf 1994).

Eine Zwischenbilanz muß vorerst unbefriedigend zwiespältig bleiben: Die segmentierte und polarisierte Sozialstruktur ist weder mit dem Bild der "in-

* Hans-Jürgen Bieling ist Politologe und arbeitet als wiss. Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg

dividualisierten 'Nachklassengesellschaft' (Beck 1986: 158f.) zutreffend umschrieben, noch verdichtet sich die Renaissance der sozialen Frage in übergreifenden neuen Klassensolidaritäten. Eher besteht derzeit eine offenere Konstellation, in der sich mehrere Konfliktlinien überlagern, ohne jedoch eine umfassendere Dynamik zu entfalten

(Beckmann 1994: 327). Sicherlich muß auch diese Möglichkeit im Fall der vollständigen Atomisierung und Desintegration prinzipiell in Erwägung gezogen werden. Die gesellschaftlichen Umbrüche der letzten zwanzig Jahre - insbesondere die sozio-ökonomischen und politisch-ideologischen Prozesse - lassen aber auch eine andere Lesart zu: Da-



(Vester u.a. 1993: 50ff.): An der "postindustriellen" Linie artikulieren sich die Lebensstil-, Partizipations- und Fortschrittskonflikte jüngerer Generationen mit hohem Bildungsniveau; zwischen "Kapital und Arbeit" reaktualisieren die politisch Desillusionierten den Konflikt um soziale Absicherungen; an der "ständisch-moralischen" Linie treffen sich die zufriedenen konservativen Arbeitnehmer- und Oberschichtenmilieus; und die Deklassierten und Abstiegsbedrohten legen an der "vormodernen" Konfliktlinie gegenüber bestimmten Personengruppen (Ausländer, Frauen, Alte etc.) diskriminierende Verhaltensweisen an den Tag.

Klassenkampf der "Sachzwänge"

Angesichts des Konglomerats einander überlagernder Konfliktlagen könnte nunmehr allzuleicht der Schluß gezogen werden: Wir durchlaufen gegenwärtig ein Übergangsstadium, das sich letztlich aber in einem säkularen Trend auf eine Gesellschaft zubewegt, in der "auch die Klasse als Vergemeinschaftungsform 'verdampft' wie alle vorbürgerlichen Vergemeinschaftungsformen vor ihr"

nach stützte sich die beschleunigte Revolutionierung des Kapitalismus auf einen Klassenkampf "von oben", der über eine breite hegemoniale Bündiskonstellation den Widerstand der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften durch ihre partielle Einbindung und offensive ideologische Bekämpfung kleinarbeiten konnte.

Das Tandem von weltmarktorientierter Modernisierung und neokonservativer "Gesellschaftsreform" prägt dabei maßgeblich die tiefgreifende Reorganisation des kapitalistischen Reproduktionsprozesses und setzt die sozialpolitischen Regulationsformen merklich unter Druck. Nicht nur die Weltmarktdynamik erhielt einen ungeheuren Auftrieb, auch betriebliche Innovationen und Restrukturierungsprozesse liefen auf Hochtouren. Die Einführung neuer Basistechniken (Mikro- und Optoelektronik, Robotertechnik sowie Kommunikations-, Gen- und Biotechnologie) und die Umwälzung der alten tayloristischen Produktions- und Arbeitsorganisation entfalten eine enorme Dynamik. Wohin die Reise geht, ist in mancherlei Hinsicht allerdings noch offen. Industriesoziologische Paradigmen, die diesen Wandel antizipieren wollen, ha-

ben eine kurze Verfallszeit. Die Konjunkturen springen geradezu von "Neuen Produktionskonzepten" zu "systemischer Rationalisierung", "Lean Production", "Toyotismus" oder "Post-Toyotismus".

Obwohl also die Prozesse noch längst nicht abgeschlossen sind, und auch die Konturen der herausziehenden Arbeitswelt sich zumeist nur erahnen lassen, sind einige Konsequenzen jedoch bereits jetzt bestimmbar: Erstens stellt die Reorganisation der Produktion die alten betrieblichen Hierarchien in Frage und erzeugt immense Rationalisierungseffekte bis hin zu Betriebs-schließungen; zumindest innerbetrieblich führt dies zu z. T. harten Kämpfen zwischen Unternehmensleitung, Arbeitnehmervertretung und Belegschaften. Gleichfalls kommt es zweitens aber auch zu verschärften Konflikten innerhalb der Lohnabhängigen. Externe Faktoren wie der gestiegene Wettbewerbsdrucks und die Massenarbeitslosigkeit fördern Betriebsegoismen und führen oftmals dazu, daß die Kernbelegschaften die Segmentierung der Arbeitsmärkte aktiv mittragen, d.h. die negativen Effekte der Modernisierung auf die Randbelegschaften - Arbeitslose und sozial schwache Gruppen in gering qualifizierter, schlecht bezahlter, befristeter bzw. Gelegenheitsarbeit - abwälzen. Die sozialen Polarisierungs-, Spaltungs- und Desintegrationsprozesse haben hier ihre Triebkräfte. Besonders greifbar sind diese Tendenzen in den "global cities", d.h. den weltweit vernetzten großstädtischen Ballungszentren, in denen sich vor allem aufstrebende High-tech-Industrien und das moderne Dienstleistungs- und Finanzkapital niederlassen (Borst u.a. 1990). Hoch bezahlten Managern, höheren Angestellten und Technikern stehen dort viele untere Dienstleister gegenüber, die vor allem Reinigungs- und Reinigungsarbeiten oder persönliche Dienste leisten. Seinen Niederschlag findet dies in auffällig zerrissenen Stadtbildern. Neben glitzernden Finanzpalästen wachsen Armut, Arbeitslosigkeit, "Schattenökonomie", soziale Segregation und Alltagskriminalität.

Die Integration der Weltökonomie und die forcierte Modernisierung von Betriebs- und Konzernstrukturen gleichen allem anderen als einem international harmonisch geeinten Kapital. In der Triade-Konkurrenz wird vielmehr mit harten Bandagen gekämpft; schon das verwendete Vokabular - häufig ist von

"Schlachten" auf dem Weltmarkt die Rede - erinnert an "Kriegsschauplätze". Im Kampf um neue und alte Märkte sowie handelspolitische und technologische Vorteile wird am Einsatz von Ellenbogen nicht gespart. Die Standortdebatten der letzten Jahre bringen dies auch auf politischer Ebene deutlich zum Ausdruck: Stets geht es der nationalen Politik darum, über die Absenkung der Kostenfaktoren (Löhne und Lohnnebenkosten), die Deregulierung der Arbeitsbeziehungen und die Bereitstellung verbesserter Infrastrukturleistungen in der Konkurrenz um Direktinvestitionen bestehen zu können. Die Brisanz, aber auch defensive Hilflosigkeit, mit der die soziale Frage für die Gewerkschaften damit auf die Tagesordnung drängt, ist offensichtlich (Altwater/Mahnkopf 1993: 58ff.) Zum einen können sich die Gewerkschaften angesichts der fortgeschrittenen Deregulierung der Waren-, Kapital- und Finanzmärkte den "Zwängen" des internationalen Wettbewerbs kaum mehr erwehren. Nur zu leicht fügen sie sich in der "Wachstums-krise" den Prämissen der Standortkonkurrenz. Und zum anderen spüren sie "von unten" gleichzeitig die Probleme der gesellschaftlichen Desintegration, die bei sinkenden Verteilungsspielräumen tarifpolitisch kaum mehr aufzufangen sind. Während finanziell schlechter gestellte Mitglieder höhere Löhne verlangen, Arbeitslose sich von den Abschlüssen beschäftigungsfördernde Effekte erwarten, wünschen höher qualifizierte Arbeitskräfte eine stärker qualitative, auf die Arbeits- und Produktionsorganisation ausgerichtete Tarifpolitik. Wie die Gewerkschaften es auch wenden, immer sitzen ihnen unzufriedene Gruppen ihrer Klientel im Nacken.

Seinen verdichteten Ausdruck findet das gewandelte Verhältnis von Kapital und Arbeit in der Erosion und Abwicklung des "Modells Deutschland". Zwar haben die wirtschaftspolitischen Leitbilder der Exportorientierung und Geldwertstabilität auch weiterhin Bestand, der tragende gesellschaftliche Grundkonsens löst sich jedoch auf (Bonder u.a. 1992: 168ff.). Unter den Bedingungen der Globalisierung und Modernisierung der kapitalistischen Reproduktion können der Klassenkompromiß der vergangenen Jahrzehnte, d.h. der politische Tausch (Lohnzuwächse gegen politische Zurückhaltung) und das umfangreiche System der institutionellen Konfliktre-

gulierung, nicht mehr aufrecht erhalten werden. Längst hat sich die Bundesrepublik vom Ziel der Vollbeschäftigung verabschiedet und ist dabei, das sozialstaatliche Regelungssystem zu demonstrieren und funktional einzupassen. Infolge der weiteren Globalisierung, der deutschen Einigungslasten und immer wieder auflebender Standortdebatten schreitet die Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen voran.

Antagonistische Fragmentierung statt Klassenformierung?

Die "postfordistische" Revolutionierung der Produktion erzeugt deutliche klassenstrukturelle Verschiebungen. Nicht nur das Verhältnis von Kapital und Arbeit, auch die klasseninternen Re-

Indem die Gewerkschaften sich einen selektiven Korporatismus einließen, haben sie die gesellschaftliche Fragmentierung billigend in Kauf genommen.

lationen verändern sich. Innerhalb des Kapitals haben offensichtlich die Fraktionen an Gewicht gewonnen, die transnational auf die Triade ausgerichtet sind: Dies sind vor allem die finanzkapitalistischen Sektoren, d.h. das eng miteinander kooperierende oder sogar verschmolzene Geld- und innovative Industriekapital. Da der Neuordnungsprozeß der bislang führenden Branchen (Automobil- und Chemieindustrie, Maschinenbau, Elektrotechnik etc.) auch weiterhin anhält, bleibt vorerst noch unstritten, ob die Großbanken und Versicherungen bereits in eine führende Rolle geschlüpft sind; ihr vermehrter Einfluß ist aber nicht mehr zu leugnen. Verlierer dieser Verschiebungen sind in erster Linie die alten schwerindustriellen Branchen, aber auch eine Reihe kleiner und mittlerer Betriebe (Zulieferer, Speditionen und Handel), die den modernisierten Kernsektoren zunehmend untergeordnet werden. In den Tarifrunden hat diese Entwicklung ihren ersten Nieder-

schlag gefunden: gerade die absteigenden Branchen und Betriebe drängen auf einen besonders harten Kurs.

Mit den fraktionellen Verschiebungen innerhalb des Kapitals schritt zugleich auch die Inhomogenisierung - vor allem Tertiärisierung und Feminisierung - der Lohnarbeiterschaft voran. Während sich ab den 70er Jahren der Anteil der Industriebelegschaften reduzierte, wuchsen die Gruppen der Angestellten und Beamten an.³ Ein Teil von ihnen gehört zu den neuen Mittelschichten - hierunter fallen freie Berufe, leitende Angestellte, Lehrer, Ingenieure, Wissenschaftler etc. - , die von der "Öffnung" des sozialen Raums gegen Ende der 60er Jahre profitierten, seit dessen tendenzieller Schließung (insbesondere durch die Begrenzung des öffentlichen Dienstes) nunmehr aber hart um ihre Positionen kämpfen müssen. Ein anderer Teil der Dienstleister - einfache Angestellte, niedere personen- und unternehmensbezogene Dienste -, ist aufgrund der Arbeitsbedingungen, des Einkommens und der Lebensbedingungen eher der Arbeiterklasse zuzurechnen. Unabhängig davon, wie die konkrete Zuordnung auch erfolgt, bildet die Differenzierung des "Gesamtarbeitskörpers" eines der hervorstechendsten Merkmale der vergangenen Jahrzehnte. Zugleich läßt die Pluralisierung des Berufszuschnitts und die Entstandardisierung bzw. Segmentierung der Erwerbsarbeit aber auch neue Polarisierungen erkennen: Auf der einen Seite wächst die Gruppe qualifizierter Angestellter und Facharbeiter in den modernen High-tech- und Dienstleistungsindustrien, auf der anderen Seite aber auch die der Beschäftigten in peripheren oder in niedergehenden Sektoren sowie die Zahl der Unqualifizierten, Arbeitsunfähigen, Dauerarbeitslosen, Arbeitsmigranten, Alten etc. "Immer deutlicher setzt sich auch innerhalb der Lohnabhängigen ein Prozeß der 'Gentryfizierung' durch: Ihre qualifiziert und stabil beschäftigten, materiell gut gestellten Kerne nähern sich in Lebensweise, Konsumgewohnheiten, gesellschaftlichen Ziel- und Wertvorstellungen dem kapitalistischen Management und den avancierten Teilen der Freiberuflichen an und sind zunehmend bestrebt, ihre korporativen Interessen gegen den Rest der Lohnabhängigen zu sichern. Immer mehr geht eine wesentliche Klassenspaltung des entwickelten Kapitalismus quer durch die Lohnabhängigen hindurch" (Hirsch 1990: 135).

Die Gewerkschaften waren an dieser Entwicklung nicht unbeteiligt: Indem sie sich auf Formen eines selektiven Korporatismus einließen, haben sie zum Zwecke kurzfristiger Vorteile die gesellschaftliche Fragmentierung billigend in Kauf genommen. Gegenakzente - der Kampf um die 35 Stunden-Woche oder Initiativen zur qualitativen Gestaltung der Arbeit - wurden seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre kaum mehr gesetzt. Heute schlagen die Konsequenzen umso härter auf sie zurück: Indem der selektive Korporatismus der Zuspitzung der sozialen Frage eher hilflos gegenübersteht - als "Ballast" in der Weltmarkt Konkurrenz wird sie nicht selten mit nationalistischen Deutungsmustern aufgeladen - schmälert er letztlich seine eigene soziale Aktionsbasis. Die Aufkündigung der Sozialpartnerschaft "von oben", wie zuletzt in den ostdeutschen Bundesländern, vermittelt nur einen ersten Eindruck der kommenden Schwierigkeiten. Als noch gewichtiger könnte sich das Problem entpuppen, das sich durch den Aufstieg des expandierenden Dienstleistungskapitals (Banken, Versicherungen, Werbefirmen, Medienkonzerne etc.) andeutet. Anders als die industriellen Sektoren, scheint dieses auf die integrierende, "friedenssichernde" Funktion der Gewerkschaften kaum mehr angewiesen. Die lange aufrecht erhaltene Weigerung des Unternehmerlagers, sich mit der IG Medien an den Verhandlungstisch zu setzen, läßt harte Zeiten erwarten.

Neue kollektive Solidaritätsformen, die sich der sozialen Desintegration entgegenstellen, sind gegenwärtig dünn gesät. Die Refeudalisierung der Arbeitswelt und Gentryifizierung der Gesellschaft ist nach wie vor ungebrochen. Es hat sich gleichsam ein Prozeß der antagonistischen Fragmentierung etabliert, der zwar ein steigendes Konfliktpotential produziert, zugleich aber auch in der Lage ist, die Artikulationsfähigkeit der negativ betroffenen Gruppen kleinzuhalten. Dennoch sollte daraus keine eherne Zwangsläufigkeit des gesellschaftlichen Zerfalls abgeleitet werden. Schließlich ist auch dieser Vorgang - wie die Prozesse der Klassenformierung überhaupt! - in hohem Maße politisch-institutionell und ideologisch geprägt. Sofern sich ein gesellschaftliches Klima entfaltet, in dem das Gespür für die gesellschaftlichen, aber auch internationalen Konsequenzen des eingeschlagenen Entwicklungspfad zu

nimmt, kann die Auflösung der neokonservativen Hegemonie durchaus in solidarische Vergesellschaftungsformen übergehen. Eine Politik, die weiterhin auf den traditionalistischen Klassenkampf, auf das Subjekt "der" industriellen Arbeiterklasse setzt, kann hierzu aber wenig beitragen, da sie am demokratischen und sozialintegrativen Potential der "Kritisch-Engagierten" (Vester u.a. 1993: 327ff) aus den modernen Arbeitnehmermilieus vorbeizieht und damit zwangsläufig defensiv bleibt. Offensivere, emanzipativ orientierte Optionen haben längst zur Kenntnis genommen, daß die soziale Frage schon immer, heute aber erst recht, in eine komplexere Konfliktstruktur eingebettet ist, die mit dem Gegensatz von Kapital und Arbeit nur unzulänglich erfaßt wird. Klassenformierung sollte daher eher als ein umfassender Prozeß der gesellschaftlichen Blockbildung gedacht werden. Vom Inhalt her: in Verknüpfung mit demokratischen, partizipativen, ökologischen, friedenspolitischen und feministischen Zielsetzungen; von der Form her: punktueller, zeitlich vorübergehend und stärker politisch vermittelt; und von der sozialen Basis her: mit stärkerem Bezug auf die modernen kritisch-engagierten und sozialintegrativen Arbeitnehmermilieus (Deppe/Dörre 1991: 770).

Gewerkschaften: zwischen "Traditionsverein" und "Dienstleistungsagentur"

Ungeachtet des bestehenden Handlungsbedarfs präsentieren sich die Gewerkschaften derzeit defensiver, ohnmächtiger und initiativloser denn je. Das Dilemma hat dabei zwei Seiten: Zum einen haben die europäischen und innerdeutschen Umbrüche (Mahnkopf 1992; Schneider 1991) die Mahlsteine der neoliberalen Restrukturierung noch einmal richtig zum Laufen gebracht. Unter dem externen Druck aufgezwungener Abwehrkämpfe sehen sich die Gewerkschaften daher leicht in die Rolle des Traditionsvereins zurückgeworfen. Zum anderen unterminieren aber auch die internen Organisationsschwierigkeiten - Finanznot, Mitgliederschwund, Überalterung, "Angestelltenproblematik" - von innen her die Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaften. Die Debatten über die Organisations- und Programmreform schaffen da keine

Abhilfe. Im Gegenteil: Der "Modernisierungsdiskurs ohne Gegenmacht" (z.B. Meyer 1994) führt mit seinem umfangreichen Katalog von Sparmaßnahmen nuremehr weiter in die "Sackgasse" hinein, denn durch Stellenkürzungen und die Zusammenlegung von Kreisen wird der bereits ausgedünnten Basisarbeit ein weiterer herber Schlag versetzt; die "verschlangte", entpolitisierte Dienstleistungsagentur läßt grüßen.

Wollen sich die Gewerkschaften als Faktor betrieblicher und gesellschaftlicher Gestaltung behaupten und stärken, so ergibt sich für sie keine leichtere Aufgabe, als - zunächst einmal wenigstens konzeptionell - nach "dritten Wegen" zu suchen. Denn sowohl ein Zurück zum "traditionalistischen" Klassenkampf als auch die modernisierte, stärker "lebensweltlich" orientierte Auflage einer gegenmachtlosen "Sozialpartnerschaft" zielt an den immensen Aufgaben einer "postfordistischen" Gewerkschaftspolitik vorbei. Konzepte gegen die soziale Desintegration und ein "neuer Gesellschaftsvertrag" (Deppe 1994) können weder auf die Modernisierung sozialistischer Politik noch auf Gegenmacht- und Konfliktfähigkeit, d.h. auf neue, offensiv politisierte Formen des "Klassenkampfes" verzichten. Ein erster Schritt dahin könnte z.B. in der Wiederaufnahme der Zukunftsdebatten der 80er Jahre bestehen.

Unter Berücksichtigung des mehrdimensionalen Problemfelds sollte eine fortschrittliche Gewerkschaftspolitik heute insbesondere die solidarische Reorganisation der Arbeit vorantreiben (ausführlich hierzu Lipietz 1992). Zum einen gehören hierzu die forcierte Arbeitszeitverkürzung, eine ausgleichende materielle Umverteilung - auch innerhalb der Lohnabhängigen - und die verbesserte soziale Absicherung von Teilzeitbeschäftigung; zum anderen aber auch qualitative Aspekte der Arbeitsgestaltung (Produktionsorganisation, Qualifikation, Produktauswahl) sowie die Ausweitung von Mitbestimmungs- und Interessenvertretungsrechten. Da stets auch explizit "politische" Aufgaben bewältigt werden müssen, ist eine intensiviertere Kooperation mit anderen sozialen Bewegungen und sozialistischen Parteien unerlässlich; schon allein, um der Ausgrenzung aus den medial dominierten öffentlichen Diskursen entgegenzuwirken.

Literatur

Alheit, Peter/Vester, Michael (1993): Individualisierung oder neue Assoziation? Neue soziale Differenzierungsprozesse als politische und theoretische Herausforderung für die Gewerkschaften; in: Leif, Thomas u.a. (Hg.), Reform des DGB. Herausforderungen, Aufbruchspläne und Modernisierungskonzepte; Köln, S.209ff

Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (1993): Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung. Tarifpolitik nach Maastricht und Maastricht, Münster

Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a.M.

Beck, Ulrich (1993): Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung, Frankfurt a.M.

Beckmann, Andreas (1994): Die neue Ungleichheit: über den Formwandel der Klassenbeziehungen in modernen kapitalistischen Gesellschaften im Lichte der Regulationstheorie, Frankfurt a.M.

Beil, Daniel (1991): Die kulturellen Widersprüche des Kapitalismus, Frankfurt a.M./New York; amerikanische Fassung New York 1976

Bonder, Michael u.a. (1992): Deutschland in einer neuen Weltära. Unbewältigte Herausforderungen, Opladen

Borst, Renate u.a. (1990) (Hg.): Das neue Gesicht der Städte, Basel; Boston; Berlin

Dahrendorf, Ralf (1992): Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit, Stuttgart

Deppe/Dörre (1991): Klassenbildung und Massenkultur im 20. Jahrhundert; in: Tenfelde, Klaus (Hg.), Arbeiter im 20. Jahrhundert, Stuttgart, S.726ff

Deppe, Frank (1994): Ein neuer Gesellschaftsvertrag - Anmerkungen zu einem trans-

nationalen Krisendiskurs; in: Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank (Hg.) Entwicklungsprobleme des europäischen Kapitalismus, Marburg (FEG-Studie Nr. 4), S.173ff

Esser, Josef (1993): Die Suche nach dem Primat der Politik; in: Unseld, Siegfried (Hg.), Politik ohne Projekt, Frankfurt a.M., S.409ff

Giddens, Anthony (1990): The Consequences of Modernity, Stanford

Goetz, André (1991): Und jetzt wohin?, Nördlingen

Hirsch, Joachim (1990): Kapitalismus ohne Alternative?, Hamburg

Kurz-Scherf, Ingrid (1994): Es gibt nur zwei Freiheiten - Plädoyer für eine konsequente Politik der Arbeitszeitverkürzung; in: Negt, Oskar (Hg.), Die zweite Gesellschaftsreform. 27 Plädoyers, Göttingen, S.55ff

Lipietz, Alain (1992): Towards a new Economic Order. Postfordism, Ecology and Democracy, Cambridge

Mahnkopf, Birgit (1992): Die Gewerkschaften im West-Ost-Spagat, in: NSB 3/92, S.33ff

Meyer, Heinz-Werner (1994): Gewerkschaften an der Schwelle zum 21. Jahrhundert; in: ders. (Hg.), Aufbrüche-Anstöße. Beiträge zur Reformdiskussion im DGB und seinen Gewerkschaften, Köln, S.7ff

Offe, Claus (1983): Arbeit als soziologische Schlüsselkategorie; in: Matthes, Joachim (Hg.), Krise der Arbeitsgesellschaft?, Frankfurt a.M./New York, S.38ff

Schneider, Michael (1991): Die Gewerkschaften im deutsch-deutschen und europäischen Umbruch; in: Gewerkschaftliche Monatshefte 7/91, S.447ff

Therborn, Göran (1987): Auf der Suche nach dem Handeln. Geschichte und Verteidigung der Klassenanalyse; in: Prokla 66, S.128ff

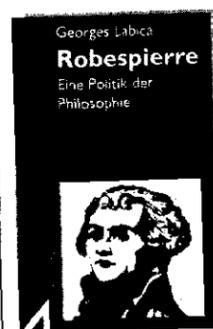
Touraine, Alain (1985): Klassen, soziale Bewegungen und soziale Schichtung in einer nachindustriellen Gesellschaft; in: Strasser,

Hermann/Goldthorpe, John H. (Hg.), Die Analyse sozialer Ungleichheit: Kontinuität, Erneuerung, Innovation, Opladen, S.324ff

Vester, Michael u.a. (1993): Soziale Milieus im Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Köln

- 1 Noch weiter geht das Paradigma der "nachindustriellen Gesellschaft", das die sozialen und politischen Kämpfe nuremehr kulturell begründet. Die konservative Perspektive sieht die Ursache der Konflikte primär im Zerfall des zentralen gemeinsamen Wertesystems (Beil 1991), indessen die libertäre Variante die Herrschaftsstrukturen einer von der sozio-ökonomischen Basis losgelösten "programmierten Informationsgesellschaft" zum Ausgangspunkt nimmt; die *situative Bedingtheit* der Klasse wird demzufolge durch das Verhalten sozialer Bewegungen ersetzt (Touraine 1985).
- 2 Allenfalls bei Gruppen, die ökonomisch abgesichert sind und über ein relativ hohes Bildungskapital verfügen, schwindet die identitätsstiftende Bedeutung von Arbeit, Beruf und Ausbildung. Arbeiter, untere und mittlere Angestellte sowie Beamte weisen hingegen in der Regel eine starke Arbeitsorientierung und Leistungsethik auf. Angesichts der anhaltenden Arbeitsmarktkrise ist stark zu bezweifeln, ob die lebensweltliche Orientierung und die Ausrichtung auf nichtmaterielle Bedürfnisse einen expansiven Trend markieren.
- 3 Zudem weisen sozialstrukturelle Untersuchungen darauf hin, daß auch die Personengruppen außerhalb des Beschäftigungssystems anwachsen: vor allem Rentner, Studierende und Auszubildende.

Robespierre - blutrünstiger Staatsterrorist?



Georges Labica
Robespierre
Eine Politik der Philosophie
Argument-Sonderband
Neue Folge Band 221
128 Seiten
23 DM/180 ÖS/24 SF
ISBN 3-88619-221-0

Anhand der Reden, Schriften und Einlassungen Robespierres analysiert Labica einen Diskurs, der ungeachtet aller Windungen und Widersprüche des revolutionären Prozesses an der Idee einer auf Gerechtigkeit und Gleichheit basierenden Demokratie hängt. Dem zeitlichen Verlauf der Revolution folgend untersucht Labica die Interventionen Robespierres. Er begreift sie als politische Praxis einer Philosophie, die ihre Herkunft von Rousseau nicht verbirgt, sich aber zugleich einer konkreten Situation aussetzt: Wie läßt sich der revolutionäre Prozeß vorantreiben, ohne daß die Ideale, die ihn inspirierten, verraten werden?

Problem „Immigranten“



Maxim Silverman
Rassismus und Nation
Einwanderung und Krise des Nationalstaats in Frankreich
Argument-Sonderband
Neue Folge Band 220
224 Seiten
29 DM/228 ÖS/30 SF
ISBN 3-88619-220-2

Der Einwanderungsdiskurs bekam in Frankreich unter Berufung auf »die Nation« oder »das Nationale« immer stärkere rassistische Konturen und betrieb so die Ausgrenzung der Immigranten mit. Folglich kannes nicht um die ökonomische Analyse von Migrationsströmen oder den Aufstieg von Le Pens *Front National* gehen, sondern um den modernen Nationalstaat, zu dessen zentraler Problematik die Phänomene von Einwanderung und Rassismus gehören. Weil der Nationalstaat und sein Konzept der Staatsbürgerschaft ihre historische Berechtigung zu verlieren beginnen, werden »die Immigranten« zum Problem. Für die Diskussion in Deutschland um diese zentrale Frage gibt Silvermans besonderes Buch Denkanstöße.

Nicht der »Fall«, sondern der Theoretiker Althusser



Henning Böke
Jens Christian Müller
Sebastian Reinfeldt (Hg.)
Denk-Prozesse nach Althusser
Argument Sonderbände
Neue Folge Band 228
288 Seiten
29 DM/225 ÖS/30 SF
ISBN 3-88619-228-8

Die subkutanen Wirkungen und Nachwirkungen der theoretischen Arbeit Althusserers sichtbar zu machen, ist die Intention dieses Bandes. Er enthält Beiträge aus verschiedenen europäischen Ländern - u.a. von E. Balibar, M. Turchetto, J. Link, J. Derrida - zu systematischen Fragen und aktuellen Themen (wie etwa dem Problem des Nationalismus in den Balkanländern). Damit wird das Augenmerk von dem spektakulären »Fall Althusser« und vom Verfasser der Autobiographie *Die Zukunft hat Zeit*, wieder auf den Theoretiker zurückgelenkt.

Im guten Buchhandel und bei:
Argument Vertrieb
Reichenberger Straße 150
10999 Berlin



Gegen einen verengten Sozialstaatsbegriff

von Ingeborg Nahnsen*

Gesellschaftliche Polarisierungstendenzen

In seinem Aufsatz "Sozialstaat im Abbruch" (Heft Nr. 75 dieser Zeitschrift) fordert Gerd Bäcker eine sozialpolitische Reformdebatte, die nach seiner Ansicht überfällig ist. Er stützt sich dabei einerseits auf die Absicht "die fatalen gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konsequenzen der scheinbar so einfachen und kostengünstigen liberalen Privatisierungs- und Deregulierungsmodelle zu verdeutlichen", andererseits auf seine Überzeugung, daß "der Sozialstaat ... den sozialen Wandel berücksichtigen und sich zugleich öffnen (muß) für die Ansprüche der 'Modernisierungsgewinner' aus den neuen Angestellten- und Mittelschichten und für die Interessen und Lebensbedingungen von Frauen". In diesem Zusammenhang warnt Bäcker davor, "diese Anpassung (mit dem Hinweis auf 'wichtigere Probleme' und der erforderlichen Konzentration auf die Interessen der 'kleinen Leute') (zu) unterlassen, weil hierdurch 'die Akzeptanz von Sozialpolitik zu schwinden' drohe.

Daran, daß die Sozialpolitik reformbedürftig ist, kann kein Zweifel bestehen. Nachdrücklich ist Bäckers Feststellung zu unterstützen, daß es bei der herrschenden Politik "um mehr geht, als um ein Reagieren auf Haushaltsdefizite und Konjunkturkrise". In der Tat wird der "sozialstaatliche Grundkonsens in der Bundesrepublik ... prinzipiell in Frage gestellt" und scheint "mit dem Ende der Systemkonkurrenz ... das Modell 'soziale Marktwirtschaft' mit seinen Elementen Sozialpolitik und Tarifautonomie ausgedient" zu haben.¹

Aber: Wer sind die "Modernisierungsgewinner"? Sicherlich gibt es Gewinner des ökonomisch-sozialen Ausdifferenzierungsprozesses, aber es ist in höchstem Maße fraglich, wie lange sich die Einzelnen in dieser Vorteilssituation behaupten können. Wir haben es offensichtlich mit mehreren, miteinander vernetzten Polarisierungsstrukturen zu tun.

* Prof. Dr. Ingeborg Nahnsen, Göttingen

Einmal mit der wachsenden Kluft zwischen Arbeitsplatzinhabern und Arbeitsplatzverlierern. Weiter mit der Arbeitsmarktsegmentierung zwischen einer Schicht hochqualifizierter Arbeitnehmer und jenen anderen mit geringeren oder entwerteten Qualifikationen und besonders instabilen Arbeitsverhältnissen. Schließlich existiert eine Polarisierung der Einkommensverteilung, wie sie in der Geschichte der Bundesrepublik bisher nicht bekannt war.² Stellt man außerdem in Rechnung, daß es offenbar eine Tendenz zur Ausfransung der mittleren Einkommenspositionen nach oben und unten gibt, so kann zumindestens im mittleren Einkommensbereich keineswegs von einer relativ stabilen Gewinnersituation gesprochen werden. Aktuell und für die nächste Zukunft ist mit einem deutlich gesteigerten, tendenziell alle Arbeitnehmerbereiche betreffenden Arbeitsplatzrisiko zu rechnen.

Andererseits: wer sind die "kleinen Leute"? Leider ist dieser Ausdruck auch in den linken Sprachgebrauch eingedrungen. Abgesehen davon, daß ihm ein Hauch von Arroganz anhaftet, geht es um eine diffuse Begrifflichkeit, die eher zu einer konservativen Vorstellung von einer hierarchischen, statisch gegliederten Gesellschaft paßt. Sind es die Bezieher der niedrigsten Einkommen, sind es die ungelerten oder die am schlechtesten verdienenden Arbeitnehmer, oder ist schließlich die wachsende Zahl der Armen einschließlich der Arbeitslosen gemeint?

Wie auch immer zu verstehen, es muß doch gefragt werden, ob die Existenz dieser Gruppen nicht Ergebnis desselben gesellschaftlichen Prozesses ist, der auch "Modernisierungsgewinner" erzeugt. Und wenn das so ist, kann es dann sozialpolitisch sinnvoll sein, den beiden Seiten dieses Prozesses unterschiedliche Interessen zuzuordnen? Solche unterschiedlichen Interessen können jeweils aktuell und individuell existieren, aber in einem Prozeß, in dem jeder seine vermeintlich gesicherte soziale Position kurzfristig verlieren kann, müßten

sie doch wohl in einer wohlverstandenen Perspektive grundsätzlich und langfristig als gleichartig angesehen werden. Tarifpolitisch wird sicherlich je nach besonderer Konstruktion der Umstände differenziert werden müssen. Anders stellt sich aber das Problem für eine übergreifende Sozialpolitik.

Konservatives Sozialstaatsdenken

Wenn eine neue Sozialpolitik entworfen werden soll, setzt das auch eine veränderte Sozialstaatskonzeption voraus. Es enthält ein problematisches, positivistisches Element, wenn "Sozialstaat" und "Sozialpolitik" immer häufiger synonym verwendet werden. Danach wäre die jeweils praktizierte Sozialpolitik = "der Sozialstaat". Sozialstaat stellt aber eine staatliche Grundverpflichtung dar, um deren Einlösung Politik- und Sozialkonzepte konkurrieren können. Soll die Linke darin erfolgreich sein, so muß sie sich von den konservativen Einflüssen wieder befreien, der sie seit Jahren - offensichtlich unbewußt - unterliegt.

In der seit der ersten Hälfte der 80er Jahre geführten Diskussion über Grenzen und Gefährdungen des Sozialstaats wird fast übereinstimmend und nahezu ausnahmslos ein auf den Aspekt "soziale Sicherheit" verkürzter Sozialstaatsbegriff benutzt, der so in den 50er und 60er Jahren von den Konservativen geprägt worden ist. Charakteristisch für dieses Sozialstaatsverständnis ist es, daß in ihm der Zusammenhang mit anderen Aspekten staatlicher Gesellschaftspolitik aufgehoben ist, besonders solcher, die auf Förderung von Handlungsspielräumen der Gesellschaftsmitglieder, auf gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten und demokratische Institutionen gerichtet sind. Konservativ betrachtet wurde sozialstaatsorientiertes Handeln im Gewand der Politik der sozialen Sicherung als Politik der Einkommensumverteilung deklariert, obwohl seit langem feststeht,

daß die Maßnahmen der sozialen Sicherung die Struktur der Einkommensverteilung nicht verändert. Auf den konservativen Charakter dieses Denkens hat Hartwich schon vor Jahren hingewiesen.³ Nach Mückenberger sind es "neokonservative Sozialstaatskritiker", die einen solchen engen Sozialstaatsbegriff suggerieren.⁴

Die demokratische Linke vertrat - hierin u.a. auch an Hermann Heller anknüpfend⁵ - eine sehr viel breitere Sozialstaatskonzeption, in der die gesellschaftlichen Lebensbedingungen und lebendige und stabile Demokratie im Sinne interdependenter Beziehungen miteinander verknüpft war. In ihr spielten deswegen auch Wirtschaftsdemokratie, Sozialisierungselemente und die gerechte Verteilung gesellschaftlicher Chancen eine konstituive Rolle. Der hochkonfliktreiche Kampf um Mitbestimmung und Betriebsverfassung Anfang der 50er Jahre gehört in diesen Zusammenhang. Das System der sozialen Sicherheit wurde als unverzichtbare Ergänzung, aber eben nur als Ergänzung, angesehen.

Daß die Linke wesentliche Elemente des konservativen Konzepts übernahm, schwächt heute ihre Position und zwingt sie in eine nahezu ausschließlich defensive Haltung. Es behindert sie bei aller Einsicht in die Reformbedürftigkeit des Sozialstaats, inhaltliche Gegenkonzepte zu entwerfen und zu vertreten. Die Übertragung vollzog sich in einem nahezu lautlosen Prozeß und kaum reflektiert. Wenn Bäcker zutreffend "dem Ende der Systemkonkurrenz" eine wesentliche Rolle beim Abbau von sozialer Marktwirtschaft zuordnet, so ist das nur eine Seite des Prozesses, in dem der Kalte Krieg und bis zuletzt die Ost-West-Spannung dem konservativen und wirtschaftsliberalistischen Denken sozialpolitische Zugeständnisse aufgenötigt hat. Umgekehrt gilt auch, daß dieser Konflikt es denselben Kräften erlaubte, erfolgreich Furcht vor "sozialistischen Experimenten" zu erzeugen und damit die Herausbildung politischer Mehrheiten zu fördern, mit deren Hilfe sich das konservative Sozialstaatsdenken durchsetzen konnte.

Konservative Elemente in antikonservativen Modellen

Selbst Wolfgang Müller und Christel Neusüß unterstellten - möglicherweise

wohlweislich - in ihrem seinerzeit in der Linken vielfach diskutierten Aufsatz "Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital" die konservative Version, wenn sie ausführen, daß "das eigentliche Terrain, auf dem der Staat als 'Sozialstaat' sich selbständig gegenüber der kapitalistischen Produktion erweisen soll, die Sphäre der 'Verteilung des Sozialprodukts'"⁶ sei. Wirklich interessant sind Johano Strassers engagierte Auseinandersetzung mit der konservativen Sozialstaatskritik und sein sozialdemokratisches Gegenmodell.⁷ Aber auch hier lassen sich die konservativen Einflüsse in wenigstens vier Punkten nachweisen. Strassers Vorstellung einer alle gesellschaftlichen Bereiche berührenden Sozialpolitik als aktiver Gesellschaftspolitik endet doch schließlich bei der Forderung nach einer verbesserten und wirkungsvoller fundierten sozialen Sicherung. Die in diesem Zusammenhang aufgestellte Forderung nach mehr Demokratie beschränkt sich im wesentlichen auf eine intensivierte Beteiligung der Betroffenen an den Willensbildungsprozessen in den Institutionen des Sozialleistungssystems und allenfalls noch auf Mitwirkungsmöglichkeiten in Konzepten von Gemeinwesenarbeit. Strasser wechselt terminologisch zwischen den Ausdrücken "Sozialstaat" und "Wohlfahrtsstaat" und fängt damit an, einen Begriff zu übernehmen, der dem konservativ-wirtschaftsliberalistischen Ökonomisierungsarsenal angehört.

Strasser nimmt wie andere, der Linken nahestehenden Sozialpolitiker, die

von Hans Achinger stammende und von Christian von Färber in die soziologisch-politologisch orientierte Sozialpolitik vermittelte Kritik an "Ökonomisierung", "Monetarisierung" und "Professionalisierung" der Sozialpolitik auf, wobei er zwar die gleichfalls erhobene Kritik an der "Verrechtlichung" der Sozialpolitik nicht nennt, dieser aber implizit mit transportiert, weil sie mit der Kritik an der "Professionalität" ein zusammengehörendes Paar bildet.⁸ Diese Kritik paßt lediglich auf den Bereich von Sozialhilfe und Sozialarbeit, nicht aber auf die Sozialpolitik im ganzen. Der aufgeklärt-konservative Hans Achinger, der nicht aus der Sozialpolitik, sondern aus dem Fürsorgewesen stammte, sah im System der sozialen Sicherheit ein schlecht organisiertes Hilfe-System⁹, das durch die Festlegung auf Geldleistungen notwendige persönliche Hilfe verhindert. Er fordert deshalb ein "Vollmachtrecht" für die Sozialarbeiter, damit diese die geeignete Hilfeform für den individuellen Fall wählen können.¹⁰ Obwohl vermutlich nicht so gemeint, läuft dies auf die Entmündigung des Hilfsbedürftigen hinaus und transportiert Formen einer konservativ-fürsorgereichen Obrigkeit. Es stellt sich die Frage, mit welchem Sinnverständnis Kritik mit einer derartigen Genese auf "die" Sozialpolitik übertragen wird. Denn es geht in einer freiheitlichen Sozialpolitik nicht bloß um Verbesserung und Vervollkommnung eines Leistungsstandards, um Zuwendungen und Umverteilung. Es geht um die Art und die rechtliche Ausgestaltung des

ISW sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.
Analysen Dokumentationen Fakten & Argumente

Analysen des ISW sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. (Auswahl):

isw-report
(vierteljährlich mit isw-wirtschaftsinfo).
Preis: DM 5,- plus Porto (Jahresabo: 30,- DM)

Wirtschaftsreform in Osteuropa (Nr. 18, Juni 1993)
Krieg der Konzerne (Nr. 17, Sept. 1993)
Energie - Müll - Verkehr (Nr. 16, Jan. 1994)
Alternativen zum Neoliberalismus (Nr. 19, April 1994)
Sackgasse Neoliberalismus (Nr. 20, August 1994)

isw-spezial
Forza Italia - Vorwärts in die Vergangenheit
(Nr. 7, Mai 1994), DM 5,- + Porto

isw-wirtschaftsinfo
Standort D (Nr. 17, Mai 1994), DM 5,- + Porto

Zu bestellen / Prospekt anfordern bei
isw e.V., Georg-Wopfinger-Straße 46,
80939 München, Tel. u. Fax: 089-323 17 80
Konto Sparda Bank München
Konto-Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)

Markt Umweltschutz Energiesteuer
Zur Diskussion über umweltverträgliche wirtschaftliche Entwicklung



isw REPORT NR. 21
sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.

Neu bei ISW

Anspruchs. Der Rechtsanspruch macht den Einzelnen frei vom Willen eines Anderen, von der Willkür eines Anderen, auch von der bloßen fürsorglichen Zuwendung des Anderen, so wichtig sie auch immer ist. Er verbindet die Werte Freiheit und Sicherheit und ist insoweit Kernstück freiheitlicher Sozialpolitik von Anfang an¹¹.

Auch Ulrich Mückenberger gehört zu der kleinen, aber wachsenden Zahl derer, die sich um eine Neuinterpretation des Sozialstaatspostulats bemühen¹². Mückenberger greift die in der Frühzeit der Bundesrepublik diskutierten Sozialstaatsalternativen auf und verweist dabei auf Hermann Heller und Wolfgang Abendroth. Über die Strassersche, auf Sozialleistungssystem und Sozialarbeit beschränkte, Demokratieperspektive hinaus postuliert er, "daß die sozialstaatliche Intervention heute (mehr denn je) auf die Gewährleistung individueller und kollektiver Selbstbestimmung, auf Freiräume, Partizipationsprozesse, dezentralisierte Entscheidungsspielräume und -foren angelegt sei". Dies ist eine deutliche Gegenposition zur konservativen Sozialstaatsbegrifflichkeit. Aber worum es ihm eigentlich geht, ist die Feststellung eines wachsenden Schutzbedürfnisses der Menschen in der Gesellschaft. Soll der Staat als Sozialstaat diesem wachsenden Schutzbedürfnis gerecht werden - und nach Mückenbergers Ansicht sollte er das -, so bedeutet dies Ausweitung der Staatstätigkeit. Da "mehr Staat" nicht unproblematisch ist, müssen Gegenelemente geschaffen werden. Und so verlieren dann bei Mückenberger die geforderten Demokratie- und Emanzipationselemente ihren sozialstaatlichen Selbstwert und fungieren lediglich als gefahrenbegrenzende Gegengewichte gegen eine unausweichliche Ausweitung der Staatstätigkeit.

Es bleibt bei der Dominanz von Sicherheit und Schutz und bei der Ausblendung der Wechselwirkungen zwischen humanen Lebensbedingungen und lebendiger Demokratie. Ausdrücklich setzt Mückenberger Hellers von ihm sogenannter Demokratietheorie des Sozialstaats das Postulat einer heute aktuellen Wohlfahrtstheorie des Sozialstaats entgegen.

Gleichlaufend mit der Hegemonialisierung konservativen Sozialstaatsverständnisses verändert sich auch das vorherrschende begriffliche Verständnis von "sozial". Es ist falsch, wenn Mückenberger behauptet, daß "sozial"

erst "heute", und dann "wenig wertehaltig, eher klassifikatorisch" im Sinne von "gesellschaftlich" verwendet wird. Es ist vielmehr genau umgekehrt: sozial im Sinne von gesellschaftlich lag ursprünglich der Sozialstaatsidee zugrunde als Ausdruck für die gesellschaftsgestaltende Verantwortlichkeit des Staates. Daß das Sozialstaatspostulat des Artikels 20 des Grundgesetzes den Inhalt dieses Gestaltungsauftrags nicht festgelegt hat, beruhte ja gerade darauf, daß bei der Formulierung der Verfassung hierüber keine Einigkeit erzielt werden konnte.

Erst später wird das Soziale am Sozialstaat inhaltlich in Richtung auf den Aspekt des Helfenden, Schützenden, gerecht Verteilenden, festgelegt und damit aber auch hierauf reduziert. In der Übernahme dieser Version liegt die eigentliche Schwäche linker Sozialstaatsdiskussion. Eine derart reduzierte Begrifflichkeit des Sozialen entläßt den Staat als Sozialstaat aus seiner gesellschaftspolitischen Verantwortlichkeit und ver-

In der Übernahme der konservativen Reduzierung des Sozialen auf den Aspekt des Helfenden, Schützenden, gerecht Verteilenden liegt die eigentliche Schwäche linker Sozialstaatsdiskussion.

nachlässigt die konstitutiven Verzahnungen zwischen dem Zustand der Gesellschaft und der Stabilität von Demokratie. So erscheint der Sozialstaat nicht als in den Strukturen des gesellschaftlichen Lebens verankert und als Kernbereich staatlicher Politik, sondern fungiert als ein peripher hinzugesetztes Element, das auch wieder entfernt werden kann. Wie das geht, erleben wir augenblicklich.

Aktuelle Notwendigkeiten

Unsere aktuelle gesellschaftliche Situation und die absehbare zukünftige Entwicklung erfordern als Basis einer reformierten Sozialpolitik eine Sozialstaatskonzeption, die die gegenseitige Abhängigkeit von Gerechtigkeit, Hand-

lungsmöglichkeiten der Gesellschaftsmitglieder und einer lebendigen und stabilen Demokratie berücksichtigt.

Hellers von Mückenberger so genannte Demokratietheorie des sozialen Rechtsstaates ist nach wie vor aktuell. Anders als Mückenberger offenbar 1991 noch annahm, ist die "ökonomische und politische Lage in der Bundesrepublik" eben nicht so stabilisiert, daß "das Prinzip des sozialen Rechtsstaats seinen politischen Begründungskontext" einbüßen dürfte. Dem diskutierten Sozialstaatsdenken ist neben der Dominanz von sozialer Sicherheit und Schutz auch gemeinsam, daß die sozialstrukturelle Situation der Gesellschaft nicht angesprochen wird. Bäckers Unterscheidung zwischen den "kleinen Leuten" und den "Modernisierungsgewinnern" - so problematisch sie auch sein mag - verweist gleichwohl auf die vorhandenen Tendenzen zur Vertiefung von Ungleichheit in unserer Gesellschaft. Langfristige Arbeitslosigkeit und Armut verfestigen sich augenblicklich in vielen Fällen nachhaltig in einer Weise, die befürchten läßt, daß sich eine neue Unterschicht mit sehr schlechter Lebenslage herausbildet¹³.

Ungleichheit als problematisches gesellschaftliches Phänomen verschärft sich außerdem dadurch, daß sich von einer Ausgangslage relativer Gleichheit her die Lebenslagen der Menschen in den neuen Bundesländern nach westlichem Muster ausdifferenzieren, was dort zu beträchtlichen Irritationen führt. Eine Reform der Sozialpolitik und ein neues sozialstaatliches Denken müssen diese beiden großen Herausforderungen: Entwicklung der Arbeitsgesellschaft, Verschärfung gesellschaftlicher Ungleichheit, in Rechnung stellen. Dies um so mehr, als Arbeit nicht nur Einkommen sichert, sondern auch noch immer soziale Identität stiftet. Was Not tut, ist selbstverständlich ein der veränderten Lage und den veränderten Bedürfnissen angepaßtes System sozialer Sicherheit und eine auf Beschäftigung gerichtete Politik.

Das Problem der Verschärfung sozialer Ungleichheiten kann jedoch nicht nur durch Maßnahmen der Existenzsicherung oder der Beschäftigungspolitik entschärft werden. Notwendig ist vielmehr eine neue Politikkonzeption der Chancengleichheit und von Verbesserung und Verbreiterung von Handlungsmöglichkeiten. Hierfür müßte auch der gegenwärtige Abbau der institutio-

nellen Vielgestaltigkeit unserer Gesellschaft gestoppt werden. Eine vielfältige Gesellschaft ist Voraussetzung dafür, daß unterschiedliche Interessen realisiert und alternative Lebensweisen möglich werden. Geklärt werden muß auch die Frage, ob es der Forderung nach humanen Lebensbedingungen gerecht wird, wenn sich der kapitalistische Charakter der marktwirtschaftlichen Prozesse, wie augenblicklich, immer ungehemmter entfalten kann. Eine neue Sozialstaatskonzeption wird dem auch mit dem verstärkten Ausbau demokratischer Elemente in der Wirtschaft begegnen müssen.

Wenn es wirklich neue sozialstaatliche Chancen geben soll, so nur in enger Verzahnung mit einer erneuerten Gesellschaft als eines eigenwertigen Ziels, mit ausgeweiteten demokratischen Strukturen, und - neben der notwendigen Beschäftigungspolitik - vor allem einer neuen, auf Chancengleichheit gerichteten Politik. Nur wenn jedes Mitglied der Gesellschaft herkunftsunabhängig mit Aussicht auf Erfolg nach jedem in dieser Gesellschaft als legitim geltenden Ziel streben kann, nur wenn

von jeder Position her gesellschaftliche Mitgestaltungsmöglichkeiten wahrgenommen werden können, nur wenn jeder einer sinnstiftenden Arbeit nachgehen kann, sei es im Erwerbsbereich oder im Nichterwerbsbereich, haben Solidarität und eine lebendige Demokratie auf Dauer eine realistische Chance.

- ¹ Vgl. hierzu auch meinen Aufsatz: Die Gefährdung sozialpolitischer Gestaltungsspielräume durch die Diskreditierung sozialpolitischer Muster als SED-spezifisch in: Sozialer Fortschritt, Heft 1/1992.
- ² Vgl. u.a. Döring, D./Hanesch, W./Huster, E.U. (Hg.): Armut im Wohlstand, Frankfurt/Main 1990.
- ³ Vgl. Hans-Hermann Hartwich: Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher Status Quo, Bd. 1, Köln und Opladen 1970.
- ⁴ Vgl. Ulrich Mückenberger: Sozialstaat und Individualität, in: Im Wettstreit der Ideen. Reform des Sozialstaats, hrsg. von Monika Wulf-Mathies, Köln 1991.
- ⁵ Vgl. Hermann Heller: Gesammelte Schriften, 2 Bde., Leiden 1971. Weiteres ist sehr gut bei Hartwich, a.a.O., dargestellt; die erste sozialliberale Koalition hat noch einige Elemente der ursprünglichen linken Position wieder aufgenommen.
- ⁶ Siehe Wolfgang Müller und Christel Neusüß: Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, in: Sozialistische Politik, 2. Jahrgang Heft 6/7, 1970.
- ⁷ Johano Strasser: Grenzen des Sozialstaats? 2. überarb. und erw. Auflage, Köln 1983.

- ⁸ Vgl. u.a. Badura, B./Groß, P.: Sozialpolitische Perspektiven. Eine Einführung in Grundlagen und Probleme sozialer Dienstleistung, München 1976.
- ⁹ Vgl. neben anderen Schriften von Achinger besonders: Gefahren der Institutionalisierung in der Sozialpolitik, in: Sinnvolle und Sinnwidrige Sozialpolitik, Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Tagungsprotokoll Nr. 12, Ludwigsburg 1959; vgl. auch Christian von Färber: Sozialpolitik in der Wohlstandsgesellschaft, Hamburg 1969.
- ¹⁰ Achingers Gedanke eines "Vollmachtsrechts des Sozialarbeiters" ist vor allen Dingen von Viola Gräfin Huc vertreten worden; siehe ihr Buch: Das Sozialleistungssystem in der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1965.
- ¹¹ Olaf Sund: Die Entwicklung des Rechtsanspruchs in der sozialpolitischen Nachkriegsgeschichte, in: Sozialpolitik nach 1945, Geschichte und Analysen, Festschrift für Ernst Schellenberg, hrsg. von Reinhart Bartholomäi u.a., Bonn-Bad Godesberg 1977.
- ¹² Mückenberger, a.a.O.
- ¹³ Vgl. Walter Hanesch u.a.: Armut in Deutschland, hrsg. vom Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband - Gesamtverband - in Zusammenarbeit mit der Hans-Böckler-Stiftung, Rheinbek bei Hamburg 1994. Daß es in der deutschen Gesellschaft weiterhin traditionelle Ungleichheitsrelationen gibt, hat neuerdings auch Michael Vesper gezeigt; vgl. seinen Bericht: Zwischen Distinktions- und Volksklassenmentalität, Frankfurter Rundschau vom 5. September 1994, gekürzt enthalten in: Benz-Overhage, K./Jüttner, W./Peter, H. (Hg.): Zwischen Rätesozialismus und Reformprojekt, Köln 1994, S. 105-115.

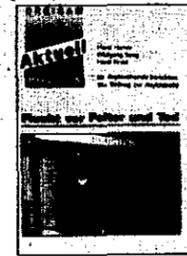
DREISAM Politik: Themen, die uns angehen



A. Kalpaka/N. Rätzkel (Hg.)
Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein
Warum jeder betroffen ist: Rassismus in Politik, Kultur und Alltag
ISBN 3-89452-413-9
19,80 DM, 160 Seiten



Brigitte Erler
Tödliche Hilfe
Dienstreise in Sachen Entwicklungshilfe
ISBN 3-89452-218-6
19,80 DM, 108 Seiten



H. Hamm/W. Jung/
H. Knott (Hg.)
Flucht vor Folter und Tod
Asylsuchende berichten
ISBN 3-89452-385-9
19,80 DM, 160 Seiten



B. Nirumand (Hg.)
Im Namen Allahs
Islamische Gruppen und der Fundamentalismus in der BRD
ISBN 3-89452-307-7
19,80 DM, 168 Seiten

Für alle, die am Zeitgeschehen Anteil nehmen und die sich von den Themen unserer Zeit betroffen fühlen, sind die Bücher aus der **DREISAM-Politik-Reihe** eine wahre Fundgrube: Bücher nämlich, die auch hinter die Kulissen schauen: engagiert, (selbst-)kritisch, menschlich ... Die zum Beispiel die tödlichen Machenschaften in der offiziellen **Entwicklungspolitik** ebenso schonungslos aufdecken wie den tief verwurzelten **Rassismus** im eigenen Herzen. Und vor allem: Bücher, in denen Betroffene ebenso zu Wort kommen wie die „Offiziellen“ und die „Macher“ von Medien, Presse und Ämtern ...

Das "Berlusconi-Phänomen"

oder: Telekratie als neue Dimension der Entgrenzung des Politischen

von Ewald Kandziora*



Man ist sich weitgehend einig darüber, daß der Wahlsieg Berlusconis bei den jüngsten italienischen Parlamentswahlen eine neue Ära des Politischen eingeleitet hat, die mit den herkömmlichen Termini schwer faßbar ist und das traditionelle westliche Demokratieverständnis vom Kopf auf die Füße stellt.

Das "Phänomen Berlusconi" reicht in seiner Bedeutung weit über Italien hinaus, weil in ihm allgemeinere gesellschaftliche und politische Umbruchtendenzen zum Ausdruck kommen, die in den westlichen Demokratien künftig eine immer wichtigere Rolle spielen werden. Meine These lautet, daß die telekratische Umformung der Demokratie in den hochentwickelten Industriegesellschaften Bestandteil eines Trends ist, der ökonomisch eindeutig zu demo-autoritären Systemen geht, in denen die manipulativ-repressive Komponente zunehmen wird, um die Wirtschaft aufrechtzuerhalten und die Leute, denen es noch einigermaßen gut geht, zu schützen¹. Dieser Trend hat seine tieferen Ursachen darin, daß sich mit dem Ende des Ost-West-Konflikts und dem vorläufigen

Sieg des westlichen Systems im Weltmaßstab in den westlichen Ländern ganz neue Bedingungen und Möglichkeiten für das von Chomsky so bezeichnete "engineering of consent"² eröffnen. Daß aber andererseits durch die zunehmende internationale Konkurrenz um Arbeit und die Globalisierung der Wirtschaft die Ungleichheit und der Kampf ums Überleben auch in den ökonomisch etablierten Ländern viel härter wird, während gleichzeitig die nationalen politischen Handlungsspielräume immer enger werden. Die Medien mutieren unter diesen Bedingungen zu einer Art Ersatz-Politik, die - neben der Proliferation der Sicherheitsindustrien - die Aufrechterhaltung einer Entwicklung gewährleisten soll, bei der es denjenigen, die Arbeit haben, relativ gut geht und immer breiteren Schichten relativ schlecht. Aus der Perspektive der Systemstabilisierung reduziert sich ihre Funktion darauf, dazu beizutragen, eine solche Situation so lange wie möglich gesellschaftspolitisch durchzuhalten.

Ausgehend von dieser These wollen wir in einem ersten Abschnitt versuchen, das veränderte Wirkungsumfeld nachzuzeichnen, in dem sich die zunehmende mediale Entgrenzung des Politischen abspielt. Im darauffolgenden Ab-

schnitt wollen wir darauf eingehen, durch welche hauptsächlich Merkmale diese Entwicklung charakterisiert ist. Wir legen dabei unser Augenmerk auf die Kommerzialisierung von Politik, die Umwertung ihrer zeitlichen Dimension und Substanz, sowie die Vertikalisierung von Politikmustern. Schließlich wollen wir in einem letzten Abschnitt die Frage beantworten, ob den telekratischen Tendenzen in den westlichen Industrieländern auf Dauer Erfolg beschieden sein kann und welche Schlußfolgerungen daraus für das künftige Demokratieverständnis abzuleiten sind.

In den hochentwickelten westlichen Industrieländern haben die Medien nie, und vielleicht nicht einmal in erster Linie, nur die Rolle einer vierten Gewalt gespielt. Aus Chomskys Sicht ist die Funktion der Medien, die Öffentlichkeit dazu zu befähigen, eine wirksame Kontrolle über den politischen Prozeß auszuüben, eher am Rande von Bedeutung. Ihr eigentlicher "gesellschaftlicher Zweck" bestünde darin, das Denken der Leute in Richtung auf eine affektive Bindung an ihre Regierung im besonderen, die herrschenden sozialen, ökonomischen und politischen Arrangements im allgemeinen zu trainieren³. Der Bürger ist in dieser Perspektive Konsument. Beobachter, aber nicht Teilnehmer. Die Öffentlichkeit hat das Recht, Politiken, die anderswo entstehen, abzusegnen. Aber nun unterscheidet sich die heutige Situation von der Vergangenheit eben gerade dadurch, daß es den herrschenden Eliten in den hochentwickelten Industrieländern zunehmend schwerer fällt, die "öffentliche Meinung" auf "sozial konstruktive" Werte und Ziele einzuschwören. Vielmehr macht das Wort von der "Politikverdrossenheit" die Runde, weil keine der etablierten Parteien die Probleme mehr lösen kann. Diese betreffen - neben der Finanzkrise des Staates und der sozialen Sicherungssystem - vor allem die sich ausbreitende, dauerhaft hohe strukturelle Massenarbeitslosigkeit und die damit einhergehenden gesellschaftlichen Spaltungstendenzen.

Der Einbruch der Medien in die Politik

Der von Chomsky hervorgehobene ideologisch-instrumentelle Charakter der Medien nimmt in diesem Kontext eine völlig neue Qualität an. Bestand aus der Sicht der herrschenden Eliten seit jeher eine ihrer wesentlichen Funktionen darin, die Menschen an den sozialen Rändern "ruhigzustellen" und über die Projektion ihrer Wünsche, Sehnsüchte, und unterdrückten Aggressivität in der virtuellen Realität zu verhindern, daß soziale Not zu steigender Gewaltbereitschaft führt, so hat der heutige Einbruch der Medien in die Politik vor allem den Zweck, deren schleichenden Legitimitätsverlust durch die Perpetuierung politischer Allmachtsphantasien zu konterkarieren. Dies geschieht in der Praxis vor allem auf zweierlei Art und Weise: Erstens durch die Übersteigerung der Dichotomie "Alt-Neu", die suggeriert, daß einzig und allein das "Neue", weil unverbraucht und nicht durch das "Alte" korrumpiert und kompromittiert, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu lösen imstande ist. Der Zusammenbruch des Versuchs, eine Alternative zum Kapitalismus zu formulieren, hat diesem Unterfangen kräftige Hilfestellung geleistet⁴. "Neu" ist seither alles, was den umfassenden und endgültigen Sieg des Liberalismus und Kapitalismus postuliert, ohne nach dem weiteren Schicksal der Menschheit zu fragen. Was der Hauptströmung liberal-konservativer Ideologie möglichst nahekommt, die sich seit 1989 darauf konzentriert, "... jeden Gedanken, es könne eine Alternative zur siegreichen 'liberalen Gesellschaft' geben, als nicht nur absurd, sondern schlichtweg totalitär (denunziert)"⁵. Was alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte, die sich dieser Einsicht entgegenstellen, als "alt" abtut und den einzigen Grund, daß sie sich zu dieser Einsicht nicht durchzurängen vermögen, in einer affektiven Bindung an den gescheiterten Versuch, eine Alternative zum Kapitalismus zu formulieren, erblickt. Berlusconi, der - unterstützt durch sein Fininvest-Medienimperium - dieses Spiel mit den Progressisten in Italien spielte, ist in dieser Hinsicht nur ein Beispiel unter vielen anderen. Er steht, zusammen mit den diversen Perots, Collor de Mellars, Ballardurs, Majors für das "Reagan-Phänomen", das einen Vorgeschmack auf die Richtung gibt, "... in which capitalist de-

mocracy is heading, with the progressive elimination of labor unions, independent media, political associations, and, more generally, forms of popular organization that interfere with domination of the state by concentrated private power"⁶.

Das andere Betätigungsfeld, auf dem die Medien ihren Beitrag dazu leisten, den Funktionsverlust des Politischen zu kaschieren, ist die Bedienung der Sehnsucht nach und die Erzeugung von Wunderheilern. Hier gilt, was Lietta Tornabuoni für Italien so beschrieben hat: "Bisher wurde der Traum in der Politik nicht sonderlich geschätzt, etwa so wie die Utopie... Träumer und Utopisten wurden von den Pragmatikern und Rationalisten der Politik umstandslos verlacht und verspottet. Heute jedoch ist alles ganz anders. Der Fähigkeit, den Italienern 'einen Traum anzubieten', einen

Berlusconi hat sich nicht wählen lassen, um ein Programm zu verwirklichen, sondern ein "Programm" in die Welt gesetzt, um sich wählen zu lassen.

Teletraum überdies, wird voller Bewunderung ein Gutteil des Wahlsiegs von Forza Italia & Co. zugeschrieben. Umgekehrt wird die Niederlage der Linken deren "Unfähigkeit zu träumen", den Wählern "einen Traum zu geben" und träumerische Geschichten zu erzählen, zugeschrieben... Als Hauptfehler der Linken gilt jetzt, daß sie der Wirklichkeit den Vorzug gegeben hätten, der Analyse der Probleme, der Nachdenklichkeit und der kritischen Kultur. Ihre Niederlage ist der schlechten Angewohnheit geschuldet, Intelligenz und Rationalität der Wähler zu respektieren...⁷.

Die zunehmende Tendenz, die heile Welt der Medien auf die politische Bühne zu projizieren und Politiker als Ersatzhelden vom Typ eines Arnold Schwarzenegger zu präsentieren, hat ihren Ursprung in den ihr zugrundeliegenden gesellschaftlichen Widersprüchen. Während einerseits noch bis vor kurzem in den hochentwickelten Industrielän-

dern ein zuvor nie bekanntes Maß an materiellem Wohlstand, an Konsummöglichkeiten, auch an sozialen Sicherungen für große Bevölkerungsteile gegeben war, wächst keineswegs die allgemeine Zufriedenheit. Im Gegenteil: Es wachsen Bedrohungs- und Zukunftsängste, es wachsen Aggressivität und Brutalität. Es wachsen Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit. "Der Widerspruch springt ins Auge, aber er scheint leicht lösbar zu sein: Es wäre hinzuweisen darauf, daß gerade in den letzten Jahren im Gefolge der Wirtschaftskrise und der Deregulierungspolitik die Massenarbeitslosigkeit ansteigt und die soziale Absicherung für viele schwindet. Ungesicherte Arbeitsverhältnisse nehmen zu. Und alle Prognosen sehen düster aus. Nur ein Drittel der Beschäftigten hält den eigenen Arbeitsplatz für gesichert. Da ist es klar, daß die Angst um den sozialen Besitzstand zunimmt und daß die Bereitschaft wächst, solchen politischen Botschaften zu folgen"⁸. Anziehungs- und Orientierungspunkt sind die neuen Messiasse, die sich der Macht der virtuellen Realität zum Zaubern bedienen und deren mediale Omnipräsenz ebenso eine Omniproblemlösungscompetenz vortäuscht wie sie - realiter - die Politik ihrer demokratischen Substanz beraubt und das Volk entmündigt. Wie, soll Inhalt des nächsten Abschnitts sein.

Die Kommerzialisierung des Politischen

Mit der medialen Entgrenzung des Politischen wird die Politik zum Kommerz. Der Politiker bzw. sein Programm werden zum Produkt, das sich an den Kunden - den Wähler - möglichst gut verkaufen muß. Wie so etwas geht, hat Berlusconi in Italien beispielhaft vorgeführt: "Wie immer, wenn er sich etwas Großes vornimmt, bereitet sich Berlusconi auch auf seinen Einstieg in die Politik äußerst akkurat und umfassend vor. Bereits im Juni vergangenen Jahres setzte er sich mit einigen Spitzenleuten aus seinen Unternehmen, mit Wissenschaftlern und Experten aus der Markt- und Meinungsforschung zusammen. Sie sollten eine Politik entwerfen, welche die Italiener annehmen würden, als hätten sie schon lange darauf gewartet. Dazu benutzten die Berlusconi-Helfer das Marketing-Verfahren von 'focus-groups' ... In acht solcher Gruppen, die über ganz Italien verteilt waren und einem repräsentativen Bevölke-

* Ewald Kandziora M.A. M.A.I.A., Politikwissenschaftler und Publizist, Bologna

Denken ist etwas, das auf Schwierigkeiten folgt und dem Handeln vorausgeht. (Brecht)



Die Schwierigkeiten sind offenkundig: in Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Politik. Und vier weitere Jahre Kohl produzieren ein Desaster. Durch Analysen begründete Alternativen müssen her. Deshalb

Sozialismus abonnieren!

- Unsere Themen:
- Woher kommt die Stabilität des Neokonservatismus?
 - Nation: Sinnstiftung der Rechten
 - Ende des Wohlfahrtsstaates
 - Vollbeschäftigung: eine machbare Strategie
 - Forum: Erneuerung der Gewerkschaften
 - Europa nach dem Zerfall des Osten
 - USA/Japan/EU: Konkurrenz im Triadenkapitalismus
 - Das »Vergessen« der Dritten Welt

Jahresabo: DM 95,- (incl. Porto)

Bestellcoupon für ein Probeheft:

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

An: Redaktion Sozialismus
Postfach 50 15 71, 22715 Hamburg
Tel. 040/899 25 61; Fax 89 40 84

rungsquerschnitt entsprachen, ließen sich die Abgesandten des Medienfürsten genau erklären, wie sich die Wähler ihre Politiker wünschten und was sie inhaltlich von ihnen erhofften. Und so konnte es geschehen, daß Berlusconi seinen Zuhörern immer das zu erzählen wußte, was sie schon immer gern hören wollten...⁹. Das Verhältnis zwischen Politiker und Bürger reduziert sich, wie in der Fernsehwerbung, auf das zwischen Produzent und Konsument. Hierdurch verrücken auch die herkömmlichen Maßstäbe für Politik bzw. diejenigen ihrer Protagonisten. Gefragt sind weniger politische Programme, die zumindest ihrem Anspruch nach auf Realitätsbewußtsein und Problemlösungskompetenz setzen. Diese könnten den verunsicherten Bürger vor den Kopf stoßen oder gar sein Vertrauen in die Politik erschüttern. Gefragt hingegen ist ein "marktstrategisch aufbereiteter bunter Strauß schöner Versprechungen"¹⁰, der der Politik alles das zutraut, was der Wähler gerne von ihr haben möchte. Diese Versprechungen beinhalten Alles und Nichts zugleich. Wie in der Werbung zählt nicht der Inhalt, sondern die Verpackung. Berlusconi ist hier wiederum nur ein Beispiel unter vielen.

Eine Million neuer Arbeitsplätze, weniger Steuern, höhere Pensionen, mehr Konsum für die Familien, Markt pur und mehr Solidarität für die Schwächeren, weniger Staatsschulden, ohne allerdings die Privilegien der Stärkeren und Steuerhinterzieher anzutasten - die (häufig aufgeworfene) Frage, ob sich ein solches Programm auch verwirklichen ließe, ist schon im Ansatz falsch gestellt. Natürlich läßt es sich nicht verwirklichen. Dies ist aber auch nicht der ihm zugrundeliegende Zweck. Berlusconi hat sich nicht wählen lassen, um ein Programm zu verwirklichen, sondern ein "Programm" in die Welt gesetzt, um sich wählen zu lassen. Er selbst ist ein Kunstprodukt, genauso wie seine Bewegung "Forza Italia". Jeder andere, der ähnliche Voraussetzungen erfüllt, hätte an seine Stelle treten können. Nicht auf politische Erfahrung oder gar Sachwissen kommt es für den politischen Repräsentanten in der Ära der medialen Entgrenzung des Politischen an, sondern auf sein appeal, auf die Fähigkeit zur Selbstdarstellung, auf die Kunst, sich besser als der Gegner zu verkaufen und zu vermarkten. Auf die Kunst, dem Volk aus der Seele zu sprechen und - wie in der Werbung - die niederen Instinkte für die

eigene Sache zu mobilisieren. Eine ernsthafte und politisch konstruktive Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner findet unter diesen Umständen nicht mehr statt. Die politischen Akteure sind vollständig atomisiert, die wechselseitige Aufnahme- und Lernfähigkeit, wenn nicht gar die Möglichkeit für einen zivilen Umgang miteinander tendiert gegen Null. Und das Volk? Das Volk ist in einem solchen Verständnis von Politik Stimmvieh, wie es am Markt Konsumentenvieh ist. Es wäre bei dieser ganzen Veranstaltung aus der Sicht seiner Protagonisten eigentlich überflüssig, wenn, ja wenn es nicht als Adressat dafür bestimmt wäre, ihre Herrschaft formell zu legitimieren.

Die Möglichkeiten, sich diesem Spiel über Stimmenthaltung zu verweigern, sind begrenzt. Während am Markt der Konsument zumindest theoretisch ein Unternehmen in den Ruin treiben kann, wenn er mit seiner Kaufentscheidung massenhaft dessen Produkt boykottiert, ist dies am politischen Markt schon etwas schwieriger. Überspitzt ausgedrückt: Auch bei 10 Prozent Wahlbeteiligung lassen sich Mehrheiten bilden, obwohl die demokratische Legitimationsbasis unter diesen Bedingungen ad absurdum geführt wird. Die mediale Entgrenzung der Politik ist politischer Zynismus in Reinform. Die einzige Hoffnung, diesem Zynismus ins Auge zu blicken, besteht in der Selbsterstörung dieser Form von Politik.

Die Kultivierung des Vergessens

Der Souveränitätsverlust der Politik findet seine Entsprechung in ihrer Revolutionierung durch den Bildschirm: "Die dritte Revolution (nach der industriellen und der des Verkehrs - d. Verf.) hat die Schrift durch das Bild ersetzt. Der Bildschirm ist alles, was man sofort vergißt, alles, was blendet und fasziniert, aber keine Spuren hinterläßt. Der Bildschirm transportiert das Vergessen, er ist das industrialisierte Vergessen. In diesem Sinn ist Italien die Avantgarde des Vergessens, das Ende der Politik, das Ende der Demokratie"¹¹. Das totalitäre Moment, das Politik in einer zeitlosen Gegenwart verortet und ihre Wirkungen von den situativen Bedingungen des unmittelbaren Augenblicks her definiert, ist zugleich Reflex der zunehmenden Ohnmacht von Politik wie der Absicht ihrer Protagonisten, das öffentliche Bewußtsein hiervon

zu tilgen. Durch die Beschränkung des Politischen auf eine Sequenz isolierter, spektakulärer live-acts wird Politik der Notwendigkeit enthoben, sich an längerfristigen Zielvorgaben messen lassen zu müssen. Wo politische Programme und Versprechungen tagtäglich relativiert werden, stellt sich die Frage nicht mehr, ob sie auf Dauer realistisch sind. Heute eine Million versprochene Arbeitsplätze, morgen 300.000 - Politik degeneriert zu einer Art Pseudo-Inkrementalismus, bei dem hinter dem kurzfristigen Augenblickserfolg in der Vergangenheit verfolgte bzw. weiter gesteckte Ziele verschwinden und schließlich verschwinden.

Voraussetzung für die öffentliche Akzeptanz dieses Vorgehens ist allerdings, daß derselbe Pseudo-Inkrementalismus als tatsächlicher Inkrementalismus, d.h. als zielgerichtete und kohärente schrittweise Abarbeitung früherer Zielvorgaben präsentiert wird. Politische Entscheidungen, selbst wenn sie nur zu bescheidenen Erfolgen führen, müssen als die im jeweiligen situativen Kontext optimalen Lösungen ausgegeben werden, die - wenn sie nur in die Zukunft hinein verlängert würden - schon zum Ziel führen würden. Auf dieser Ebene müssen sich denn auch ein paar vorzeigbare Erfolge einstellen, wenn das ganze Vorgehen nicht unglaubwürdig werden soll. Eine weitere Bedingung für Akzeptanz dieser Strategie ist, daß aktuelle Entwicklungstendenzen, die im Widerspruch zu den Augenblickserfolgen stehen, konsequent ausgeblendet werden (so weist z.B. die Regierung Berlusconi darauf hin, daß in kürzester Zeit mehrere hunderttausend Arbeitsplätze geschaffen werden können, erwähnt aber mit keinem Ton, daß 1994 Arbeitsplätze in einer ähnlichen Größenordnung verloren gehen). Doch hierin erschöpfen sich die Kosten der Organisation des Vergessens nicht. Weil das Publikum verwöhnt ist und werden will, muß Politik spektakulär sein. Gefragt sind Skrupellosigkeit, Kühnheit und die Inszenierung von Überraschungseffekten. Wie im Club Mediterranee muß dem Kunden jeden Tag Abwechslung geboten werden. Politik wird zur Show und Showstars sind rar. Nimmt der politische Gegner an der Show teil, umso besser, weil hierdurch der Unterhaltungswert steigt. Sobald sich im Publikum Langeweile ausbreitet, könnte der Kurswert der Showstars sinken und auf Dauer dazu führen, daß sie sich eine

andere Beschäftigung suchen müssen. Dies soll durch die Organisierung des Vergessens aber gerade verhindert werden, denn: The show must go on.

Die Vertikalisierung von Politikmustern

Wichtigstes Charakteristikum der medialen Entgrenzung des Politischen ist die Stilisierung des Politikers zum Helden. Der Politiker wird zum "uomo destinato alla storia", zu einer Gestalt der Geschichte, und entsprechend archaisch ist das Politikverständnis, das dem neuen starken Mann zugeschrieben wird¹². "Es ist nicht wichtig, ob er diesen Erfolg seiner guten Witterung verdankt, der Marktforschung oder der politischen Leidenschaft. Es ist auch unwichtig, daß

Der politische Führer ist im Zeitalter der Technopolitik immer weniger auf jene intensive Vermittlung angewiesen, die sich in einer Partei verkörpert.

er sich dabei der Mittel bedient, über die er verfügt, z.B. des Fernsehens. In jeder Epoche und überall haben sich die Sieger großer politischer Kämpfe, um ihre Gegner zu schlagen, aller für sie greifbaren Mittel bedient: der Möglichkeit, Land zu verteilen, beispielsweise, oder der Verzweigung ausgehungerter Massen¹³. Heute sind die Mittel, der sich die neuen Politikermessiasse bedienen, andere. Der bekannte italienische Psychiater Vittorino Andreoli hat die These aufgestellt, daß das heutige (Wähler) Publikum einen verzweifelten Bedarf an Helden hat¹⁴. Er begründet diese These folgendermaßen: "In Gesellschaften wie der unsrigen ist es (für den einzelnen - d. Verf.) praktisch unmöglich, Protagonist zu sein. Wir sind vermasst, homogenisiert, kloniert. Zuweilen meint man, außergewöhnliche Taten zu vollbringen, bis man entdeckt, daß alles schon im Vorhinein organisiert ist. Und dieses unerfüllte - Verlangen nach Protagonismus wird auf große und kleine Helden projiziert: Man lebt nicht mehr in der Alltäglichkeit, sondern man delegiert seine unerfüllten Sehnsüchte und Wün-

sche an einen Helden, der - definitionsgemäß - Außergewöhnliches vollbringen muß..."¹⁵. Politiker können, wenn sie es geschickt anstellen, unter diesen Umständen genauso gut zu Helden avancieren wie Sportstars oder Schauspieler. Allerdings beruht die Konsensfähigkeit auf denselben soziopsychischen Mechanismen, denen zufolge Jugendliche, die von Autobahnbrücken Felsbrocken auf vorbeifahrende Autos werfen, und dabei unschuldige Passanten töten, von gleichgesinnten Jugendlichen Zustimmung und Bewunderung erfahren; oder denen zufolge der Veroneser Pietro Masi, der seine Eltern kaltblütig umbrachte, um ein sorgenfreies Leben führen zu können, Hunderte von Briefen erhält, in dem ihm andere Jugendliche ihre Zuneigung aussprechen, weil ihm gelungen sei, was sie nur zu denken wagten¹⁶.

Mit der Identifikation des Politikers als Held wandeln sich gleichzeitig die demokratischen Grundlagen von Politik. Die Politik wird mit einer Person identifiziert. Die politische Kommunikation erfolgt ausschließlich vertikal, sie verläuft vom omnipotenten und eloquenten Leader abwärts auf die schweigenden und passiven Bürger zu. Oder diese werden, schlimmer noch, in Megaphone oder Verstärker des souveränen Führer-Wortes transformiert. Der politische Führer wiederum ist im Zeitalter der Technopolitik immer weniger auf jene intensive Vermittlung angewiesen, die sich in einer Partei verkörpert. Die Herrschaft über die Medien macht ihn weitgehend unabhängig von Raum und Zeit, sie gestattet ihm eine dauernde und autonome Präsenz an den unterschiedlichsten Orten und zu den unterschiedlichsten Anlässen. Es kommt zu einer einzigartigen Ubiquität und, mit dieser verbunden, dazu, daß der Leader nicht mehr auf das Maß der anderen Subjekte zu reduzieren ist¹⁷. Innerparteiliche Demokratie kommt in dieser Politikkonzeption nicht mehr vor. Wo es gilt, die Truppen hinter den Führer und Helden zu scharen, um gegen den politischen Gegner ins Feld zu ziehen und ihn aus dem Feld zu schlagen, sind bedingungslose Loyalität, Hingabe und Opferbereitschaft und nicht die Artikulation abweichender Vorstellungen und Interessen gefragt. Berlusconi z.B. hat die Führungsgarnitur seiner politischen Bewegung "Forza Italia" ausschließlich aus ihm ergebenen Managern seiner Fininvest-Holding gebildet¹⁸. Widerspruch in den einzelnen Sektionen von

"Forza Italia", die wie in den vormals sozialistischen Ländern streng zentral organisiert ist und nach den Prinzipien des "demokratischen Zentralismus" funktioniert, wird nicht geduldet. Fraktionsbildung käme der Ketzerei gleich. Bei öffentlichen Auftritten sucht sich Berlusconi sein Publikum selbst aus. Und in öffentlichen Diskussionen mit dem politischen Gegner tritt Berlusconi nur dann in Erscheinung, wenn ihm bezüglich der Fragen bzw. der Tagesordnung ein Vetorecht eingeräumt wird. Im Zeitalter der medialen Entgrenzung der Politik werden solche Methoden, die Aldous Huxleys Vision von der "schönen neuen Welt" in den Schatten stellen, zur Selbstverständlichkeit.

Die schleichende Entwertung der Demokratie, die damit einhergeht, nimmt umso größere Dimensionen an, je mehr man sich daran gewöhnt. Auch in dieser Hinsicht ist Italien exemplarisch. Während man - wenn auch zu Recht - im In- und Ausland viel über die Gefahr des Auflebens des Neo- oder Postfaschismus schreibt, ist die telekratische Entwertung der Demokratie in seiner ganzen Bedeutung bisher auch noch nicht

ansatzweise erfaßt worden. Dabei handelt es sich bei dieser Politik um eine neue Form der Militarisierung von Politik, um eine Politik, die vom militärischen Denken ausgeht. Nicht mehr um einen Kampf um ferne Länder und Territorien, sondern um die Beherrschung von Information und Einschaltquoten, bei dem die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit das zu erobernde Terrain darstellt, geht es, und - zusammen mit der Perfektionierung der Sicherheitsapparate und -industrie - um die radikale Ausmerzungen jedweder alternativer gesellschaftspolitischer Zielvorstellung im Denken und im Handeln.

Die Grenzen der Telekratie

Die telekratische Umformung der Demokratie hat beängstigende Ausmaße angenommen. Dies heißt jedoch nicht, daß ihr für alle Zukunft Erfolg beschieden sein muß. Denn ein Restbewußtsein dessen, was Politik eigentlich bedeutet und wofür Politik steht, überlebt trotz der medialen Entgrenzung des Politischen hartnäckig in Teilen der Bevölkerung. Hierfür sorgt nicht zuletzt jene kritische Aufklärung und Berichterstattung, die sich an den Rändern des offiziellen und offiziellen Medienbetriebs (noch) über Wasser hält. Überdies wohnt der Stilisierung des Politikers zum Helden ein großes Risiko inne: Helden verbrauchen sich schnell, insbesondere im TV-Zeitalter. Bleibt die Leistung aus und reduziert sich spektakuläre Politik letztlich auf leere Versprechungen, schaut sich das Volk bald nach neuen Helden um. Diese Gefahr aber ist in der Politik aufgrund ihres zunehmenden Souveränitätsverlust im nationalstaatlichen Rahmen besonders groß. Schreitet der Held nicht zu Taten, wendet sich das Volk alsbald wirklichen (vermeintlichen) Helden zu, die ihren markigen Worten auch Taten folgen lassen - durch aggressive Ausgrenzung nicht folgebereiter Bevölkerungsteile nach innen und expansionistische Politik nach außen. Auch hier ist Italien ein Vorreiter: "Gelingt es der Opposition nicht, eine realistische Alternative zur Politik des Kabinetts Berlusconi in der Öffentlichkeit zu verdeutlichen, dürfte der weitere Aufstieg des Neofaschismus nicht aufzuhalten sein. Berlusconi sorgt für die gesellschaftliche Reputierlichkeit der Alleanza Nazionale. An dem Sanierungskurs sind diese Kräfte im

Grunde nicht beteiligt. Umso unbeschadeter werden sie im Falle eines politischen Fiaskos das politische Erbe übernehmen"¹⁹.

Aber es gibt noch eine weitere, heute weniger beachtete Alternative zur Telekratie. Die Möglichkeit nämlich, daß sich das Volk mit einem Paukenschlag seiner Messiasse entledigt und sich zusehender wieder jene gesellschaftlichen und politischen Freiräume aneignet, die für eine funktionierende Demokratie unverzichtbar sind. Hierzu bedarf es allerdings jenes immer wieder einmal beschworenen Ausbruchs aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit, um dessen Realisierungsbedingungen es heute schlechter denn je bestellt ist.

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu das Interview mit Wolf-Dieter Narr, in: Der STERN 6/1994, S. 134
- 2 Vgl. Chomsky, N.: Necessary Illusions. Thought Control in Democratic Societies, Boston 1989, p.16
- 3 Wichtig zu wissen ist in diesem Zusammenhang, daß Chomsky weit davon entfernt ist, eine Art "Verschwörungstheorie" der Medien zu konstruieren. Vielmehr sind die Medien selbst Teil der in den sozioökonomischen Machtverhältnissen wurzelnden ideologischen Uniformierung aller gesellschaftlichen Bereiche: "...those who occupy managerial positions in the media, or gain status within them as commentators, belong (usually - d. Verf.) to the same privileged elites, and might be expected to share the perceptions, aspirations, and attitudes of their associates, reflecting their own class interests as well. Journalists entering the system are unlikely to make their way unless they conform to these ideological pressures, generally by internalizing the values; it is not easy to say one thing and believe another, and those who fail to conform will tend to be weeded out by familiar mechanisms" (p.8).
- 4 Vgl. dazu den brillanten Aufsatz von Kühnl, R.: Gesellschaft im Umbruch. Versuch, einen Überblick zu gewinnen, in: B.f.dt.u.int.Politik 6/1994, S.748
- 5 Ebd.
- 6 Chomsky, a.a.O., (Anm. 2), p.5
- 7 Lietta Tornabuoni, in: "La Stampa" v. 7.4.1994, zit. nach Bredthauer, a.a.O. (Anm. 1), S.560
- 8 Kühnl, a.a.O. (Anm. 4), S.747
- 9 "Der Spiegel" 14/94, S.147
- 10 Ebd.
- 11 Gespräch mit Virilio, a.a.O. (Anm. 3), S.53
- 12 Vgl. Bredthauer, Karl D.: Keine Angst, sagen die Sieger. Italienische Nachwahldebatten, in: B.f.dt.u.int. Politik 5/94, S.558
- 13 Vgl. "Il Giornale" v. 31.3.94, zit. nach Bredthauer, a.a.O., S.558
- 14 Vgl. das Interview mit Vittorino Andreoli in: "Il Venerdì", Beilage zu "La Repubblica" v. 20.5.1994, S.42ff.
- 15 Ebd., S.47
- 16 Diese Beispiele sind dem Gespräch mit Andreoli entnommen, vgl. Anm. 15, S.47
- 17 Vgl. dazu den interessanten Artikel von Stefano Rodotà "Il golpe con la tv", in: "La Repubblica" v. 6.4.1994, zit. nach Bredthauer, a.a.O., S.562
- 18 Vgl. Romeo, Antonella: Ideologen und Videologen. Aus dem Innenleben von Silvio Berlusconi Forza Italia, in: Die ZEIT v. 6.5.1994, S.7
- 19 Bischoff, J.: Neuanfang?, in: SOZIALISMUS 6/94, S.4

"Information highway"

Moderne Industriepolitik?

von Ulrich Lünstroth*

Bundesrepublik haben kann, soll im folgenden beschrieben werden.

Auf dem "information highway" ins nächste Jahrtausend

Als Angebot an die innovativen Teile der Industrie, haben Bill Clinton und Al Gore bereits im Wahlkampf ihre Vision von einem neuerlichen technologischen und ökonomischen Aufstieg Amerikas durch die Entwicklung, die Installierung und den Betrieb eines landesweiten und superschnellen Datennetzes vorgestellt. Die Vernetzung zunächst aller großen Zentren der USA mit ISDN-fähigen Leitungen und die sich im zweiten Schritt ergebende Aufsplitterung bis in die einzelnen Haushalte ist die Grundlage für das Innovations- und Investitionsangebot an die Industrie. Alleine in dem Komplex der Vernetzung bewegt man sich bei Investitionssummen von Milliardenhöhe, aber das ist technisch eher der "lower level"-Teil des Projektes. Denn eigentlich bedeutet dieses Vorhaben ja "nur" die Glasfaservernetzung der USA, ein theoretisch und technisch bereits jetzt lösbares Projekt.

Das wirkliche Innovationsfeld liegt bei der Entwicklung und Optimierung von Geräten, die die Leistungsfähigkeit der Glasfasernetze auch adäquat und umfassend nutzen können. Denn die potentielle Datenübertragungsmenge wird so groß sein, daß sich sowohl im Bereich der industriellen Nutzung wie auch bei der Kommunikation ganz neue Felder und Dimensionen auftun werden. Denkbar sind im industrielle Bereich umfassende Formen der Dezentralisierung und Vernetzung von Arbeitsabläufen und Entscheidung, z.B. mit der Trennung von Leitungsfunktionen, Programmierung und Produktion über tausende von Kilometern, bei Umsetzung in Sekundenbruchteilen. Die Programmierer kann so in Los Angeles sitzen, die Chefin in New York und die Produktion in New Orleans, ohne das Zeitverluste, selbst bei komplexen Datenmengen entstehen. Trotzdem ist für alle Seiten die Möglichkeit gegeben, sich schnell abzu-

stimmen und Veränderungen vorzunehmen. In einem weiteren Entwicklungsschritt sind auch globale automatisierte Ablauf- und Überwachungsstrukturen denkbar. Ein Zentralrechner könnte so den Produktionsablauf aller Firmen eines Konzerns steuern und überwachen, oder die Kraftwerkskapazitäten eines Landes, eines Kontinents werden zentral und optimal eingesetzt, um Netzverluste zu minimieren... Bei der Kommunikation und im Medienbereich werden interaktive Formen genauso zum Alltag gehören können, wie eine stark individualisierte Auswahl von Angeboten und eine spezifische Ansprache selbst von einzelnen Konsumenten.

Das eigentliche unternehmerische Risiko liegt in der massenhaften Vermarktung der neuen Angebote und Dienstleistung. Für den Bereich der Industrie dürfte das ein geringes Problem sein, die Chancen eines effektiven und schnellen Austausch- und Informationsmediums werden hier bereits freudig erwartet. Spannender ist da schon die Frage, ob es gelingt, die Menschen davon zu überzeugen, daß es für sie interessant ist, 500 Fernsehprogramme zu empfangen, daß sie gerne über das Videophon kommunizieren würden und das sie innerhalb von Minuten Filme, Computerspiele und Hintergrundinformation nach Hause bekommen. Nur bei einer direkten Verankerung der neuen Medien- und Kommunikationsmöglichkeiten bei den BürgerInnen, dürfte sich mittel- und langfristig der Investitionsaufwand für dieses zivile "star wars"- Programm rentieren.

Ohne Frage für die US-Administration ist natürlich die privatrechtliche Erschließung aller dieser Bereiche. Die Regierung übernimmt lediglich die Koordination und die teilweise Risikoabsicherung. Der Bau, die Finanzierung und die Verwaltung der Netze, der Folgetechnologien und der Vermarktung soll an verschiedene Konzerne und Firmenkonsortien vergeben werden. Für den Präsidenten und seinen Vize heißt das Projekt "information highway" deshalb nicht nur Technologieförderung, sondern eine aktive Unterstützung der Umstrukturierung der amerikanischen

* Ulrich Lünstroth, Gütersloh, Bildungsreferent der Jusos NRW

BASTA!

The Times They Are A Changin'

Sonderausgabe des Duisburger Studierendenmagazins BASTA zur Geschichte der StudentInnenbewegung. Herausgegeben vom ASIA und der Linken Liste an der Uni - GH - Duisburg zusammen mit anderen ASIA und links - alternativen Studierendengruppen. 36 Seiten im ZeitungsfORMAT mit Dokumentationsteil (Texte von Dutschke, Kroll u.a.) und einer Bibliographie zur StudentInnenbewegung. Für 3,- DM in Briefmarken zu bestellen bei:

ASIA Uni - GH - Duisburg
Lotharstr. 65
47048 Duisburg

Industrie- und Dienstleistungslandschaft. Denn momentan dürfte noch keiner der großen Konzerne in der Lage sein, selbst Teilelemente dieser Projektes zu organisieren und zu tragen. "Information highway" heißt deshalb auch Herausforderung, Entwicklung und Konzentration einer neuen tragfähigen Kapitalfraktion. Einer Kapitalfraktion im übrigen, die, im Gegensatz zum Risikokapital und den Konsumgüterindustrien, ohne Blockkonflikte auskommt und die ökologisch weitestgehend verträglich sein dürfte.

Im Gegensatz zu bekannten europäischen und deutschen Diskussionsmustern, werden in den USA momentan weniger die Chancen und Gefahren abgewogen, als vielmehr über die Rahmenbedingungen gestritten. Zentrale Konfliktpunkte in der öffentlichen Debatte sind die folgenden Aspekte:

- Die Frage, ob es gelingen kann, auf der geplanten privatwirtschaftlichen Basis, wirklich jeder Bürgerin und jedem Bürger einen Anschluß an den "information highway" zu ermöglichen. Die Regierung hält sich bei dieser Anforderung aus fortschrittlichen Computerkreisen mit Festlegungen zurück, der Industrie sollen möglichst wenig Daumenschrauben angelegt werden.
- Einhergehend mit einer umfassenden Digitalisierung und Vernetzung der Kommunikation möchten sich die Regierung und die Sicherheitsorgane eine Hintertür, in Form eines Software-/Hardware-Schlüssels zu allen Kommunikationsprozessen offenhalten. Diesem Versuch des "Hackens" von Oben, setzt man in den USA die Forderung entgegen, daß die allgemeinen BürgerInnenrechte auch in allen elektronischen Netzen und Kommunikationsprozessen gelten müssen.
- Der dritte Konfliktpunkt ist die Frage der notwendigen Größe der entstehenden Konzerne und der Grad der Monopolisierung. Gore und Clinton befürworten einen möglichst hohen Grad an Integra-

tion der Sektoren Kommunikation, Medien und Computerindustrie in großen Konzerneinheiten (bis hin zu globalen Kooperationen). Dem entgegen stehen auf der einen Seite die verschiedenen BürgerInnenbewegungen, die eher auf die effiziente Vernetzung lokaler und regionaler Strukturen setzen, und auf der anderen Seite, die verschiedenen staatlichen Verwaltungsstrukturen zur Überwachung von Monopolisierungstendenzen.

Über eine politische und praktische Internationalisierung des "information



highways" wird bisher, im Gegensatz zu "star wars", noch nicht diskutiert. Es handelt sich ausdrücklich um ein amerikanisches Projekt, das die amerikanische Industrie fit machen soll für das nächste Jahrtausend. Die Zurrückverlangung der internationalen technologischen und innovatorischen Hegemonie durch die US-Industrie, scheint für die Clinton Regierung vor einem gemeinsamen internationalen Modernisierungsprojekt zu rangieren.

Einkaufen für das nächste Jahrtausend

So scheint momentan die Devise für alle großen Konzerne im Bereich der Kommunikation, der Medien und der Computerindustrie zu lauten. Gekauft wird erst mal alles, was man an Produktions- und Forschungspotentialen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zu brauchen glaubt. Ob die Konstruktionen tragfähig sind, ob sie sich langfristig rentieren, ob wirklich Synergieeffekte

zu erzielen sind und ob die Aktiva nach einer Übernahme noch für das operative Geschäft reicht, scheint momentan ausgeblendet zu sein.

Der Superkonzern der Zukunft würde am besten über eigene Kapazitäten in den Bereichen Computer-, Telefon- und Unterhaltungselektronikproduktion verfügen, diese mit Fernseh- und Radiostationen, Kinos und Videoverleihern kombinieren, die dann noch durch Software-, Musik- und Spielherstellung ergänzt werden, plus die zukunftsorientierte Verbindung mit dem eigenen Telefonnetz bzw. Kabelnetz. Wenn alle diese Komponenten zusammenkommen, ist der Kreis vom landesweiten Kabelnetz, über die Hardware-Komponenten bis hin zur eigenen Programmproduktion geschlossen und darin dürfte der Schlüssel zur zukünftigen Profitmaximierung liegen.

Die Kooperationen, Übernahmen und strategischen Allianzen scheinen zunächst häufig noch recht beliebig, aber schließlich befinden sich Ökonomie und Politik in der ersten Formierungsphase. Viele der jetzigen Konstellationen werden nicht bis zum wirklichen Start des Projekts "information highway" halten. Hier ein paar Beispiele aus der US-Wirtschaft:

Der japanische Konzern Matsushita Electric Industrial Company hat sich die Universal-Studios, inklusive Kinos und Freizeitparks, und MCA, mit umfangreichen Musikrechten, gekauft. Eine der großen Produktionsfirmen, die in den Universal-Studios dreht, ist Steven Spielbergs "Amblin", die wiederum ihre Spielfilme u.a. als Computerspiele vermarktet. Die Kombination zwischen Spielfilm und Computerspiel wird inzwischen auch gerne von anderen Konzernen zur doppelten Vermarktung genutzt.

Der Telefonkonzern AT&T bemüht sich ebenfalls um Beteiligung und Kooperationen in allen Bereichen. Bei Computerspielen ist so eine Zusammenarbeit mit dem weltweit zweitgrößten Anbieter von Spielcomputern und Com-

puterspielen Sega geplant, um landesweit Computerspieler zu vernetzen. Einerseits soll diese Vernetzung natürlich zum Spielen genutzt werden, andererseits sollen den Nutzern aber auch Spieleangebote via Netz gemacht werden. Sega-Spiele können dann über das AT&T-Netz gegen Gebühr überspielt werden.

Diese beiden Beispiele sind nur ein kleiner Ausschnitt der Kapitalformierung in den USA. Als Subjekte oder Objekte sind u.a. auch die folgenden "major companies" aktiv in Sachen Kooperationspartner: IBM, Apple, Microsoft, Ted Turner/CNN, MGM, Sony Corporation, Columbia Pictures-TriStar, TCI, MCI, Warner Bros., Time Inc., "Creativ Artists Agency", Bell Atlantic Corporation, Tele-Communication Inc., Southwestern Bell, Cox Enterprise, McCaw Cellular Communication.

Weniger kosten- und publicityträchtig sind zwei wichtige Absprachen, zur Schaffung von einheitlicheren Industriestandards für die drahtlose Kommunikation mit Computern (France Telecom, AT&T, Apple, Motorola, Matsushita, Philips, Fujitsu, Toshiba) und für die filmische Wiedergabe auf CD's (alle wichtige Unterhaltungselektronikfirmen). Beide Bereiche sind von wichtiger strategischer Bedeutung, da die drahtlose Kommunikation zwischen Computern ein wichtiges Element, als Verbindung zu den "information highways" darstellt. Die CD's sind momentan das einzige universelle Medium, daß sowohl Musik und Sprache, als auch Daten, oder Filme speichern und wiedergeben kann. Für die Integration der Unterhaltungselektronik und der Computertechnik dürfte die CD deshalb eine wichtige Rolle spielen.

Nach einigen Blockaden von Kooperationen zwischen Telefonkonzernen und anderen Unternehmen durch staatliche Behörden, ist in den USA eine Debatte darüber losgebrochen, in wie fern die Verwaltung die Regierungspolitik konterkarrieren oder blockieren kann. Die Regierung wird deshalb demnächst darüber entscheiden müssen, ob sie die Freiräume für die Neuformierung von Konzernen und Konsortien schafft, oder ob sie neue niederschwelligere Konzepte der Zusammenarbeit zwischen einzelnen Unternehmen entwickelt und anbietet. Der Druck ist bereits jetzt hoch, da momentan weitere Verhandlungen zwischen Unternehmen aufgrund der rechtlichen Unsicherheit, im doch so fusions-

und übernahmefreudigen Amerika stöcken. Ein Ende des Projektes "information highway" wäre industriepolitisch nicht nur für die Clinton Regierung, sondern auch für die Entwicklungsperspektiven der momentan profitabelsten Kapitalsektoren wenig erfreulich.

High-Tec fürs nächste Jahrtausend

Natürlich werden sich auch in Zukunft die Rechnerleistungen alle paar Jahre erheblich steigern, sie werden immer schneller und ihre Speichermöglichkeiten werden weiter steigen. Das ist ein wichtiger Faktor für das Projekt "information highway", da so alle Austauschprozesse wesentlich komplexer und schneller ablaufen können.

Auch die Software und die Technik werden weiter bedienerInnenfreundli-

Entscheidend ist die Etablierung eines Massenmarktes mit einer ständigen Nachfrage nach Dienstleistungen.

cher werden. Windows/Macintosh-Oberflächen, Softtouch-Bildschirme, Schrift- und Spracherkennung weisen die Richtung, nämlich möglichst vielen Menschen einen einfachen Einstieg in die Benutzung von Computern zu ermöglichen. Auch das ist ein wichtiger Faktor, da das Innovationsprojekt "information highway" auch auf einen Massenmarkt ausgelegt ist.

Als dritte technische Grundlage bedarf es eines Glasfasernetzes, daß auch in der Arbeitswirklichkeit den Belastungen eines extrem hohen Datenflusses, den großen Übertragungsentfernungen und den neuen Anforderungen (interaktive Medien, etc.) stand hält. Dies wird momentan in den USA bereits getestet (Orlando) und dürfte kein wirkliches Problem darstellen.

Wirklich zentral für den Erfolg des Projektes ist die Frage, ob und wie schnell es gelingt, kostengünstige integrierte Endgeräte zur Datenverarbeitung, Kommunikation und Medienkonsum zu entwickeln. Viele dieser technischen Anforderungen sind für die Industrie bereits unter zum Teil extrem hohem Kapitalaufwand zu lösen. Entschei-

dend ist aber die Etablierung eines Massenmarktes mit einer ständigen Nachfrage nach Dienstleistungen.

Am Ende der technischen Entwicklung muß ein preiswertes und einfach zu bedienendes Gerät stehen, mit dem man als Computer arbeiten kann, mit dem man Musik hören und Fernsehen kann und mit dem man auch telefonieren und faxen kann. Und das entscheidende wird sein, daß man diese verschiedene Prozesse dann auch mit einander verbinden kann. Das könnte heißen:

- man telefoniert mit jemandem via Videophon und spielt ihm oder ihr Material aus dem Computer oder dem Filmaufzeichnungsgerät auf den Bildschirm;
- in der Abwesenheit übernimmt der computergestützte Anrufbeantworter die eingehenden Anrufe und beantwortet sie je nach AnruferIn, dank seiner Spracherkennung differenziert;
- Musik, Filme und Daten werden zentral in einem Speichermedium gespeichert und sind von allen Seiten zugänglich. Die gegenseitige Einbindung von Daten, Filmen, Fotos und Musik wird normal;
- alles was nicht im eigenen Endgerät gespeichert ist kann via ISDN-~~Leitung~~ von zentralen Servicespeichern in minutenlangem eingelesen werden, egal ob Statistiken, Filme, Musik, Präsentationen, Bücher, Zeitungen...

Daß es sich bei diesen hochintegrierten Endgeräten nicht um Zukunftsmusik handelt, zeigen die Entwicklungsschritte der letzten Jahre. Auch wenn dieser Prozeß momentan noch an vielen Ecken hakt, so stehen die Chancen doch gut, diese wichtige Integration noch in diesem Jahrzehnt zu vollziehen.

Der Weg ins nächste Jahrtausend?

Diese Frage ist aus amerikanischer Sicht nicht ohne Haken und Ösen, einerseits braucht die US-Wirtschaft dringend eine gezielte Industriepolitik, zur Modernisierung der Infrastruktur und des fixen Kapitals, andererseits stellt sich auf dem Hintergrund der international nach wie vor drängenden globalen Probleme die Frage, ob das Projekt "information highway" eigentlich die richtige Antwort liefert.

Trotz der Modernisierung und Rationalisierung einiger Konsumgüterbereiche und dem immer noch hohen Entwicklungspotential im gesamten Elektronikbereich in den USA, tun sich

doch in vielen anderen Sektoren tiefe Gräben auf. Produkte und Produktion erinnern in ihrer Qualität und Effektivität an den industriellen Durchschnitt der DDR 1989. Deutlich ausgenommen von dieser Zustandsbeschreibung sind alle die Industrie- und Dienstleistungsbereiche, die sich mit internationaler Konkurrenz auseinandersetzen müssen. Neben der Automobil- und Rüstungsindustrie gehören dazu auch die beschriebenen Sektoren der Computer-, Medien- und Kommunikationsunternehmen. Das Innovationsprojekt "information highway" setzt ausgerechnet an dem Kapitalbereich an, der kaum Innovationsdefizite hat und der selbst in der ökonomischen Krisen zu den Profitspitzenreitern gehört hat. Unter dem Aspekt der internationalen Konkurrenzfähigkeit und der Profitraten gegenüber anderen Branchen, wird der "information highway" sicherlich die Feldvorteile dieses Sektors noch einmal erheblich verbessern. Modernisierungsimpulse in andere Industrie- und Dienstleistungssektoren zeichnen sich nicht ab, zu spezifisch sind die Anforderungen beim Projekt "information highway" und zu weit weg sind viele Teile der amerikanischen Industrie vom Weltstandard. Am Ende dieses Prozesses dürfte dann eine noch größere Teilung der amerikanischen Industrie in einen hochprofitablen Bereich und in einen total veralteten Sektor sein.

Die Clinton/Gore-Regierung wird in den nächsten Jahren dazu gezwungen sein, daß Dilemma zu lösen, einerseits den "Führungssektoren" der amerikanischen Wirtschaft Angebote zu machen und andererseits auch ein Konzept zu entwickeln, wie sie die anderen Sektoren mittel- und langfristig in dem Modernisierungszug mitnimmt. Die Hoffnung, daß durch das Projekt "information highway" Arbeitsplätze, Profite, Industrie- und Dienstleistungsstrukturen entstehen, die die veralteten Sektoren der heutigen Industrie ersetzen, erscheint trügerisch. Auch wenn die Infrastrukturinvestitionen kurz- und mittelfristig viele neue Arbeitsplätze schaffen, so handelt es sich dabei aber auf keinen Fall um dauerhafte Beschäftigung. Der Produktions- und Dienstleistungsbereich des "information highway" ist schon jetzt in einem solchen Maße optimiert, daß man kaum auf größere Beschäftigungseffekte setzen kann.

Aus ökonomischer Sicht zusammengefaßt, ist der "information highway"

ein wichtiger Impuls für einen der wichtigsten Kapitalteile in den USA, der aber für die anderen Sektoren keine der dringend benötigten Modernisierungseffekte bringen wird. Klar ist aber auch, daß sich die USA bei der Durchsetzung dieses Projekts technisch und ökonomisch weltweit an die Spitze dieses Sektors katapultieren dürfte.

Auch aus der politischen Sicht läßt sich der "information highway" nicht einheitlich beurteilen. Zunächst muß man feststellen, daß es seit vielen Jahren zum erstenmal wieder ein strukturelles politisches Projekt eines großen kapitalistischen Landes gibt, das sowohl zivil ist, als auch ökologischen Kriterien standhält. Dafür, daß man auch nach wie vor andere Wege beschreiten kann, gibt es noch genug abschreckende Beispiele.

Das Kapital zeigt also, daß es friedliche und ökologisch neutrale Projekte

Wenn der "information highway" in den USA wirklich an den Start geht, dann muß es aus Sicht des hiesigen Kapitals auch ein vergleichbares europäisches Modernisierungsprojekt geben.

entwickeln kann, die auch in großem Maßstab greifen würden, wenn sie denn umgesetzt werden. Vor zwanzig Jahren hätte man über eine solche Entwicklung jubeln können, heute bleibt die Frage, ob das für kapitalistische Strukturpolitik noch ausreichend ist und sein kann. Angesichts der globalen ökologischen und politischen Probleme erscheint ein Projekt "information highway" nicht störend, aber auch nicht richtig hilfreich. Es löst einfach keines der anstehenden gesellschaftlichen Probleme.

Für die Ökologie und die weltweite Umverteilung wird der "information highway" keine neuen Impulse liefern. Jetzt zu fordern, den "information highway" zu stoppen, um die Projekte "Wasserstoff-highway", zum Umbau unserer Energieversorgung, und "Know-how-transfer", zum Ausbau des weltweiten Wissensaustausches, zu starten, wäre eh-

renwert, aber wenig realistisch. Da alle anderen Entwicklungsprojekte nur sehr begrenzt die Interessen des ökonomischen Führungssektor aus Medien, Kommunikations- und Computerindustrie befriedigen, lassen sie sich nicht gegen den "information highway" durchsetzen.

Strategische Zielsetzung sollte es sein, nicht verschiedene industriepolitische Entwicklungsprojekte gegeneinander zu diskutieren, sondern Projekte wie den "information highway" in anderen Feldern zu entwickeln und als Strukturpolitik durchzusetzen. Strategische Zielsetzung muß es aber auch sein, beim "information highway" demokratische und emanzipatorische Vorzeichen ebenso einzufordern, wie eine weltweite Einbeziehung aller Länder. Die neuen Informationstechniken und -netze dürfen schließlich nicht zu einer neuen Entwicklungshürde für die Länder der "III. Welt" und Osteuropas werden. Auch strategisch, aber diesmal für die linken und fortschrittlichen Kräfte auf der Welt, ist die sehr ernstgemeinte Anforderung, sich endlich auch mit der bereits vorhandenen Technik des "information highway" vertraut zu machen. Wenn einem nämlich die Grundvoraussetzungen fehlen, braucht man auch nicht nach demokratischen und transparent Strukturen rufen, die helfen einem dann auch nicht.

Bundesrepublik auf dem Weg in welches Jahrhundert?

Der Bundeskanzler stolperte unlängst bei einer Frage, nach den "information highway" und konnte nur darauf, verweisen, daß Autobahnen Bundesangelegenheit seien. Wissen und Positionen sind momentan bei Regierung und Opposition absolute Mangelware. Dies wird sich ändern müssen, denn neben allen Fragen nach dem Sinn und Unsinn des Projektes, muß sich die exportorientierte Wirtschaft der Bundesrepublik auf ein solches Modernisierungsprojekt einstellen. Wenn der "information highway" in den USA wirklich an den Start geht, dann muß es aus Sicht des hiesigen Kapitals auch ein vergleichbares europäisches Modernisierungsprojekt geben. Frühzeitig zu einem solchen Vorhaben eigene politische Anforderungen zu entwickeln, hat der Linken noch nie geschadet.

Daß wichtige technische Impulse für die deutsche Industrie bei einem solchen Projekt auf nationaler oder europäischer Ebene abfallen, darf bezweifelt werden. Zu weit ist in diesen Feldern inzwischen der Abstand in der Forschung und Entwicklung zur weltweiten Konkurrenz. Für die europäische Industrie dürfte dies schon wieder anders aussehen. Vergessen darf man aber auch nicht, daß selbst bei dem erklärtermaßen nationalen Projekt in Amerika, sich ein großes internationales Engagement abzeichnet. Nationale Alleingänge sind selbst bei nationalen Projekten nicht mehr durchzuhalten.

Spannend für die Bundesrepublik, unabhängig davon ob es ein offizielles Projekt "Informationsautobahn" geben wird oder nicht, sind die Kapitalformierungsprozesse. In der Bundesrepublik gibt es nur zwei Konzerne die über die notwendige Erfahrung und über das notwendige Kapital verfügen, in einen integrierten Markt aus Medien, Kommunikation und Computertechnik voll einzusteigen: die zukünftig private Telekom und Bertelsmann. Vom Start weg wird die Telekom nach ihrer Privatisierung sofort weltweit zu den "top five" der Kommunikationsbranche gehören. Aber

nicht nur die Größe ist entscheidend, bei der Telekom hat man die Entwicklungstrends erkannt und arbeitet an einem Geflecht von zukünftigen Kooperation und Allianzen mit anderen Kommunikationsunternehmen, aber auch mit Medienkonzernen und Computerherstellern. Bertelsmann ist nicht nur im Geschäft in Sachen US-"information highway", Erfahrungen und Trends fließen auch in die bundesrepublikanische Unternehmenspolitik mit ein. Der Medienkonzern ist in der BRD bekanntlich mit Abstand der Größte, aber auch hier langt die Größe alleine nicht zur Beschreibung. Zum Hause Bertelsmann gehören inzwischen alle denkbaren Facetten der Medienbranche von der Produktion bis zur Verbreitung. Mit der eigenen Softwareproduktion, gibt es eine deutliche Verbindung zur Computerindustrie, die durch weitere Kooperation unterstützt wird. Mit der Zusammenarbeit in einem gemeinsamen Projekt mit der Telekom und der Kirch-Gruppe, gibt es neuerdings auch die direkte Verbindung zur Kommunikationsbranche.

Telekom und Bertelsmann sind mit oder ohne offensive politische Unterstützung in der Lage, zumindest Teile der "Informationsautobahn" in der

Bundesrepublik, bzw. zusammen mit anderen in Europa, umzusetzen. Im internationalen Rahmen ist der Rest der bundesrepublikanischen Unternehmen dieses Sektors maximal "dritte Liga" und kann sich nur durch Kooperation einklinken. Europaweit sind die großen Telefongesellschaften von Frankreich und Großbritannien noch von strategischer Bedeutung, da auch sie über das notwendige Maß an Kapital, an Know how und an Interesse für ein Modernisierungsprojekt verfügen. Für Beide gilt auch, daß sie bereits strategische Kooperationen auf internationaler Ebene eingegangen sind oder daran arbeiten. Die übrigen Medienkonzerne in Europa spielen eher eine nationale Rolle, sie sind zu klein oder ihnen fehlt der strategische Zuschnitt, um für ein solche Projekt interessant zu sein (z.B. Berlusconi). Als einziges Unternehmen aus der Computerindustrie hat Philips Chancen, an zentraler Stelle mitzumachen. Auch hier sind schon die Verbindungen zur Medienbranche gezogen. Aus kapitalistischer Sicht stände also einem bundesrepublikanischen oder einem europäischem Projekt "information highway" nicht viel im Wege.

Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung

Chefredakteur: Peter Glotz

Thema 9/94

Neue konservative Intelligenz

Micha Brumlik
Über Arnulf Baring

Bernd Mosebach
Über Michael Wolffsohn

Hans-Ulrich Wehler
Über Ernst Nolte

Bernd Witte
Über Botho Strauß

Weitere Beiträge

Sibylle Quack
Brauchen wir Patriotismus?

Thomas Krause
Friedrich Sieburgs Widerruf und Neubeginn

DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE erscheint monatlich. Einzelheft DM 14,80/OS 110,-/SFr. 15,80. Jahresabonnement DM 99,-/OS 780,-/SFr. 100,80 frei Haus.



Themen 10/94

Wohin die Linke geht/ Wer treibt die Union wohin?

Jacques Delors
Kurs halten in einem Europa des Umbruchs

Franz Vranitzky
Die Vision von der Neuordnung Europas

Wolfgang Schroeder
Führungsprofile in der CDU

Dietmar Schiller
Geschichtspatriotismus als nationale Sinnstiftung

Weitere Beiträge

Reinhard Rachensteiner
Ersam wie Ciriaco De Mita

Blaise Compaoré
Nischel und die Wily in Bona

Abonnenten sind in den meisten Ländern bei der Reichweite der NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE, Gesellschaft für Politik und Wirtschaft, 60475 Bonn

Bankgeschäfte mit Nazi-Deutschland

von Detlef Bimboes*

links

Die Zeitschrift für politische
Kritik mit theoretischem Anspruch

Im Sept. / Okt. '94:

Thema: Gentechnologie ● Was haben die Mannheimer Richter falsch gemacht? ● Deutschland – ein Staat unter Staaten? ● Zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 12.7.94 ● Sozialismus und Alkoholismus ● Neuere Literatur zur Theorie und Geschichte der Arbeiterbewegung ● Mexiko: Zivilgesellschaft, Guerilla und Wahlen ● Nicaragua: Die FSLN in der Krise / Interview mit Daniel Ortega ● Palästina ● Feindbild Nordkorea

HerausgeberInnen

Elmar Altvater	Ingeborg Maus
Ursula Beer	Margit Mayer
Klaus Briegleb	Wolf-Dieter Narr
Andreas Buro	Oskar Negt
Josef Esser	Joachim Perels
Wolfgang Fach	Roland Roth
Eike Hennig	Gert Schäfer
Arno Klönne	Heinz Steinert
Silvia Kontos	Klaus Vack
H.-M. Lohmann	Edgar Weick
Mohssen Massarat	Gilbert Ziebur

Ich bestelle

1 Exemplar links Heft 9/10, 94
zum Preis von 10,- DM
(nur gegen Vorkasse:
Briefmarken, Scheck etc.)

Name

Straße

Ort

links, PF 10 20 62, 63020 Offenbach

Buchbesprechung zu Gian Trepp: Bankgeschäfte mit dem Feind. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich im Zweiten Weltkrieg - Von Hitlers Europabank zum Instrument des Marshallplans, Rotpunktverlag, Zürich 1993

Auf der Grundlage internationaler Archivrecherchen erzählt Gian Trepp in diesem Buch die bislang noch weitgehend unbekannt Geschichte der in Basel ansässigen Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) - auch Bank der Zentralbanken genannt - im Zweiten Weltkrieg. Und was für eine Geschichte! Konkret, detailliert und spannend bis zu letzten Seite.

Die Entstehung der BIZ lag im Bedürfnis nach internationaler Zentralbanken-Kooperation der Industrieländer nach dem Ersten Weltkrieg. Gemeinsame Probleme wie die Rückführung des Weltwährungssystems auf den 1914 zusammengebrochenen Goldstandard und nicht zu unterschätzen, die Angst vor der bolschewistischen Revolution in Rußland ließen die Zentralbanken der europäischen Großmächte und der USA im Laufe der zwanziger Jahre zusammenrücken. Überdies war die Gründung der BIZ eng mit den Reparationen verknüpft, die Deutschland nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg an die Siegermächte bezahlen mußte. Beinahe wäre die Geschichte der BIZ bereits 1931 zu Ende gewesen. Der Stimmenzuwachs für die Nazis bei den Reichstagswahlen am 20. September 1930 und der rasche wirtschaftliche Niedergang der Weimarer Republik hatten zur Massenkündigung der kurzfristigen Kredite deutscher Banken im Ausland geführt. Das vor diesem Hintergrund von Reichskanzler Brüning geforderte Ende der Reparationszahlungen wurde dann von US-Präsident Hoover mit einem einjährigen Zahlungsstopp - dem sog. Hoover-Moratorium - beantwortet. Das sowie die deutsche Bankenkrise brachten das Ende der Reparationszahlungen und legten damit auch das Geschäft der BIZ lahm.

Doch es sollte anders kommen. Schon wenige Monate später war die

BIZ im Zeichen der britischen Appeasement- oder Beschwichtigungspolitik mit dem Dritten Reich gerettet. Der Grundgedanke dieser Politik war die Überlegung, daß durch die Niederhaltung des Deutschen Reiches im Vertrag von Versailles das europäische Mächtegleichgewicht nachhaltig gestört worden sei. Und daß nur ein wirtschaftlicher Wiederaufstieg Deutschlands, der zum Mächtegleichgewicht vor dem Ersten Weltkrieg zurückführe, das NS-Regime von einem Revanchekrieg abhalten könne. Bei der Entstehung und Entwicklung der politischen Strategie des Appeasements kam der europäischen Zentralbanken-Kooperation, und damit nicht zuletzt auch der BIZ, eine wichtige Rolle zu. Nachdem sich im Laufe der zwanziger Jahre eine verschworene Gilde von Zentralbankiers gebildet hatte, welche die Sicherung des privaten Eigentums und eines stabilen Geldwertes über die nationale Politik stellte, boten die im Klubsystem abgehaltenen monatlichen Gespräche in den dreißiger Jahren das ideale Umfeld für ungestörte Geheimgespräche der Zentralbankgouverneure aus den faschistischen und den demokratischen Staaten. Auf dieser Grundlage arbeiteten Deutsche und Italiener dann von Anfang bis Ende des Zweiten Weltkrieges mit Engländern und US-Amerikanern zusammen. Die BIZ war damals die offene Tür zwischen Reichsbank/Banca d'Italia einerseits und Bank of England/Federal Reserve Bank of New York andererseits. Offen geblieben war die Tür, weil die verschworene Gilde der internationalen Zentralbankgouverneure die BIZ erhalten und nach dem Krieg im Wiederaufbau Europas einsetzen wollte.

Neben dem Dienst für eine den Kriegsverhältnissen angepaßte Zentralbanken-Kooperation wirkte die BIZ damals auch als internationaler Arm der Reichsbank unter der Leitung des Reichsbankers und Generaldirektors Paul Hechler für umfangreiche Gold- und Devisenoperationen in der neutralen Schweiz. Über ein Reichsbankkonto bei der BIZ in New York verfügte die Kriegswirtschaft der Nazis über einen raschen und sicheren Kanal für den Zahlungsverkehr mit den USA. Profi-

table Geschäfte wurden z.B. mit IBM (Unterstützung der Aufrüstung mit Hollerith-Lochkarten-technik) oder General Electric (Kooperation mit Krupp über Verwendung von hochwertigem Wolframkarbid als Schneidewerkzeug in der Metallbearbeitung insbes. für Rüstungszwecke) gemacht. Über die Drehscheibe BIZ wurde auch der in London lagernde große tschechoslowakische Goldschatz nach der Okkupation durch die Wehrmacht an die Reichsbank abgeführt. Dies geschah auf der Grundlage eines speziellen Goldclearing-Systems, allein durch Verschiebung des Geldwertes mit einer einfachen Umbuchung in Basel. Ein Teil des in den französischen Senegal ausgelagerten belgischen Goldschatzes wurde durch Verrat der Vichy-Regierung und unter aktiver Mithilfe des Gouverneurs der Banque de France und BIZ-Verwaltungsrats Boisanger quer durch die Sahara zu Lande, See und Luft nach Berlin verbracht. Über die BIZ wurden auch u.a. schwedische Eisenerzlieferungen und sowjetische Warensendungen (während des Hitler-Stalin-Paktes) in Gold bezahlt. Das BIZ half zudem mit bei einigen dubiosen Umschmelzaktionen einiger Tonnen dänischer und französischer Goldmünzen in Goldbarren. Der größte Empfänger von Reichsbankgold via BIZ-Golddrehscheibe in der Schweiz in den Jahren 1941/42 war der Banco de Portugal. Portugal wie auch Spanien profitierten von den liberalen Sonderregelungen, die ihnen die alliierte Seeblockade gewährte, da der Anschluß der beiden faschistischen Diktaturen an die Achsenmächte verhindert werden sollte. Beide Länder importierten aus Südamerika Rüstungsgüter, die postwendend in die Schweiz und weiter nach Deutschland in Italien reexportiert wurden. Per Luftfracht wurde so Deutschland regelmäßig bis Ende 1941 mit strategisch wichtigen, für die Kriegswirtschaft unverzichtbaren Rohstoffen wie brasilianischen Industriediamanten, portugiesischem Wolfram und Platin beliefert. Pikant am Rande: über das BIZ-Konto des Roten Kreuzes in Brüssel flossen Schweizerfranken-Devisen in unbekannter Höhe aus dem angelsächsischen Raum ins deutschbesetzte Belgien. Dies stärkte die Finanzressourcen des Faschismus.

Das Hauptinteresse Deutschlands bei der Zusammenarbeit mit der Schweiz bestand also, wie ersichtlich, in der Dienstbarmachung der Finanzdreh-

scheibe Schweiz für die deutsche Kriegswirtschaft. Hitler bedurfte eines neutralen Finanzplatzes mit einer harten Währung, die ohne Devisenkontrollen frei gehandelt werden konnte; mit erfahrenen Banken, die das Vertrauen der internationalen Finanzwelt genossen; mit einer Nationalbank, die gewillt war, deutsches Gold ohne allzu viele Fragen nach dem Ursprung gegen harte Devisen einzutauschen; mit einer BIZ, die der Reichsbank als internationaler Arm in heiklen internationalen Geschäften diente.

Kurzum, eine Bank, die im Zweiten Weltkrieg den effizienten Einsatz der finanziellen Ressourcen der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches aktiv gefördert hat und aus deren Verwaltungsrat drei Deutsche und ein Italiener als Kriegsverbrecher abgeurteilt wurden.

Obschon die alliierte Weltwährungskonferenz von Bretton Woods auf Betreiben von US-Finanzminister Henry Morgenthau im Juli 1944 beschlossen hatte, die BIZ zu liquidieren, überlebte das wegen seiner Zusammenarbeit mit Nazideutschland kompromittierte Institut den Zusammenbruch des Dritten Reiches und mutierte schließlich 1946/47 mühelos von Hitlers Europabank zum Instrument des Marshallplans und wurde zur Clearingzentrale der Europäischen Zahlungsunion ausgebaut. Wichtige Gründe hierfür waren der heraufziehende Kalte Krieg und die Rückgabe des deutschen Raubgoldes aus Belgien. Ohne Billigung Hitlers und Churchills, ohne Tolerierung durch Roosevelt hätte die BIZ den Krieg nicht überlebt. Während das Interesse Hitlers an der Weiterexistenz der deutschdominierten Bank auf der Hand liegt, speiste sich Roosevelts Rückendeckung aus der Rücksichtnahme auf das New Yorker Finanzestablishment, das dem Institut eine Rolle im Rahmen ihrer Nachkriegsplanung eines mit US-Privatkapital finanzierten Wiederaufbaus von Westeuropa zuwies. Für Churchills Haltung bieten sich zwei Erklärungen an, die vom Autor sachkundig begründet werden: Kommunismangst und die Rivalität des Empire mit dem US-Imperium.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Das Buch zum Zeitgeschehen.
Monatlich.

Zuletzt schrieben in den Blättern u.a.:
Jörg Huffschild · Rossana Rossanda · Claus Legewie · Ingeborg Maus · Detlef Hensche · Werner Van Gent · Klaus Segbers · Mohssen Massarat · Hans Arnold · Marian Dobrosielski · Arno Klönne · Andrej Fadin · Walter Boehlich · Norberto Bobbio · György Dalos · Ilse Staff · Helmut Dubiel · Eberhard Rondholz · Dan Diner · Elmar Altvater · Franz Aepfenger · Svebor Dizdarevic · Jeremy Leaman · Bernd Weisbrod · Heinrich Senft · Vladimir Choros

Themen zuletzt u.a.:
Grashüter der Nation · Somalisierung Afrikas? Der Kontinent zwischen Chaos und Pax Africana · Das ethnische Minimum der Demokratie · Frontverläufe im algerischen Bürgerkrieg · Blauhelme: Hoffnung und Alpdruck der Vereinten Nationen · Afghanistan mit variabler Geometrie · IWF und Weltbank unter Reformdruck · Kinderklonen · Gewalt in der Gesellschaftswelt · Gewerkschaften: Teil des Problems, Teil der Lösung? · Folgezenarien der jugoslawischen Auflösungskriege · Die Neukonstituierung einer Bürgergesellschaft · Umriss eines Neuen Wohlstandsmodells · Weimar und Bonn · Ökologische Marktwirtschaft und Rekonstruktion des Sozialen

Jeden Monat
128 Seiten
Analysen, Alternativen,
Kommentare,
Chronik, Kritik,
Dokumente.

Einzelheft 14 DM (plus Versand),
Probeabonnement (die nächsten beiden Ausgaben) 19 DM
Jahresabonnement (12 Ausgaben) 109,80 DM
ermäßigtes Jahresabo (12 Ausgaben) 85,80 DM
(Abos jeweils incl. Versand)

BESTELLUNGEN UND
KOSTENLOSES PROBEHEFT

BLÄTTER-VERLAG
STICHWORT · SPW
BERTHA-VON-SUTTNER-PLATZ 6
53111 BONN
TEL. 0228/65 01 33 FAX 0228/65 02 51

Labour-Party in den Roller-Coaster von Blackpool

von Carsten Sieling*

Mit Tony Blair hatte sich bei der Wahl zum Vorsitzenden der Labour Party auf einem außerordentlichen Parteitag im Sommer ein Modernisierer gegen seine zwei Mitkonkurrenten deutlich durchgesetzt. Für den regulären Parteitag, der in diesem Jahr turnusgemäß im traditionellen Ferienort der britischen Arbeiterklasse, Blackpool, abgehalten wurde, verbanden sich damit zwei Erwartungen: Zum einen die Präsentation von Eckpunkten einer Labour-Politik durch die Parteiführung, die den Weg vom britischen Labour-Sozialismus zu einer sozialdemokratischen Partei kontinentalen Typs einschlagen will. Und zum anderen die Distanzierung von den Gewerkschaften in der Folge der Aufhebung ihres Blockstimmrechts, die von Blair's verstorbenem Vorgänger John Smith im vergangenen Jahr durchgesetzt worden war, und eine damit verbundene weitere Paralyisierung der vielfach gespaltenen Linken. Sozialdemokratie as usual wurde erwartet; es wurde einer der spannendsten Parteitage seit Jahren, so die Parteilinke in ihrer Auswertung.

New Labour - New Britain'...

... lautete das Motto des Parteitages, womit Tony Blair sein Projekt der "Modernisierung" und der Hinwendung zur politischen Mitte symbolisieren wollte. Abschied genommen werden soll von der 'alten' Labour-Party, auf Individualismus statt Kollektivismus und Gewerkschaftsmacht werden die Zeichen der Zeit gestellt. Schon im Vorfeld des Parteitages war Blair mit seinem Schattenfinanzminister Gordon Brown zur Präsentation eines neuen wirtschaftspolitischen Programms an die Öffentlichkeit getreten, das mit Unterstützung von Beratern der Clinton-Administration erstellt wurde. Die zentrale Botschaft: Die bisherige wirtschaftspolitische Philosophie Labours laute mehr Steuern und höhere Staatsverschuldung, steigende Staatsausgaben, Vergesellschaftung,

staatliche Planung und Vollzeitjobs für alle. Dies sei out of date, Verteilungspolitik solle nun durch Wachstumspolitik ersetzt werden, die Marktwirtschaft durch Labour-Politik dynamisch werden.

Seine "Links-der-Mitte"-Politik verdeutlichte Blair einige Tage später in seiner zentralen Parteitagrede, in der es an Symbolik zum Abschied von old Labour nicht mangelte. Statt Sozialismus gebe es nur noch verschiedene Social-ism; Partnerschaft zwischen Industrie, Finanzwelt und Politik, die Förderung langfristiger Investitionen und die Stärkung klein- und mittelständischer Unternehmen werden zu zentralen Inhalten dieser Politik. Labour soll die Partei des law and order werden, die Kriminalitätsbekämpfung oben anstellt; und der katastrophale Zustand des Bildungssystems erfordert nach Blairs Worten nicht schon wieder mehr Geld, sondern "Disziplin im Klassenzimmer und Lehrer, die wirklich lehren wollen."

Der Schlüsselbegriff in "Blairs Oktoberrevolution" (Economist) aber war das Konzept der Leistungsgesellschaft, das New Labour ausmache und die zentrale Ergänzung zur Marktwirtschaft darstelle. In diesem Konzept liege der Unterschied zu den Tory's. Und weil es der Partei Anfang der achtziger Jahre am Bekenntnis zur Leistungsgesellschaft gefehlt habe, sei "es auch verständlich gewesen, daß Leute die Labour Party verlassen und die SDP¹ gegründet haben." Blair verband diese Aussage mit einer Einladung an die SDP-Chef's, wieder in die Partei zurückzukehren. Und als dann noch bekannt wurde, daß die Rüstungsproduzenten Vickers und Marconi den Gesellschaftsabend der Partei sponserten, ging es einer wachsenden Zahl von Delegierten doch etwas weit mit der Symbolik.

Modernisierungskurs im Schlingern

Blackpool ist berühmt für seine Achterbahn, das Auf- und Ab der roller coaster aber wurde auf diesem Parteitag zum Sinnbild für den Wechsel aus Zustimmung und Ablehnung der Politik

der "Modernisierer" um Blair. Schon vor dem Parteitag war deutlich geworden, daß sich die Gewerkschaften nicht so einfach mit der Abschaffung des Blockstimmrechts abfinden würden. Blairs Beharren darauf, daß jetzt jede/r Delegierte als Individuum ein Stimmrecht habe, beantworteten die Generalsekretäre der eher linken Transport & General Workers Union (TGWU) und der eher in der Mitte stehenden General Workers Union (GMB) mit dem Hinweis darauf, daß Delegierte die Meinung der Basis zu vertreten hätten und man natürlich einheitlich stimmen würde.

Noch deutlicher aber wurde der Gegenwind für Blairs Modernisierungsflügel bei den Wahlen zum Nationalen Exekutiv-Komitee (NEC), dem Vorstand der Partei. Für die sieben Vorstandssitzenden für Vertreter der Wahlkreise setzten die "Modernisierer" nur einen Kandidaten durch, während zwei Mitglieder des Schattenkabinetts und enge Vertraute Blairs durchfielen. Die große Überraschung aber war das Comeback der Linken. Nachdem sie im vergangenen Jahr komplett aus dem NEC herausgewählt worden war, konnten die Linken mit der Wahl von Dennis Skinner, dem wortgewaltigen Abgeordneten aus einem traditionellen Arbeiterwahlkreis in Yorkshire, und von Diane Abbott aus London, der einzigen schwarzen Parlamentsabgeordneten Britanniens, zwei der sieben Plätze erringen. Beide gehören der Socialist Campaign Group an, zu der eine Gruppe von Unterhausabgeordneten um Tony Benn, der wohl bekanntesten Stimme der Labour-Linken, und Ken Livingston, in den achtziger Jahren Vorsitzender des von Thatcher zerschlagenen Greater London Council, zählen. Livingston selbst erhielt bei den Wahlen sogar noch mehr Stimmen als Abbott, die aber infolge der Quotierung ins NEC einzog. Im nächsten Jahr wird die Quotierungsregel um einen Sitz erweitert, so daß dann drei von sieben NEC-Mitgliedern aus den Wahlkreisen weiblich sind.

Wiederum nicht im Vorstand vertreten ist die Zentrums-Linke der Tribune-

Group um die Abgeordneten Peter Hain und Chris Smith, die durch ihre allzu große Nähe zu Blairs Modernisierungskurs Profil und Stimmen eingebüßt haben. Insgesamt aber bleibt Blair wohl eine Mehrheit im insgesamt dreißigköpfigen Vorstand erhalten, da der größte Teil der zwölf Gewerkschafts- und fünf FrauenvertreterInnen zwar nicht unbedingt zu den Modernisierern gehören, doch letztlich zu Blairs Kurs stehen.

Debatte um Clause IV - Labours Godesberg in Vorbereitung

Richtig in Schwung aber kamen Blackpools Roller Coaster erst durch die Debatte über Clause IV, den Absatz in der Satzung der Partei, der sich auf jeder Mitgliedskarte befindet und das "Gemeineigentum an den Produktionsmitteln" als Ziel der Politik der Partei deklariert. Blair hatte in seiner Parteitagrede eher beiläufig eine Reform des Grundsatzprogramms und eine Neuformulierung der Parteiziele angekündigt. Nachdem erst niemand so recht wußte, was damit gemeint war, entstand große Empörung, als unmittelbar nach der Rede der Zeitplan für die Reform und erste Überlegungen zu einer Neuformulierung von Clause IV aus den Reihen einiger Blair-Gefolgsleute bekannt wurden. Der Widerstand gegen das Revisionsvorhaben verbreiterte sich im Laufe des Parteitages, da sich die Konferenz erst vor einem Jahr mit Unterstützung von Blairs Vorgänger Smith für den Erhalt von Clause IV ausgesprochen hatte. Arthur Scargill, immer noch das enfant terrible der Partei, spitzte daraufhin die Auseinandersetzung zu: Thatcher habe schon 1979 versucht, den Sozialismus von der Tagesordnung britischer Politik zu streichen. "Sie hat es nicht geschafft, und nun haben wir 1994 Tony Blair, der ihr Vorhaben vollenden will. Das ist eine Kriegserklärung an die Partei!"

Die Linke, viele Wahlbezirksdelegierte und Teile der Gewerkschaften unterstützten eine Resolution für die Beibehaltung der Forderung nach Gemeineigentum, die trotz vielfältiger Interventionen der Parteiführung am vorletzten Beratungstag zur Abstimmung stand. Die Modernisierer wußten, warum es sich zu engagieren galt: mit 50,9% zu 49,1% wurde die Entschließung angenommen. Vor allem die Delegierten aus

den Wahlbezirken, gestärkt durch die von Blair gestützte Reform des Delegiertensystems, stimmten zu zwei Dritteln gegen eine Änderung von Clause IV. Entscheidender waren die 200 Stimmen aus dem Gewerkschaftslager, das insgesamt 70 % der Delegierten stellt.

Nachdem der linksliberale Guardian nach Blairs Rede schon New Labour jubelt hatte, blieb nun nur noch "Blair macht das Beste aus seinem Rückschlag" als Schlagzeile. Damit war wohl vor allem sein immerwährendes Lächeln gemeint, das nach Verkündung des Abstimmungsergebnisses allerdings selbst bei laufender Kamera eher einem Standbild glich. Für Blair, der den 'Coup' nur mit engsten Vertrauten vorbereitet hatte, muß es ein geradezu traumatisches Erlebnis gewesen sein, insbesondere da bisher für alle Parteivorsitzenden, allen voran 1959 Hugh Gaitskell, der Versuch, Clause IV zu ändern, den Anfang vom politischen Ende bedeutet hatte.

Ob dies wieder so kommen wird, ist allerdings zu bezweifeln. Die Debatte ist eröffnet. Bill Morris, Generalsekretär der TGWU und Unterstützer der Resolution, interpretierte den Beschluß nach der Abstimmung als Aufforderung, eine zeitgemäße Formulierung der Parteiziele, allerdings unter Beibehaltung sozialistischer Grundwerte, zu finden. Gleichzeitig müsse man sich den neuen Themen der Geschlechtergleichstellung, dem Zusammenleben von Schwarzen und Weißen sowie Fragen eines neuen Internationalismus (bei Labour ein viel stärkeres Thema als bei uns) stellen.

Auch in der Linken brodelte diese Debatte schon während des Parteitages. Während Traditionsinke wie Scargill und auch Dennis Skinner in den Foren der Socialist Campaign Group eher vor einer selbstzerfleischenden, nach innen gerichteten Diskussion, die von der Auseinandersetzung mit den Tory's ablenke, warnten, ließen sich aus der Gruppe jüngerer Abgeordneter nachdenklichere Töne vernehmen. So verwies beispielsweise Dawn Primarolo, eine der jüngeren Gründerinnen der Gruppe, in der Parteitagsauswertung der Campaign Group darauf, daß gerade nach den programmatischen Entscheidungen dieses Parteitages zur Umwelt- und Frauenpolitik entsprechende Ergänzungen in den Parteizielen schon begründet wären. In der Tat war die Botschaft "keine innerparteilichen Kämpfe" wohl als Parteitagstaktik tauglich, muß aber nun

schnellstens über Bord geworfen und von links durch einen Einstieg in die Debatte ersetzt werden.

Und was wird werden?

Jenseits seiner innerparteilich umstrittenen Botschaften ist es Blair auf dem Parteitag gelungen, sich als dynamischer Vorsitzender mit dem Willen zur Ablösung der Tory's in Szene zu setzen. Er griff in seiner Rede die konservative Politik der Spaltung und Ungerechtigkeit an und versprach den Beitritt Britanniens zur Sozialcharta der Europäischen Union ebenso als eine der ersten Taten einer Labour-Regierung wie er den Schotten das langgeforderte Regionalparlament zusagte. Nach Wahlumfragen liegt Labour zwischen zehn und 25 Prozent vor den Tory's. Die Presse von rechts bis links war sich einig: Es war eine große Rede mit Vorschlägen für eine neue Politik in Britannien und einem ambitionierten Kandidaten für das Amt des Premierministers.² Für John Major ist Tony Blair in der Tat ein "Angstgegner", weil er mit seinem Bekenntnis zu konservativen Werten und zu Recht und Ordnung sowie seiner jugendlichen Ausstrahlung kräftig im Lager der Konservativen, die nahezu täglich von neuen Skandalen gepöngelt werden, wildert. Innerparteilich bringt ihm das Kritik und Distanz ein, doch eine personelle Alternative gibt es nicht. Und den Tory's ist, zumindest auf ihrem Parteitag eine Woche nach Blackpool, noch kein Rezept gegen New Labour eingefallen. Bei Labour hofft man nun, mit Blair endlich mal wieder eine Wahl zu gewinnen.

Blair setzt die von Kinnock begonnene "Sozialdemokratisierung" Labours fort, allerdings mit einer noch viel weiterreichenden Amerikanisierung der Parteistruktur und einer über die Schmerzgrenze vieler Parteimitglieder hinausreichenden Infragestellung der Identität Labour's. Hierdurch wird die Mobilisierbarkeit der Parteimitglieder gefährdet und die Partei droht auf einen reinen Wahlverein reduziert zu werden, mit dem man langfristig gegen die Medienmacht der Murdochs und anderer nicht bestehen könne, so das wohl wirkungsvollste Argument der Linken gegen den strategischen Entwurf der Modernisierer.

Es stellen sich aber auch Fragen hinsichtlich der Programmatik. Zwar haben Blair und seine Leute den Finger in die

* Carsten Sieling, Mitglied des SPD-Landesvorstands Bremen

richtigen Wunden des "Hydraulik-Keynesianismus" mit seinem alleinigen Setzen auf Geldpolitik und Erhöhung der Staatsausgaben gelegt. Die Alternative hierzu aber verlangt ein Tröpfchen mehr Interventionismus als die gerade in Britannien unzweifelhaft notwendige Restrukturierung des Verhältnisses von Industrie und Finanzwirtschaft oder eine aktive Arbeitsmarktpolitik. "Wenn Labour", so der wirtschaftspolitische Kommentator des Guardian zur Vorstellung des Programms, "wirklich den wahren Keynes zur Geltung bringen will, so wird dies in ein viel radikaleres Territorium führen als sich die Parteiführung jemals erträumt hat." Wie dies mit dem gleichzeitig verkündeten neuen sozialdemokratischen Dogma "keine neuen Steuern - keine neuen Ausgaben" zu vereinbaren ist, bleibt vorerst wohl ein gutgehütetes Geheimnis.

Und die Linke?

Geschwächt wie selten in der Geschichte der Labour-Party ist die Parteilinke in diesen Parteitag gegangen. Die Ergebnisse bei den Vorstandswahlen und den inhaltlichen Abstimmungen sind gerade vor diesem Hintergrund durchaus als Erfolge zu bezeichnen. Allerdings darf dies nicht zu Fehleinschätzungen führen, denn aus der Spaltung, die sich in der vergangenen Dekade bei der Suche nach einer adäquaten Strategie gegen die Tory's und in den fruchtlosen Auseinandersetzungen mit den trotzkistischen Militants ergeben hat, ist noch keine umfassende Neuformierung entstanden. Diskreditiert hat sich die Tribune-Group durch ihre doch allzu große Affinität zu den Modernisierern. Eine neue Bündelung von Kräften könnte der gut organisierten Socialist Campaign Group gelingen, die in Blackpool nicht nur die Wahlerfolge davongetragen hat, sondern auch organisatorisches Zentrum in der Clause-IV-Debatte war und mit einem täglich erscheinenden Informationsbulletin den Delegierten kontinuierlich präsent war.

Allerdings: Auch wenn die Gruppe mit ihrer Netzwerkstruktur an der Partebasis einigermaßen verankert zu sein scheint, gehören ihr mit 27 Abgeordneten doch nur etwa 10% der Unterhausfraktion sowie einige weitere Europaabgeordnete an. So ist es auch nicht gelungen, bei den jüngsten Fraktionswahlen zu Blairs Schattenkabinett eine Person

durchzusetzen. Ob es gelingt, den Einfluß auszuweiten, dürfte davon abhängen, wie die Campaign Group ihren politischen Spagat zwischen den Traditionen links um Scargill und Skinner auf der einen und den durch die Themen und Bewegungen der achtziger Jahre geprägten Abgeordneten und Aktivisten bewältigt. Die Debatte um Clause IV wird hier eine erste Nagelprobe sein.

Mit der in den Parteivorstand gewählten Diane Abbott, aber auch mit Dawn Primarolo und dem Sekretär der Gruppe, Alan Simpson, steht hier eine Generation, die eher in den Bereichen Frauenpolitik, Antirassismus, Friedenspolitik, demokratische Rechte sowie in den Debatten zu einem neuen Internationalismus in der neuen Weltordnung und einer linken Wirtschaftspolitik ihre Stärken hat. Auf der von gut 400 Menschen besuchten Saalkundgebung und den zahlreichen weiteren Veranstaltungen der Gruppe am Rande des Parteitages haben diese Leute die Herzen der Parteimitglieder sicher nicht so erfassen können wie es Scargill und Skinner mit ihrer Verbindung aus Kompromißlosigkeit und zupackender Rhetorik oder Tony

Benn mit seiner Eleganz gelingt. Die politische Konzeption der Campaign Group wird jedoch immer mehr von den neuen Leuten gestaltet. In der Offenheit sowie der politischen und kulturellen Breite der Campaign Group finden sich durchaus die Potentiale für eine Erneuerung der Labour-Linken, die auch für eine Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Linken Europas interessante Beiträge liefern kann.

- 1 Die SDP, die sozialdemokratische Partei Britanniens, ist Anfang der achtziger Jahre von abtrünnigen Labour-Parlamentsabgeordneten gegründet worden.
- 2 Eine Fußnote wert ist der Hinweis auf Blairs Team der 25 bis 40jährigen Youngster, von der Presse die "New kids on the blocks" genannt. Die meiste Beachtung findet dabei der Büroleiter von Blair, David Miliband. Sein Anfang dieses Jahres verstorbener Vater Ralph Miliband ist über Britannien hinaus bekannt als marxistischer Soziologe und Politologe, der besonders den Reformismus in der praktischen Politik der Labour Party scharf kritisiert hat. Miliband junior fällt nun die Ehre der Anpassung des Programms an die Praxis zu, denn er leitet die Arbeit an der Neuformulierung des Statuts. Derzeit sind gerade zwei neue Bücher der beiden Milibands in den Ladenregalen zu finden: Das des Vaters unter dem Titel "Socialism for a Sceptical Age" und der Sohn verspricht "Re-inventing the Left".

Programmatische Eckpunkte

Programmatisch hat es in Blackpool verschiedene für die Labour-Party wichtige Debatten und Beschlüsse gegeben. Hier nur die wichtigsten:

In der Wirtschaftspolitik ging es neben der schon angesprochenen neuen Wachstumsstrategie in einer dynamischen Marktwirtschaft um die gewerkschaftliche Forderung nach Einführung eines Mindestlohns. Blair unterstützte dies generell, will sich aber nicht auf die Höhe, die die Gewerkschaften bei einem Stundenlohn von 4,4 £ sehen festlegen lassen. Bei den von Blair geforderten "kleinen, stat. höheren Steuern" entstand eine Diskussion über die auch in der SPD beliebte Frage nach der Deflation von Besessenen. Mit seinem neuen Job in der EG-Kommission im Hinterkopf brachte Neil Kinnock den schier ungläubigen Grenzwert von 2.600.000 (1.500.000 DM) in die Diskussion. Aber auch hier ist noch nicht das letzte Wort gesprochen.

In der Umweltpolitik hat der Parteitag sich gegen den Willen eines Teils der Gewerkschaften dem Ziel einer nachhaltigen wirtschaftlichen Ent-

wicklung verschrieben. Eine neue Verkehrspolitik ohne weiteren Straßenbau und der Verzicht auf weiteren Kraftwerksbau sind weitere Elemente des Dokuments, das für die Labour-Party als Schritt nach vorne bezeichnet wurde. Für einen Antrag auf Schließung der unstrukturierten Wiederaufbereitungsanlage in Sellafield allerdings hat sich in Blackpool keine Mehrheit gefunden.

Überwiegend war die Zustimmung dagegen für eine Fortsetzung der Quotenpolitik. Im Jahr 2000 soll die Hälfte der Labour-Abgeordneten weiblich sein, derzeit sind es 17%. Da gerade die traditionellen Labour-Wahlbezirke im Norden und Nordwesten stark in Schottland und in Wales bislang einen nur geringen Frauenanteil aufweisen, bestanden in der Frauenkammer der Partei Befürchtungen hinsichtlich des nächsten Kurses, die allerdings durch ein überraschend schnelles Bekanntwerden auf den Weihen der roten Blätter vor dem Technischen Lehrerbund AEEU abgewendet werden konnten.

Rechtsruck in Österreich

von Claus Tieber*

Die Koalition hat Stimmen verloren, die Opposition gewonnen. Nichts außergewöhnliches bei einer großen Koalition, will man meinen. Wäre da nicht Jörg Haider's rechtsextreme Freiheitliche Partei, die mit ihren 22,6% die größte Ansammlung Rechter aller Schattierungen in ganz Europa ist.

Dabei hatte die Ausgangssituation noch im Sommer ganz anders ausgesehen: die Sozialdemokraten bereiteten sich, nach dem Erfolg der EU-Abstimmung, zwar auf Verluste vor, hofften aber, daß ihr Vorsitzender, Kanzler Franz Vranitzky, die Niederlage auf ein erträgliches Maß reduzieren könne. Doch dann kam es Schlag auf Schlag. Die Gattin des Kanzlers sprach sich im österreichischen „Spiegel“-Pendant „profil“ dagegen aus, daß Frauen für nur 4-5.000 OS (ca. 600 DM) arbeiten gehen und ihre Kinder vernachlässigen. Die daraufhin auf die SPÖ, die noch kurz zuvor „Beruf und Kinder dürfen kein Widerspruch sein“ plakatierte, einprasselnde Kritik verebbte bis zum Wahltag nicht. Ein Stückchen Glaubwürdigkeit ging dem „Teflonkanzler“, dem die Skandale im sozialdemokratischen Bereich bislang nichts anhaben konnten, damit verloren.

Der nächste Fehler wurde per öffentlich-rechtliches Fernsehen in die Wohnzimmer der österreichischen Wählerinnen und Wähler live übertragen: der ORF bat die Spitzenkandidaten der im Parlament vertretenen Parteien zu Duellen - jeder gegen jeden. Haider hielt mitten in der Diskussion eine Tafel mit den Bezügen des steirischen Arbeiterkammerpräsidenten hoch: 14 mal im Jahr ein Gehalt, von dem die meisten Wählerinnen und Wähler wohl nur träumen können, und das selbst die Gage des Kanzlers übersteigt. Vranitzky wußte sich nicht zu helfen und replizierte nur mit dem Versprechen, er werde der Sache nachgehen. Tags darauf war die Arbeiterkammer, ein wichtiges Element der österreichischen Sozialpartnerschaft, auf allen Titelblättern der Alpenrepublik. Die kurz vor der Nationalratswahl angesetzte AK-Wahl brachte nicht nur

absehbare Verluste für die sozialdemokratischen Gewerkschafter, sondern auch eine Wahlbeteiligung von katastrophalen 30%. Der Präsident der Arbeiterkammer und Spitzenkandidat der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter ließ es sich dennoch nicht nehmen, noch am Wahlabend von einem „ganz, ganz großen Erfolg“ zu sprechen. Womit das Bild der abgehobenen Bonzenpartei, ganz so wie Haider bemüht ist es darzustellen, fast perfekt war. Perfekt genug jedenfalls, um ca. 7% bei den Nationalratswahlen zu verlieren.

Der Wahlabend brachte darüber hinaus einen Stimmengewinn von 6% für die Freiheitlichen Jörg Haider's, einen Gewinn für die Grünen, die sich im Wahlkampf moderater als je zuvor gaben, und den Einzug von Heide Schmidt, ehemalige Präsidentschaftskandidatin von Haider's Gnaden, und ih-

Es ist nicht mehr unwahrscheinlich, daß die rechtsextreme FPÖ in vier Jahren zweitstärkste Partei wird.

rem Liberalen Forum ins Parlament. Dem konservativen Koalitionspartner der Sozialdemokraten, der ÖVP, ging es nicht viel besser als der Kanzlerpartei: ihr Verlust pendelte sich bei ca. 4% ein. Die Ausgangssituation für die nächsten Wahlen hat sich damit entscheidend verändert: der Abstand von ÖVP und FPÖ beträgt nur mehr 5%. Damit ist es nicht mehr unwahrscheinlich, daß die rechtsextreme FPÖ in vier Jahren zweitstärkste Partei wird. Eine Mehrheit für eine potentielle ÖVP-FPÖ Koalition gibt es bereits jetzt.

Zunächst hat die von Haider vielbejammerte Ausgrenzung seiner Partei sich darauf beschränkt, mit ihm keine Koalition bilden zu wollen. Inhaltlich rennt die Koalition Haider's Forderungen nach und versucht, ihm damit das Wasser abzugraben, indem sie diese zu Gesetzen macht. So geschehen bei der Asyl- und Ausländergesetzgebung.

* Claus Tieber, freier Journalist, Wien

Totgesagte leben länger

Ungebrochene Vorherrschaft der Staatspartei PRI in Mexiko

von Ingo Bultmann*

Als die mexikanische Regierung 1982 den Staatsbankrott erklärte und die Rückzahlung der Auslandsschulden einstellte, glaubten viele, es sei nur noch eine Frage der Zeit, bis die Herrschaft der alten politischen Klasse zusammenbräche. Die Umstrukturierung der Wirtschaft entlang der von IWF und Weltbank verordneten neoliberalen Richtlinien schwächte in der Folgezeit ein politisches System, dessen Repräsentanten sich immer noch auf die Revolution von 1910 beriefen und das auf der Basis eines korporativen Paktes zwischen parastaatlichen Gewerkschaften, Bauernverbänden und einer alles dominierenden Staatsbürokratie angelegt war. In diesem Prozeß der Auflösung büßten die Machteliten, zusammengeschlossen in der seit den zwanziger Jahren regierenden Staatspartei PRI (Partei der institutionalisierten Revolution), wesentlich politische Legitimität ein. Dieser Trend wurde durch die Präsidentschaftswahlen 1988 bestätigt, in denen der von sozialen Organisationen unterstützte Cuauhtémoc Cárdenas als Kandidat eines breiten Mitte-Links-Bündnisses nur noch durch massiven Wahlbetrug hinter den offiziellen Kandidaten der PRI zurückgedrängt werden konnte. Noch einmal, dessen waren sich die linke Opposition und viele Beobachter der Szene sicher, würden sich die Vertreter des abgewirtschafteten Systems nicht durchsetzen können.

Um so entnervter mußte die Linke im August dieses Jahres den erneuten Wahlerfolg der PRI bei den Präsidentschaftswahlen zur Kenntnis nehmen. Ohne daß es zu größeren Unregelmäßigkeiten gekommen war, siegte mit rund 50 Prozent der Stimmen Ernesto Zedillo und verwies den Kandidaten der rechtsliberalen PAN, Diego Fernández, sowie Cuauhtémoc Cárdenas von der linksdemokratischen PRD mit 26% bzw. 17% auf Platz zwei und drei. Die Partei der Demokratischen Revolution (PRD) fiel damit nicht nur hinter die PAN zurück. Es gelang ihr auch nicht, ein einziges der 300 Direktmandate bei den gleichzeitig

stattfindenden Abgeordnetenwahlen zu erringen. Nach dem eigentümlichen, von der PRI geschaffenen, Wahlrecht bleibt sie daher wie die PAN auf einen Teil der 200 Sitze angewiesen, die nach proportionalem Stimmenanteil an Listenkandidaten vergeben werden und in erster Linie der Opposition vorbehalten sind. Die PRI hingegen kontrolliert erneut eine bequeme Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament und ist damit in der Lage, nach Belieben Verfassungsänderungen vorzunehmen.

Den Wahlerfolg der Staatspartei erklären zum Teil politische Konjunkturen, die eigentlich als Schwäche des Systems gedeutet wurden: im Januar der Aufstand des Zapatistischen Nationalen Befreiungsheeres (EZLN) in Chiapas und der Mord am schon designierten Präsidentschaftskandidaten Luis Donaldo Colosio Ende März. Nach kurzem Schock und einem Moment der Unsicherheit konnten sich die Vertreter der PRI als Repräsentanten der Ordnung vor dem drohenden Chaos darstellen und dadurch zusätzliche Stimmen gewinnen.

Neue politische Strategie der PRI

Vor allem aber macht das Resultat der Wahlen deutlich, daß sich die Art und Weise, wie die PRI zum Sieg gelangt, wesentlich verändert hat. Zwar sind die Zeiten vorbei, als ihre Kandidaten 70 bis 90 Prozent der Stimmen einfuhren, aber ihre Vertreter haben in den letzten Jahren gelernt, auch mit knappen Stimmvorteilen bequem zu regieren. Dabei ist es der PRI gelungen, sich gerade auf dem Feld durchzusetzen, das die linke und rechte Opposition für ihren politischen Kampf als strategisch definiert hatten, in der Wahlarena. Der Kampf um saubere Wahlen hatte der Opposition immer wieder die Gelegenheit gegeben, gegen das PRI-Regime zu mobilisieren und dessen Legitimität anzufechten. Wahlbetrügereien wurden vor der internationalen Presse offengelegt und die Regierung ein um das andere Mal bloßgestellt. Wenn sich, so lautete die These, die Staatspartei jemals an die Regeln halten würde, dann hätten

ihre Kandidaten nicht den Hauch einer Chance zu gewinnen.

Auch diesmal waren fast alle Beobachter davon ausgegangen, daß es der Opposition dienen würde, wenn es gelänge, möglichst viele Wähler an die Urnen zu bringen. Genau das Gegenteil war der Fall. Bei einer Rekordbeteiligung von rund 77 Prozent verdoppelte die Staatspartei die absolute Zahl ihrer Stimmen gegenüber 1988. Damit setzte sich ein Trend fort, der sich bereits bei den Kongreß- und Senatswahlen 1991 abgezeichnet hatte. Damals bescherte eine steigende Wahlbeteiligung den Kandidaten der PRI ein exzellentes Ergebnis. Besonders der mexikanischen Linken fällt es schwer zu akzeptieren, daß die PRI nach all den Krisenjahren in der Bevölkerung immer noch Unterstützung findet, und daß Wahlenthaltung nicht automatisch gleichzusetzen ist mit einer Ablehnung des Systems. Sie pflegt daher die Legende vom großen Wahlbetrug, auch wenn nationale und internationale Wahlbeobachter das Gegenteil bestätigen. In anderen Interpretationen werden Wahlen neuerdings zur Angelegenheit der Mittelschichten erklärt. Ursprünglich von einer rechten Politikwissenschaft aufgebracht, um die soziale Mobilisierung der Unterschichten und ihre Unterstützung für die cardenistische Wahlfront 1988 herunterzuspielen, ist dieses These mittlerweile auch in linken Kreisen hoffähig geworden und spiegelt deren politische Enttäuschung über die Entwicklung der PRD wider. Besonders nach dem bewaffneten Aufstand indianischer Rebellen im mexikanischen Südwesten scheint wieder klar zu sein, wie der oppositionelle Kampf des „anderen“ Mexiko auszusehen hat.

All diese Vorstellungen mischen sich zu einer trüben Suppe und versperrten den Blick auf unangenehme Wahrheiten, nämlich darauf, daß die Staatspartei mit ihrer Strategie aus neoliberaler Modernisierung und gezieltem sozialen Engagement Mehrheiten gewinnen kann, und daß die in der PRD zusammengeschlossene Linke aus PRI-Dissidenten, Vertretern von Basisorganisationen und ehemaligen Mitgliedern der eu-

rokommunistisch orientierten sozialistischen Partei Mexikos trotz vieler Bemühungen kein Mittel gefunden hat, dagegen eine erfolgreiche politische Alternative zu formulieren. Die Position der PRD wurde darüber hinaus in der Vorwahlzeit vom Kampf zwischen den Fraktionen, die in Fundamentalopposition zur PRI bleiben wollen und jenen, die eine Annäherung an die Staatspartei befürworten, geschwächt. Der Streit mischte sich mit dem Gerangel um die begehrten Listenplätze und führte zum Austritt vieler Aktivisten, die öffentlich den internen Autoritarismus der Partei der Demokratischen Revolution anprangerten.

Gegenüber dem nationalrevolutionären Diskurs der PRD gelang es der Regierung, sich das Image von Erneuerern zuzulegen, die den überflüssigen Ballast des alten Systems abwerfen wollen. Zedillos Vorgänger und Mentor, Salinas de Gortari, hat hier einen strukturellen Wandel vollendet, der im Kern von der Erkenntnis getragen ist, daß es wesentlich kostengünstiger ist, Macht in einem liberalisierten System durch Wahlen legitimieren zu lassen, als sie durch soziale Begünstigungen in einem korporativen Pakt zu erkaufen. Seine Politik stützt sich daher nicht mehr in erster Linie auf die zerbröckelnden Strukturen des alten korporativen Systems, in dem die Führer der parastaatlichen Gewerkschaften und Bauernverbände ihrem zukünftigen Präsidenten die Stimmen zuverlässig ablieferten. Stattdessen setzte die Regierung auf medienwirksame Aktionen und konnte sich dabei neben dem staatlichen Rundfunk vor allem auch der Unterstützung durch die privaten Fernsehketten sicher sein.

Neoliberale Modernisierung der Ökonomie

Strukturell ordnet sich das neue System politischer Herrschaftsbestellung in ein neoliberales Projekt wirtschaftlicher Umgestaltung ein und wird nach unten durch eine Sozialpolitik abgestützt, die selektiv angelegt ist und an politischen wichtigen Brennpunkten Hilfe leistet. Der Beitritt Mexikos zur nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA und das Nationale Solidaritätsprogramm zur Bekämpfung extremer Armut PRONASOL sind Kristallisationspunkte dieser politischen Leitlinie.

Auch konzeptionell hat man sich offiziell von den Postulaten der mexikanischen Revolution verabschiedet. An die Stelle der mestizischen Integrationsideologie trat dabei unter dem Namen „sozialer Liberalismus“ eine Mischung aus neoliberaler Marktgläubigkeit und katholischer Subsidiarität.

Wahlentscheidend war vor allem der wirtschaftliche Aufschwung der letzten vier Jahre, unter dessen Wirkung die Forderung nach mehr Demokratie allmählich zu verblassen begann. Die wachsenden Devisenreserven, der Überschuss im Staatshaushalt, das beständige Wirtschaftswachstum und die Tatsache, daß jetzt die niedrigste Inflationsrate seit 20 Jahren erreicht ist, wurden im Wahljahr gerne angeführt und als positive Folge der zunehmenden Integration in

Die in der PRD zusammengeschlossene Linke konnte bisher trotz vieler Bemühungen keine erfolgreiche politische Alternative zur PRI formulieren.

den Weltmarkt gefeiert. Dabei schreibt der Beitritt zur NAFTA eine Politik fort, die bereits Mitte der achtziger Jahre durch die Unterzeichnung des GATT-Vertrags eingeschlagen worden war. Das Inkrafttreten der NAFTA Anfang des Jahres leitete daher keine grundsätzliche Umorientierung der Wirtschaft ein. Rund zwei Drittel des Außenhandels werden schon lange mit den USA getätigt und Handelsbeschränkungen gab es ohnehin kaum noch. Vielmehr institutionalisiert der Vertrag den eingeschlagenen Wirtschaftskurs und bindet auch künftige Präsidenten an die einmal getroffenen Vereinbarungen.

Für die einheimische Industrie war die Öffnung des Binnenmarktes Mitte der Achtziger eine Katastrophe. Betriebe, die vorher Produkte geringer Qualität sicher absetzen konnten, begannen, sich nun dem Verkauf asiatischer oder nordamerikanischer Konkurrenzwaren zu widmen. Einige wenige, vor allem größere Unternehmen versuchten, sich durch Modernisierung ihrer Produktionsanlagen dem Wettbewerb zu stellen. Parallel hierzu privatisierte der Staat sei-

Täglich links:

Die Tageszeitung
Junge Welt

Jetzt im Test-Abo:
Die ganz neue Art Tageszeitung

Ja ich bestelle
die "Junge Welt"

für 4 Wochen zum Test-Preis von 15 DM
(nur Vorkasse/Scheck, Briefmarken, bar).

Name

Str./Nr.

PLZ/Ort

Unterschrift

Das Test-Abo darf einmalig wahrgenommen werden. Wird der Bezug nicht vor Ablauf der 3. Testwoche gekündigt, wandelt sich das Test-Abo in ein reguläres Abonnement um. Ich kann diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen nach Abendung (Poststempel) schriftlich widerrufen bei: Junge Welt-Vertrieb, Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin

Datum/
2. Unterschrift

Coupon und 15 DM einsenden an: Junge Welt, Postfach 39, 12414 Berlin

nen defizitären Industriesektor, der in vielen Bereichen wie etwa der Schwerindustrie eine Monopolstellung eingenommen hatte. Von den weit über tausend Unternehmen wurde der größte Teil abgestoßen oder stillgelegt. Im staatlichen Besitz verblieben vor allem die Erdöl- und Energiewirtschaft, strategische Bereiche, in denen hohe Gewinne erzielt und aus denen die hohen Auslandsschulden bedient werden.

Zum Gegenmodell der alten Importsubstitutionswirtschaft entwickelte sich die sogenannte Maquiladora in den Freihandelszonen entlang der Grenze zu den USA; Werke, in denen kurzfristig importierte Teile bei niedrigen Löhnen zu neuen Produkten zusammengefügt und sofort wieder nach Norden exportiert werden. Diese unter Sonderkonditionen vorwiegend von ausländischen Konsortien betriebenen Unternehmen erwirtschaften Jahr für Jahr wachsende Überschüsse. Bei der Umstrukturierung der Produktion spielte dieser Industriezweig eine wichtige Rolle. Mexiko, noch Anfang der achtziger Jahre ein vom Rohöllexport abhängiges Land, liefert nun vor allem elektrische und elektronische Ausrüstung sowie KFZ und KFZ-Teile an den großen Nachbarn.

Der wirtschaftliche Aufschwung, den Mexiko in den letzten Jahren genommen hat, wurde auch durch den massiven Zufluß von Auslandskapital möglich. Allein 1993 flossen 15 Milliarden US-Dollar ins Land, etwa ebensoviel, wie der Gesamtwert aller Auslandsinvestitionen bis 1986 betragen hatte, und mehr, als alle Länder des ehemaligen Ostblocks 1993 zusammen erhielten. Besonders nach der Ratifizierung der NAFTA schwoll der Strom an und ebte selbst nach dem Aufstand in Chiapas und dem Mord an Donaldo Colosio nicht wesentlich ab. Investiert wurde in neue Industrien, ein wesentlicher Teil dieser Gelder aber war Spekulationskapital und trieb die Kurse an der Börse in schwindelerregende Höhen.

Die tiefgreifendste Umstrukturierung erfuhr die Landwirtschaft, von der in Mexiko immer noch ein großer Teil der Bevölkerung lebt. Hier kristallisierte sich eine deutliche Dreiteilung zwischen profitablen Großbetrieben, einer mittelständischen Farmwirtschaft, in der lukrative Exportprodukte anbauen werden, und der großen Mehrzahl kleinbäuerlicher Betriebe heraus, die in privatem oder Genossenschaftsbesitz blieben -

letzteres oft auch identisch mit indianischer Gemeindefirtschaft. Für die Kleinbauern, deren Produktion seit Jahrzehnten zugunsten der Industrieentwicklung und Grundnahrmittelsicherung einer wachsenden Stadtbevölkerung dekapitalisiert und nur noch durch Subventionierung am Leben erhalten wurde, scheint nun das endgültige Ende gekommen. War der Staat nach der Revolutionsverfassung von 1917 de jure eigentlicher Besitzer des Genossenschaftslandes und Großgrundeigentum sowie Bodenerwerb durch Ausländer verboten, hob die Regierung diesen Verfassungserlaß 1991 auf. Das Land kann nun, wenn sich die Genossenschaftsmitglieder darauf einigen, in Privatbesitz übergehen, eine Regelung, die in manchen Dörfern zu blutigem Streit zwischen den Bauern führte.

Wenn nichts Unvorhergesehenes dazwischen kommt, wird der neue Präsident Zedillo die Vormachtstellung der Partei der Institutionalisierten Revolution sichern.

Letztlich aber legalisierte die Regierung damit, was unter der Hand ohnehin vielerorts gängige Praxis war, denn viele hatten ihr Land bereits verpachtet und arbeiteten Tagelöhner auf ihrem eigenen Boden.

Das neue Sozialprogramm PRONASOL

Die neoliberale Umstrukturierung unter der strengen Ägide des Staates schwächte die parastaatlichen Gewerkschaften und ließ die ohnehin einflußlosen Bauernverbände zu reinen Statisten im Machtgefüge von Regierung und Partei werden. Da ein großer Teil der Sozialleistungen nicht durch zentralstaatliche Agenturen, sondern direkt durch die parastaatlichen Parteikorporationen erbracht wird, bedeutete dies einen Einbruch in das bestehende Sozialsystem. Weil soziale Absicherung die formale Mitgliedschaft in den Verbänden und damit in der Staatspartei voraussetzt, fielen alle, die ihre Arbeit ver-

loren, aus diesem sektoralen Wohlfahrtssystem heraus. Aber auch diejenigen, die ihren Job behielten, verloren ihre soziale Absicherung dadurch, daß Leistungen aus den Arbeitsverträgen herausgestrichen wurden. Für sie, aber auch die Frauen und Männer, welche im informellen Sektor ohne jegliche vertragliche Bindung arbeiten, entwickelte die Regierung Salinas mit PRONASOL ein neues sozialpolitisches Instrumentarium. Kern dieses Programms zur Bekämpfung extremer Armut ist die selektive und kurzfristige Form der Hilfe und damit die Absage an eine Politik vom Staat geförderter langfristiger sozialer Integration.

Darüber hinaus verfolgte die Regierung mit PRONASOL unmittelbare politische Ziele. Für die Förderung wurden Zonen ausgesucht, in denen die cardenistische Opposition 1988 besonders stark war. In den Dörfern und ärmeren Stadtteilen erschienen Repräsentanten von PRONASOL und riefen zur Gründung sogenannter Solidaritätskomitees auf; eine organisatorische Voraussetzung, um in den Genuß der Gelder zu kommen. Angeleitet von bestellten Ingenieuren und gemäß dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“ rekrutierten sich aus diesen Komitees Arbeitsgruppen, die das vom Staat zu Verfügung gestellte Material verbauten. So wurden in kurzer Zeit Straßen befestigt, Kanalisationen gelegt und Siedlungen elektrifiziert. Bald wurden auch kleinere Kredite zur Verfügung gestellt - selbst die Regulierung von Landtiteln fand unter dem Banner von PRONASOL statt. Um die Solidaritätskomitees aufzubauen, griffen die Beauftragten der Regierung zum Teil auf bestehende Organisationsstrukturen zurück, wodurch eine harte Konkurrenz zu oppositionellen Basisorganisationen entstand. Folge war, daß sich nach und nach viele Aktivisten in das staatliche Solidaritätsprogramm eingliederten.

Während die linke Opposition in den achtziger Jahren staatliche Gelder und Fonds instrumentalisieren konnte, indem sich ihre Kader als Vermittler zwischen die Institutionen des PRI-Staates und die benachteiligten Gesellschaftsgruppen einbrachten, gelang dies jetzt nicht mehr. Die Ressourcen blieben unter der strikten Kontrolle der PRONASOL-Funktionäre, die die Erfolge für sich und den Präsidenten proklamierten. Das Logo des Programms war bald an jeder Mauer zu sehen. Auch im Fernsehen und Radio liefen ständig Werbe-

spots, so daß der Eindruck entstand, hier werde Unglaubliches geleistet, und tatsächlich stockte die Regierung den Etat von Jahr zu Jahr auf, bis das Programm zu einem Grundpfeiler staatlicher Sozialpolitik geworden war. Vor allem aber zeitigte es politische gute Resultate, und die PRI gewann bei Wahlen Zonen zurück, in denen sie 1988 herbe Niederlagen erlitten hatte.

Mit der Integration von PRONASOL in das neugeschaffene Ministerium für soziale Entwicklung strebte die Regierung Salinas de Gortari die Institutionalisierung dieser Form der Sozialpolitik an. Zum neuen Minister wurde Donaldo Colosio berufen, jener Mann, den Salinas dann zu seinem Nachfolger bestimmte und der im März in Tijuana einem Attentat zum Opfer fiel.

Politische Perspektiven

Ernesto Zedillo, der neue Chef der „revolutionären Familie“, wird den eingeschlagenen Kurs in Wirtschaft und Sozialpolitik mit Sicherheit fortsetzen. Pendelte bis in die achtziger Jahre die politische Ausrichtung des Nachfolgers immer zwischen Parteirechten und Linken hin und her, sind seit dem Beginn der großen Wirtschaftskrise von 1982 nur noch Technokraten aus der neoliberalen Fraktion in das höchste Staatsamt gelangt, die in den Korporationen der Partei keine Hausmacht haben. Zu dieser Gruppe gehört auch Zedillo, der nie zuvor ein Wahlamt innegehabt hatte und direkt über die Bürokratie aufgestiegen ist. Nach seinem Abschluß in Yale begann er seine Karriere in der mexikanischen Staatsbank und wurde dann von Salinas als Erziehungsminister ins Kabinett geholt.

Abzuwarten bleibt, wie der neue Mann, der den Hardlinern zugerechnet wird, die anstehenden innenpolitischen Konflikte in den Regionen des Landes lösen wird. So unbestritten die PRI im Bund führt, sind in einzelnen Landesteilen oppositionelle Bewegungen fest verankert. In der nördlichen Grenzregion besitzt die rechtsliberale PAN Hochburgen - zwei Bundesstaaten und mehrere große Städte werden dort von ihr regiert. Die PRD verfügt wiederum im zentralmexikanischen Michoacán, dem Stammland der Familie Cárdenas, über eine starke Hausmacht.

Politisch am unruhigsten und schwer zu kontrollieren ist aber das indianisch geprägte Chiapas, Mexikos südwestlich-

ste Provinz und Brücke zu Mittelamerika. Dort herrschen immer noch die gleichen gewaltsamen Strukturen wie vor der Revolution von 1910 - krasse ethnische Diskriminierung, extreme Armut und eine hoffnungslose Situation des kleinbäuerlichen Bevölkerung. Bislang konnte die PRI soziale Konflikte für sich nutzen, wobei sie sich sowohl auf die Kontrolle durch indianische Dorfälteste als auch auf eine Clique von Großgrundbesitzern stützte. Der Aufstand der Zapatisten im Hochlandgebiet der Tzeltal und Tzotzil-Maya Anfang des Jahres machte die Brüchigkeit dieses Systems deutlich. Ein Flächenbrand entstand hieraus jedoch nicht. Gegen die auf maximal 2.000 Personen geschätzten Guerillas schickte die Zentralregierung die Bundesarmee, die mit unnötiger Grausamkeit vorging. Darüber hinaus endet die Unterstützung für das Zapatistische Nationale Befreiungsheer bereits an den Grenzen der Dörfer anderer Ethnien. Mittlerweile stehen rund 12.000 Mann Kampftruppen und damit der größte Teil des einsatzfähigen mexikanischen Heeres in der fernen Provinz. Als die Guerilla sich in den lakandonischen Dschungel absetzte und sich abzeichnete, daß sie nicht vollständig zu besiegen war, verlegte sich die Regierung auf Verhandlungen. Gespräche wurden angestrengt, die - zeitweilig abgebrochen - immer noch andauern.

Bislang konnte die PRI durch eine Politik partieller Lösungen von Konflikten und das gegeneinander Auspielen der Kontrahenten immer wieder Erfolge erzielen. So werden Sonderprogramme entwickelt und Gelder nach Chiapas fließen, von denen ein kleiner Teil dort ankommt, wofür sie bestimmt sind; gerade genug, um den Konflikt unter Kontrolle zu halten. Wenn dies gelingt und nichts Unvorhergesehenes dazwischen kommt, wird Zedillo seine politische Position Stück für Stück ausbauen, die Vormachtstellung der Partei der Institutionalisierten Revolution sichern, und sein Amt zum neuen Jahrtausend an einen von ihm designierten Nachfolgekandidaten übergeben. Und wer weiß, vielleicht wird diesem dann immer noch der greise Gewerkschaftsführer Fidel Velázquez zur Seite sitzen, der - so alt wie das Jahrhundert - den parastaatlichen Gewerkschaftsverband der Partei wacker anführt. Wie sagte er einmal: „Langlebigkeit liegt bei uns in der Familie.“



ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

☆ eine pluralistische Stimme der marxistischen Linken in Deutschland
☆ partei- und organisationsunabhängig
☆ erscheint seit 1990

Nr. 17, März '93:

**Sozialismus
Neuansätze nach dem
Crash (II)**

Nr. 18, Juni '94:

**Anthropologische
Lücke im Marxismus?**

Nr. 19, Sept. '94:

**Gewerkschaften '94
Politik und Alternativen**

Nr. 20, Dez. '94:

Marxismus - Historismus - Restauration

Nr. 21, März '95:

**Demokratie im Metro-
polenkapitalismus
Herrschaft und Grenzen
der Emanzipation**

Nr. 22, Juni '95:

Friedrich Engels

Außerdem in jedem Heft: Standpunkte, weitere Beiträge, Berichte, Kritik/Diskussion, Buchbesprechungen

176-276 Seiten
Einzelheft: 18,- DM
Jahresabo: 54,- DM (4 Hefte)
Im Buchhandel
(ISSN 0940-0648) oder direkt:
Z.-Vertrieb, Kölner Str. 66,
D-60327 Frankfurt/M.,
Tel. 069/7392934

spw verschenkt zwei nützliche Bücher an alle, die ein neues **spw**-Abonnement an die Frau oder an den Mann bringen.

Köstlichkeiten aus aller Welt - je 100 Kochrezepte!

Ladenpreis: DM 19,80 (Dreisam-Verlag)

- (11) Brasilianische Gerichte
- (12) Griechische Gerichte
- (13) Indonesische Gerichte
- (14) Italienische Pasta-Gerichte
- (15) Mexikanische Gerichte
- (16) Portugiesische Gerichte
- (17) Provenzalische Gerichte
- (18) Russische Gerichte
- (19) Türkische Gerichte



Mit dem richtigen Ratgeber - immer vollen Durchblick!

Ladenpreis: DM 24,50 (Dreisam-Verlag)

- (21) Umwelt-Lexikon
- (22) Haushalt ohne Gift
- (23) Recht am Arbeitsplatz
- (24) Mieterrechte
- (25) Rechtsratgeber für Arbeitslose
- (26) Verbraucherrechte
- (27) Zusammen leben - ohne Trauschein
- (28) Reisen und Recht



SPW

Was Sie immer schon mal lesen wollten!



(31) Jürgen Kuczynski,
Probleme der Selbstkritik

(32) Lutz Hoffmann,
Die Unvollendete Republik

(33) L. Elm/D. Heither/G. Schäfer,
Füxe, Burschen, alte Herren
Ladenpreis: jeweils DM 24,80

(34) K.-H. Heinemann/W. Schubarth,
Der antifaschistische Staat
entläßt seine Kinder
Ladenpreis: DM 14,80

(Papyrossa Verlag)



**Bitte beide Nummern der
Buchgeschenke auf der
Abo-Karte angeben!**